

# ASTA ZEITUNG

U N I F R A N K F U R T - F R Ü H L I N G 2 0 2 3



**asta** UNI  
FFM

**Letzte  
Generation**  
& Migration entkriminalisieren,  
Pluralität leben



Hrsg.	ASTA der Universität Frankfurt am Main
V. i. S. d. P.	ASTA-Vorstand: Pia Troßbach Bleta Berisha Tjark-Hagen Kandulski Emma-Louise Scholz Arlinda Ramaj Mathias Ochs
Anschrift	Mertonstr. 26 – 28 60325 Frankfurt a. M.
Web	<a href="http://www.asta-frankfurt.de">www.asta-frankfurt.de</a>
e-mail	<a href="mailto:info@asta-frankfurt.de">info@asta-frankfurt.de</a>
Redaktion	ASTA-Zeitungsreferat: Andromeda Berg David Höhnerbach Alice Petersen
e-mail	<a href="mailto:zeitung@asta-frankfurt.de">zeitung@asta-frankfurt.de</a>
Gestaltung	<a href="http://gegenfeuer.net">gegenfeuer.net</a>
Druck	Bechtle Verlag & Druck
Auflage	1000
Jahrgang	2023
	Die Inhalte der Artikel spiegeln nicht zwangsläufig die Meinung der Mitglieder des ASTA oder der Redaktion wieder. Die Rechte der Artikel liegen bei den Autor*innen.
Eigentumsvorbehalt	Liegen bei niemandem. Geben Sie diese Zeitung jeder x-beliebigen Person für x Äquivalente weiter.
Bildnachweise	Collagen: <a href="http://gegenfeuer.net">gegenfeuer.net</a>  Die Bildrechte liegen bei den jeweiligen Autor*innen oder sind direkt vermerkt.

# Editorial

Das Überwintern ist vorbei, die Temperaturen steigen unaufhaltsam an. In dieser Zeitung reichen die Themen über den aktivistischen Kampf bis hin zur Frage, was genau die »Letzte Generation« bedeutet. Es werden Kontinuitäten sichtbar, zwischen vergangenen letzten Generationen und heute; die Zukunft erscheint ungewiss, bedrohlich, nicht existent.

Die Wirtschaft ist das Rad, welches nicht zerschlagen werden darf. Man spricht von Vernunft, und einer Unvernunft derer, die aufmerksam auf das machen, was verdrängt wird: die Klimakrise. Mehrere Autor\*innen befassen sich mit Klima-Aktivismus und der Frage danach, wer die richtigen Adressat\*innen dieses sind. Von der Politik geht eine neoliberale Bedrohung aus, sie stellt sich vermeintlich auf die Seite der Arbeiter\*innen, kriminalisiert Aktivismus und verschleiert so ihr Versagen.

Auch an unserer Universität wird diese Bedrohung deutlich, wie der Artikel »Wir, End-Fossil: Occupy!, besetz(t)en die Goethe-Uni« darstellt. Neoliberale Bildungspraktiken verwehren uns Räume zur Entfaltung eines kritischen Bewusstseins.

Derartigen Aneignungsversuchen wird dabei oft ein Verständnis von Wissenschaft entgegengesetzt, das auf eine vermeintlich »neutrale« Wissenschaftsfreiheit rekurriert. Wie sehr sich das Gerede von »ideologiefreier« Wissenschaft selbst als ideologisch entpuppt, zeigte sich auch an der kürzlich veranstalteten Konferenz, bei der auf Einladung von Susanne Schröter unter dem Deckmantel wissenschaftlicher Kritik Ressentiments gegen Migration debattiert wurden. Es zeigt sich also: Wir müssen um kritische Wissenschaft kämpfen. Darum hat der AStA eine Gegenkonferenz organisiert.

Um diese Gegenkonferenz zu dokumentieren, befinden sich in dieser Ausgabe zusätzlich Texte, welche Redner\*innen der Gegenkonferenz »Migration entkriminalisieren – Pluralität leben« vorgetragen haben. An dieser Stelle sprechen wir ihnen unseren Dank aus: für ihren Einsatz, ihre Spontaneität, ihre wissenschaftliche Arbeit.

Es gab schon viele letzte Generationen und es wird wahrscheinlich noch einige geben. Lasst uns nicht die letzte sein, die Zeitzeug\*innen zuhört, »[...]ein Vergessen verhindern kann und das Erstarken einer neuen Rechten zu stoppen vermag« (Zitat aus dem Artikel »Wer war Reza Goldman«).

Eure Redaktion

**»die vollends aufgeklärte Erde  
strahlt im Zeichen des triumphalen Unheils«**

Max Horkheimer und Theodor W. Adorno: Dialektik der Aufklärung. In: Theodor W. Adorno: Gesammelte Schriften Band 3. Suhrkamp, Frankfurt am Main 1997, S. 19



i

n

o

v

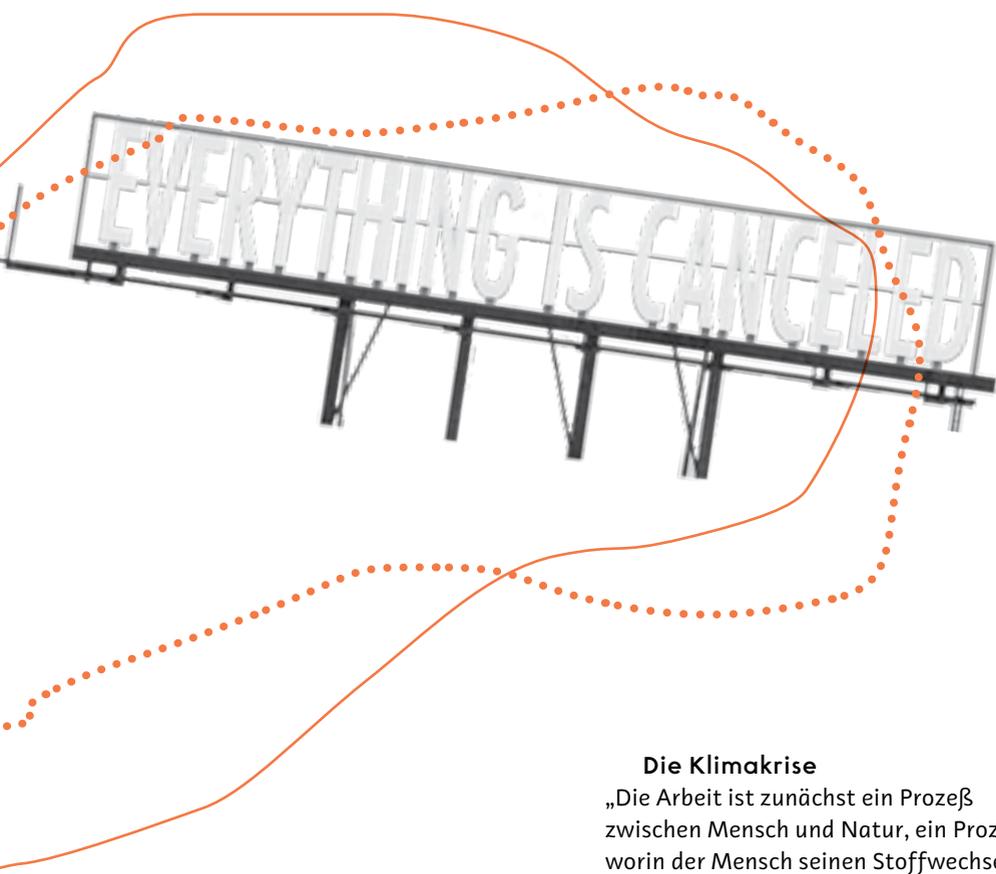
a

n

t

- 05 Wir, End Fossil: Occupy!, besetz(t)en die Goethe-Uni**  
Lukas Geisler
- 07 Die Letzte Generation und ihr Ansprechpartner die Politik**  
Antinationale Linke in Frankfurt (ALiF)
- 09 Kritische Theorie und der Ausweg in einer verhärteten Gesellschaft**  
Benjamin Lothar Sachs
- 11 Wer war Reza Goldmann?**  
Pablo Schünemann
- 13 Mensch Ärgere Dich Nicht**  
Lennart Bade
- 15 Über Leben**  
David Thoma
- 16 Letzte Generation, Lützerath**  
farberot
- 19 Gedanken beim Stehen am Abgrund**  
Felix Hitzel
- 21 Die »Letzte Generation«**  
Benjamin Lothar Sachs
- 23 Das gefährlichste Schachspiel der Welt**  
Isah Shafiq
- 24 Zum theoretischen Hintergrund und den politischen Praxen studentischer Bewegungen in Deutschland (1968 – 1984)**
- 31 Diversity in einem Studentischen Permakulturgarten?**  
AK Inklusiver Garten
- 34 Für einen Feminismus ohne Heilige**  
FfeM
- 38 Feministisches Plakatieren**
- 39 Neues aus dem AStA**
- 44 Stellungnahmen zur Schröter-Konferenz**
- 44: Stellungnahme zur Konferenz  
»Migration steuern, Pluralität gestalten - Herausforderungen und Konzepte von Einwanderungspolitiken«
- 45: Stellungnahme des AStA Frankfurt zu Boris Palmers rassistischen und antisemitischen Aussagen an der Goethe-Universität am 28. April 2023
- 46: Offener Brief einiger wissenschaftlicher Mitarbeiter\*innen zur Veranstaltung
- 47 Beiträge der AStA-Gegenkonferenz**
- 47: Überlegungen zur gegenwärtigen Konjunktur des Rassismus in Deutschland
- 51: Deutschland im Krisenmodus - Verlust von Staatsangehörigkeit aufgrund terroristischer Kampfhandlungen
- 51: Essay zur Dekolonisierung der Migration
- 55 Neues aus den Autonomen Referaten**
- 55 Workshops zur Einführung in die Kritische Theorie**
- 57 Horoskope**
- 61 # Call for Paper für den Sammelband "Organisierte Halbbildung. Studieren 20 Jahre nach der Bologna-Reform"**

# Wir, End Fossil: Occupy!, besetz(t)en die Goethe-Uni



## Die Klimakrise

„Die Arbeit ist zunächst ein Prozeß zwischen Mensch und Natur, ein Prozeß, worin der Mensch seinen Stoffwechsel mit der Natur durch seine eigne Tat vermittelt, regelt und kontrolliert.“ (MEW 23, S. 192)

Im Kapitalismus, im Zeitalter der Lohnarbeit ist der Prozess des Stoffwechsels durch Arbeit aufgrund der Logik und Dynamik der Produktionsweise gestört. Man könnte also von einem Riss im Stoffwechsel mit der Natur sprechen: Der Kreislauf von Aufnahme, Veränderung und Rückgabe in Form von Abfällen funktioniert nicht mehr so, dass die Reproduktion der Menschen und die Wiederherstellung der natürlichen objektiven Grundlagen der Produktion gewährleistet werden – anders als beispielsweise in einer Kreislaufwirtschaft. Der Kapitalismus nimmt sich alles und spuckt nur Zerstörungen und Krisen aus.

So zieht uns die kapitalistische Produktionsweise den Boden unter den Füßen weg. Auf den Punkt gebracht: Der Kapitalismus ist eine Wirtschaftsweise, die paradox ist, da sie darauf beruht, unendliches Wachstum durch endliche Ressourcen erzeugen zu wollen.

Horkheimer schließt sich diesem Urteil an und fasst dies in seiner Rede folgendermaßen zusammen: „Es gibt nichts Unbetretenes mehr. Es sieht so aus, als wäre überhaupt kein Stückchen unerfaßter Natur mehr übrig.“ (Horkheimer, 1985,

S. 411) Er hält fest, dass es kaum einen Lebensbereich mehr gibt, der nicht einer kapitalistischen, zweckrationalen Verwertungslogik unterworfen ist. Es ist im Hier und Jetzt kein Konsum mehr vorstellbar, der nicht auf Ausbeutung der Natur und des Menschen beruht. Ein Ausbruch ist in den kapitalistischen Zentren schlicht nicht möglich, solange wir nicht grundsätzlich unsere Produktionsweise neugestalten.

Der Kapitalismus hat das Wesen der Arbeit und somit auch das Austauschverhältnis des Menschen mit der Natur verändert. Für Horkheimer sind zwei Begriffe entscheidend: verwaltete Welt und instrumentelle Vernunft. Und weil es in dieser Logik der verwalteten Welt kein Außen mehr gibt, ist auch der Begriff der Bildung, wie Horkheimer es ausdrückt, in „Verarbeitung umgeschlagen“.

## Die Bildungskrise

Es geht in der Universität nicht mehr um Bildung, sondern um die Verwertung von jungen Menschen zur künftigen Arbeitskraft, die vom Kapital ausgebeutet werden kann. Kurz um: Eine Bildung, die kapitalkonform ausgerichtet ist, trägt dazu bei, dass sich die Klimakrise verschlimmert, weil eine universitär *Organisierte Halbbildung* zur Ignoranz der kapitalismusinduzierte Klimakrise beiträgt. Somit ist auch dem Begriff der Bildung seine Substanz entzogen, und zwar ähnlich wie uns die Lebensgrundlage, also der Planet, durch die kapitalistische Verwertungslogik entzogen wird.

Dabei läge in einer Bildung, die eine solche Liquidation von Natur und Mensch in den Blick nimmt und kritisiert, auch das Potential für eine andere Logik. Dafür muss allerdings schon die grundsätzliche Denkbewegung von Bildung und ihrer gesellschaftlichen Situiertheit reflexiv behandelt werden.

„Die Universität aber ist ein Ort, wo [...] Beziehungen sich anspinnen und damit auch die jugendlichen Bindungen und Freundschaften entstehen, die im Kleinen das Wesen einer Gesellschaft vorwegnehmen, wie sie einmal im Großen als die richtige Gesellschaft sich gestalten soll.“ (Horkheimer, 1985, S. 417)

Im Dezember besetzten wir, *End Fossil: Occupy! Frankfurt*, den größten Hörsaal der Goethe-Universität. Ob anfänglich intendiert oder nicht, mit unserer Besetzung universitärer Räume und denen andere Ortsgruppen der klimagerechtigkeitsgruppe *End Fossil: Occupy!* legten wir den Finger auf die Wunde der gegenwärtigen Klimakrise. Unsere Besetzungen und unser Aktivismus stellen zugleich einen Zusammenhang her, den auch schon Max Horkheimer beschrieb:

„Die Ausmerzungen der Natur, ihre Vernichtung zu bloßem Material, führt in die Krise der Bildung, von der so viel die Rede ist.“ (Horkheimer, 1985, S. 412).

Dieser Satz stammt aus Horkheimers Immatrikulationsrede „Begriff der Bildung“, die er 1952 vor Studierenden hielt. Indem Horkheimer in dieser Rede den Bildungsbegriff mit dem Verhältnis von Menschen, Natur und Gesellschaft verknüpfte, verdeutlichte er beinahe prophetisch die innere Verbindung zwischen Klimakrise und Bildungskrise.

»So zieht uns die kapitalistische Produktionsweise den Boden unter den Füßen weg. Auf den Punkt gebracht: Der Kapitalismus ist eine Wirtschaftsweise, die paradox ist, da sie darauf beruht, unendliches Wachstum durch endliche Ressourcen erzeugen zu wollen.«

Damit ist – oder könnte zumindest – in der Universität und in der Bildung ein anderes Naturverhältnis angelegt sein, das im Kleinen bereits vorhanden ist, aber, wenn Bildung anders gestaltet ist, im Großen eine Wirkung entfalten kann.

#### Klima- und Bildungskrise

Die Klimakrise, die strukturell mit der Bildungskrise im erwähnten Zusammenhang steht, könnte allerdings, durch die im Inneren der Bildung fundierte Logik, wie sie Horkheimer darlegt, dazu beitragen, beide Krisen zu lösen. In dem Maße, in dem die (äußere) Natur – Meere, Wälder und Ökosysteme – beherrscht, eingehegt, fügsam gemacht, kurzum kapitalisiert und kolonisiert wurde und weiterhin wird, muss sich zugleich der Begriff der Bildung unter den Bedingungen dieses fehlenden Außen arrangieren. Alles ist gezähmt, alles ist dem Kapital untergeordnet, wodurch Bildung zur instrumentellen Ausbildung und Natur zum zu verwertenden Material verkommt. Horkheimer beschreibt dies an anderer Stelle mit dem Begriff der ‚instrumentellen Vernunft‘.

Das zu lösen, erscheint mir als die Aufgabe der Bildung, zu der wir gegenwärtig, gerade an Universitäten, aufgerufen sind. Dazu müsste allerdings, wie Horkheimer schon feststellt, „über den alten Bildungsbegriff, der sich gegen die Hingabe ans Zivilisatorische, Gesellschaftliche, bloß absetzt“ (Horkheimer, 1985, S. 415) hinausgegangen werden.

#### Ein neuer Bildungsbegriff

Gebildet sind wir also nicht dann, wenn wir etwas ‚aus uns selbst machen‘, sondern dann, wenn wir uns in Form von intellektueller Arbeit einer Sache hinzugeben vermögen und dies auch in einer bewussten Praxis leben. Horkheimer betont damit, dass der rein individualistische Charakter der Selbstermächtigung für den Einzelnen gar nicht möglich ist, sondern erst in einem gesellschaftlichen Ganzen umsetzbar wird.

So liegt in einem kritischen Begriff der Bildung eine kollektive Utopie einer Gesellschaft verschüttet, die nicht auf dem Privatbesitz von Produktionsmitteln fußt. Unter den Trümmern, die uns

die verwaltete Welt hinterlässt, liegt eine noch zu erschaffende Welt begraben. In den Nischen der Universität finden sich die Freiräume, die nicht auf der kapitalistischen Logik fundiert sind. Aus diesen Nischen müssen wir allerdings heraustreten – oder die Bildung heraustreten lassen –, um ein verallgemeinertes Prinzip zu schaffen, das Bildung als intellektuelle Arbeit im Kollektiv der herrschenden Strukturlogiken entgegenstellt und so wirkmächtig wird, dass ein anderes gesellschaftliches Naturverhältnis geschaffen wird.

Um dies noch einmal konkreter zu machen und auf den Anfang, die Hörsaalbesetzung von *End Fossil: Occupy! Frankfurt* zurückzukommen, ist der ausschlaggebende Punkt, dass Bildung eine gewichtige Rolle spielen könnte, um der Misere der kapitalismusinduzierten Klimakrise entgegenzutreten.

Dies bedeutet am Ende nicht nur intellektuelle Arbeit, wie beispielsweise Klimaforschung, sondern auch – Horkheimer beschreibt dies ohne Zweifel – spezifischen Zusammenschlüssen und Gruppen, wie *End Fossil: Occupy!*, beizutreten, sie zu gründen und mit und durch sie, in Verbindung mit einem anderen Bildungsbegriff, die Fundamente einer anderen Gesellschaft zu begründen.

Dies kann allerdings nur geschehen, wenn sich Studierende Räume nehmen, die nicht darauf ausgerichtet sind, Qualifikationen für ein ‚weiter so‘ zu erwerben, sondern um Zeit zu haben ernsthaft aushandeln zu können, wie andere, ökologische und soziale Lebensweisen aussehen könnten.

Es gibt also eine einfache Konklusion: Wir besetzten und wir werden besetzen.

Bei vorliegendem Artikel handelt es sich um eine stark gekürzte und veränderte Version des Artikels „Klimakrise und der ‚Begriff der Bildung‘“, der im Soziologieblog im Februar 2023 erschienen ist.

Lukas Geisler

#### Literaturverzeichnis

Horkheimer, Max (1985): Begriff der Bildung. In: Max Horkheimer: Gesammelte Schriften, Band 8. Vorträge und Aufzeichnungen 1949-1973. Hg. v. Gunzelin Schmid Noerr. Frankfurt am Main: S. Fischer, S. 409-419.

Marx, Karl (1962): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. Berlin: Dietz (Marx-Engels-Werke, Bd. 23).

#### Über den Autor

Lukas Geisler studiert Politische Theorie in Frankfurt a.M. und ist Mitglied von *End Fossil: Occupy! Frankfurt*. Der vorliegende Text ist aus dem Arbeitszusammenhang *Organisierte Halbbildung* entstanden, der sich aus studentischer Perspektive mit der neoliberalen Umstrukturierung der Hochschullandschaft in Folge der Bologna-Reform auseinandersetzt.

# Die Letzte Generation

## und ihr Ansprechpartner die Politik

Die Aktivist\*innen der „Letzten Generation“ (LG) machen sich zu Recht große Sorgen über den Klimawandel. Dessen Auswirkungen sind längst bemerkbar. Mit ihren Aktionen wollen sie die Aufmerksamkeit erzeugen, die es ihrer Auffassung nach braucht, um die Politik zur Anerkennung der „Klimakatastrophe“ und zu einem wirklich konsequenten Klimaschutz zu bewegen. Ein Resultat insbesondere ihrer Straßenblockaden ist jedoch, dass sie den Ärger und Hass von nicht wenigen Bürger\*innen auf sich ziehen.

Der Staat wendet sich inzwischen mit harten Mitteln gegen die LG. Die Staatsanwaltschaft Neuruppin wirft ihnen die Bildung einer kriminellen Vereinigung vor und durchsucht Wohnungen von Aktivist\*innen.

Der Verfassungsschutz-Chef Haldenwang sieht die LG allerdings nicht als Staatsfeinde. Im Gegenteil: „Er verwies darauf, dass die Klimaaktivisten der Gruppe ein Handeln der Regierung fordern. „Also anders kann man eigentlich gar nicht ausdrücken, wie sehr man dieses System eigentlich respektiert, wenn man eben die Funktionsträger zum Handeln auffordert.“ (FAZ, 17.11.22)

Da hat Haldenwang Recht. Ihre Beschwerden, dass die Regierung ihrem Auftrag nicht gerecht werde und versage, sind ein sehr ausdrücklicher Vertrauensbeweis an die Politik und geprägt von der Annahme, dass die Abwendung der Erderwärmung ihr Ziel sei. Im Folgenden soll gezeigt werden, dass diese in Bezug auf Klimaschutz anders gelagerte Zwecke hat und verfolgt, als die LG meint. Denn die Frage ist, warum trotz aller staatlichen Absichtserklärungen zum Klimaschutz praktisch so wenig passiert. 30 Jahre Klimapolitik, deren Ergebnisse und Gründe geben Aufschluss darüber, dass der Staat kein guter Ansprechpartner ist, wenn es darum geht, den Klimawandel aufzuhalten.

### **Mensch und Natur – wofür sind sie gut?**

Mittlerweile hat es sich bei vielen herumsprochen: Wenn die Erderwärmung gebremst werden soll, müsste sich ziemlich viel ändern. Wichtiger Ansatzpunkt

der Klimapolitik waren und sind – trotz aller moralischen Appelle in Sachen Flureisen und Avocados – die kapitalistischen Unternehmen. Von denen hängt das gesamte Funktionieren (Lohn, Steuern, Staatsschulden, Qualität einer Währung) einer bürgerlichen Volkswirtschaft ab. Daran will keine verantwortungsbewusste Regierung von links bis rechts etwas ändern.

Dass „die Wirtschaft“ florieren muss, da sind sich alle einig. Und das geht so: Unternehmen wollen mit dem, was sie herstellen, mehr einnehmen, als sie dafür ausgegeben haben. Dafür werden Einkauf, Produktion und Verkauf darauf getrimmt, dass ein Gewinn rauskommt und am besten steigt. Lohnarbeiter\*innen bekommen das zu spüren, wenn sie immer mehr zu leisten haben. Genauso gehen Unternehmen auch mit der Natur um: Herausholen, was geht, so günstig wie möglich. Energie- und Rohstoffgewinnung und Abfallentsorgung sind nur Kostenpunkte. Vergiftung der Böden, Flüsse und auch der Atmosphäre kostet die Unternehmen erstmal nichts, genausowenig die Freisetzung von CO<sub>2</sub>.

Damit die Geldvermehrung immer umfangreicher vollzogen werden kann, muss die Produktion immer weiter wachsen mit allen oben beschriebenen Folgen. Das alles liegt nicht daran, dass Unternehmer\*innen oder Manager\*innen zu doof oder zu gierig sind. Sondern daran, wie die Wirtschaft hierzulande organisiert ist und was ihr Zweck ist: Private Gewinnvermehrung mittels Produktion für den zahlungsfähigen Bedarf.

### **Die Wirtschaft – wofür ist die gut?**

Die Politik ist nicht blind, konfliktscheu oder korrupt, wenn sie das oben erwähnte Wirtschaftswachstum mit den dort geschilderten Konsequenzen für Mensch und Natur fördert. Die Staaten (und Regierungen) der Welt setzen auf die kapitalistische Produktion als ihre Machtquelle, um ihre Zwecke zu verwirklichen. Von A wie Arbeitsagentur bis Z wie Zulassungsstelle benutzt der Staat das Steuergeld, um Gesellschaft und Geldvermehrung am Laufen zu halten.

Weil alle Staaten dieses Interesse für ihre Wirtschaft haben, stehen sie

miteinander in Konkurrenz. Um dabei möglichst gut abzuschneiden, versuchen sie, sich die anderen unterzuordnen: In Handelsverträgen versuchen sie der eigenen Wirtschaft möglichst viele Vorteile zu verschaffen. Der Staat macht sich zum Mittel seiner kapitalistischen Wirtschaft, weil er dadurch stark (die Grünen würden sagen „handlungsfähig“) wird. Es ist schließlich kein Zufall, dass in der Regel die erfolgreichsten Wirtschaftsnationen auch am meisten zu sagen haben in der Welt.

### **Energie – ein ganz besonderer Stoff**

Für das Geschäft im Kapitalismus hat die Energie einen ganz besonderen Stellenwert. Moderne Produktion und Transport nutzen externe Energiequellen. Das sind im heutigen Kapitalismus meist fossile Energieträger: Kohle, Erdöl, Erdgas.

Wenn Energie notwendiger Bestandteil jeder Produktion und jedes Transports von Waren ist, dann gehen ihre Kosten auch in die Produktionskosten aller Waren ein. Die Folge: Verteuert sich die Energieerzeugung, so verteuern sich alle Waren. Solche, deren Herstellung und/oder Transport energieintensiv sind, stärker – andere schwächer<sup>1</sup>.

Steigende Herstellungskosten aller Waren senken die internationale Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen eines Landes. Wenn Staaten versuchen, die eigene Wirtschaft möglichst konkurrenzfähig herzurichten, dann stoßen sie also auf Energie als wesentliche Voraussetzung. Sie ist Grundlage von Produktion und Transport, also muss sie verlässlich zur Verfügung stehen, damit Produktion und Transport – und das bedeutet: die damit bezweckte Geldvermehrung – genauso verlässlich funktionieren.

Zusätzliche Gelegenheiten zur Geldvermehrung sollen nicht bloß deswegen ungenutzt bleiben, weil es an zusätzlicher Energie zur Ausdehnung der Produktion mangelt. Energie muss für Staaten also in jeder Menge verfügbar sein, die für eine Produktionsausweitung benötigt wird.

Energie muss überdies so billig sein, dass die nationalen Unternehmen möglichst günstig produzieren können. Auf

»30 Jahre Klimapolitik, deren Ergebnisse und Gründe geben Aufschluss darüber, dass der Staat kein guter Ansprechpartner ist, wenn es darum geht, den Klimawandel aufzuhalten.«



diese Notwendigkeit stoßen die Staaten, wenn sie sich bemühen, den bei ihnen ansässigen Unternehmen gute internationale Konkurrenzbedingungen zu schaffen. Aufgrund der genannten Erfordernisse ist Energieversorgung, angefangen von der Förderung fossiler Energieträger bis hin zur Erzeugung und Verteilung elektrischer Energie, stark reguliert. Dies kann durch gesetzliche Auflagen geschehen oder dadurch, dass der Staat einzelne Teile dieses Prozesses gleich durch staatliche Unternehmen organisiert<sup>2</sup>.

#### **Energie – wo kriegt der Staat sie her?**

Alle bisher erschlossenen Primärenergieträger sind auf der Welt nach geologischen Zufälligkeiten verteilt. Die bisher vorwiegend genutzten fossilen Energieträger finden sich deswegen häufig nicht (oder nicht ausreichend / erschließbar) in den Staaten, die wegen ihres wirtschaftlichen Erfolgs den höchsten Energiebedarf haben. Deswegen müssen diese Energie oder Energieträger importieren.

Dies bringt Verbraucherstaaten wegen der besonderen Bedeutung der Energieversorgung in eine besondere Abhängigkeit von den Erzeugerstaaten. Eine Konsequenz ist der Bezug von verschiedenen Energieträgern oder zumindest von möglichst verschiedenen Regionen und Staaten, um die Abhängigkeit von einzelnen Lieferanten abzufedern und die eigene

Verhandlungsposition bei der Preisgestaltung zu verbessern. Eine andere ist die Förderung der Nutzung einheimischer Energieträger, die zwar teurer sind, aber dafür nicht unter Kontrolle anderer Staaten stehen. Dies war z.B. ein Grund für die langjährige Subventionierung der deutschen Steinkohleförderung.

Eine andere Konsequenz aus dieser Importabhängigkeit ist das Bedürfnis nach politischer Kontrolle der Lieferstaaten. Wenn die Energieträger schon auf fremdem Gebiet liegen, dann müssen die dortigen Staaten darauf festgelegt werden, diese so bereitzustellen, wie es im Interesse der Verbraucherstaaten liegt. Diese Ausrichtung eines Staates auf die Interessen anderer Staaten durch Sanktionen, durch Unterstützung der Opposition bis hin zum „Regime Change“ oder auch durch offenen Krieg ist ein ausgesprochen gewaltträchtiges Programm.

### Klimapolitik gegenüber Umweltpolitik

Wie oben ausgeführt, nutzt die Industrie – wenn sie nicht daran gehindert wird – Boden, Flüsse und Atmosphäre als kostenlose Müllkippe. Das führt dazu, dass Menschen krank werden oder sterben und dass ganze Landstriche wegen ihrer Vergiftung nicht mehr benutzt werden können. Damit die Unternehmen mit ihrem Profitinteresse nicht die Grundlagen ruinieren, die eine Wirtschaft überhaupt benötigt, beschränkt der Staat diese Praxis: Er betreibt Umweltpolitik.

Dabei hat der Staat ein Problem: Das kostet Geld, ist „eine Belastung für die Wirtschaft“ und verhindert manches profitable Geschäft (z.B. Verbot von unkonventionellen Fracking in Deutschland). Und dieses erfolgreiche Geschäft seiner Unternehmen braucht der Staat ja gerade, da er daraus auch die eigene Macht und Handlungsfähigkeit zieht. Ihm stellt sich deshalb immer die Frage, ob die umweltpolitischen Maßnahmen wirklich sein müssen. Im Ergebnis wird dann umwelttechnisch manchmal einfach gar nichts gemacht und stattdessen die Schäden geleugnet oder kleingeredet. Wenn was gemacht wird, dann oft mir langem Vorlauf.

Zwischen „gewöhnlicher“ Umweltpolitik und Klimapolitik besteht ein wesentlicher Unterschied, der für den Umgang der Staaten mit den entstehenden Problemen wichtig ist: Umweltpolitik betrifft eher einzelne Branchen und geht mit Wirkungen um, die oft regional beschränkt sind. Hier geht es um die Frage, ob bestimmte Schadstoffe oder einzelne umweltschädliche Produktionsverfahren beschränkt werden sollen. Mit anderen Worten: Wenn ein Staat bestimmte Umweltschutzmaßnahmen beschließt, steht der Schädigung der eigenen Wirtschaft auch ein nationaler Nutzen durch Schutz der Grundlagen der eigenen Macht gegenüber.

Bei der Klimapolitik ist das anders: Treibhausgase fallen nicht bei bestimmten Produktionsprozessen an, sondern

bei jeder Produktion und Transport. Klimaschutzmaßnahmen betreffen also alle Branchen eines Landes in dem Maße, wie sie energieabhängig sind, und schädigen so die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft insgesamt. Seine problematischen Wirkungen entfaltet das CO<sub>2</sub> zudem nicht regional beschränkt, sondern auf globaler Ebene durch Veränderung des Weltklimas. Reduktion von Treibhausgasen im eigenen Land bringt also erst einmal Schaden für die eigene Wirtschaft, aber nur eingeschränkten nationalen Nutzen.

### Klimapolitik – Kampf um die Weltordnung

Staaten sind unterschiedlich vom Klimawandel betroffen. Für manche Inselstaaten sind 1,5 Grad existenzbedrohend, andere Staaten rechnen mit besserem Zugang zu Rohstoffen. Dennoch sind sich die meisten Staaten darin einig, dass der Klimawandel sich für sie jeweils zu einem Problem entwickelt und begrenzt werden sollte. Da sie in Konkurrenz zueinander stehen und Klimaschutzmaßnahmen erst einmal mit größeren Kosten verbunden sind, versuchen sie diese auf andere Staaten abzuwälzen, und neue Geschäftsfelder für sich und ihre nationale Geschäftswelt nutzbar zu machen. China stellt sich zum Beispiel auf den Standpunkt, dass es wegen der relativ späten Industrialisierung nun ein Recht zu erhöhten Emissionen habe.

Allgemein bekannt ist: Eine umfassende Senkung der weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen ist nur möglich, wenn die Energiegewinnung auf eine nicht-fossile Grundlage gestellt wird. Daran knüpft Deutschland an und will mit seiner Wasserstoffstrategie – Stichwort „grüner Wasserstoff“ – in die Offensive gehen. Es verfolgt zwei Ziele: Erstens will es nicht erst seit dem Ukraine-Krieg die bestehenden Öl- und Gas-Abhängigkeiten verringern und stattdessen „Partnerschaften“ mit Lieferländern von grünem Wasserstoff eingehen, die teils wenig mehr zu bieten haben als Sonne und Fläche.

Zweitens ist Ziel, *„Deutschland zu einem globalen Vorreiter bei Grünem Wasserstoff zu machen und langfristig die Marktführerschaft bei Wasserstofftechnologien zu erlangen und zu sichern. Klimaschutztechnologien „made in Germany“ sollen zu einem neuen Markenzeichen werden: Deutsche Forschung und Unternehmen gehören zur Weltspitze bei Wasserstofftechnologien und der Aufbau von komplexen Industrieanlagen ist eine Kernkompetenz unseres Anlagenbaus. Die einmalige Chance, mit unserem Know-How zum Ausstatter einer globalen Energiewende zu werden, gilt es zu nutzen.“* (bmbf.de<sup>3</sup>)

Das Streiten für stärkere Emissionsreduktionen dient damit dem nationalen Vorteil, weil andere so auf deutsche Produkte verpflichtet werden sollen. Das wissen die anderen Staaten und warten nicht darauf. Die USA legen zum Missfallen der EU ein großes Subventionsprogramm für ihre Wirtschaft auf; Frankreich

setzt mit der EU auf Atomkraft als grüne Energie. So ist die Klimapolitik ein Kampf der weltweit erfolgreichen kapitalistischen Staaten um die Unterordnung der anderen Staaten unter ihre Definition von „sauberer“ Energiegewinnung, in dem es nicht um eine vernünftige und möglichst wenig umweltschädliche Energieproduktion geht, sondern um die Grundlagen ihrer wirtschaftlichen Konkurrenzfähigkeit. So geht die imperialistische Konkurrenz mit der Bedrohung der natürlichen Lebensgrundlagen ihre Wege.

Appelle an Politik der Sorte „strengt euch bitte mehr an“ sind daher fehl am Platz. Wirtschaften mit dem Ziel Erhalt-von-Lebensbedingungen ist mit kapitalistischen Staaten nicht zu haben. Es steht daher an, sich gegen die Zwecke und Ziele der herrschenden Politik zu richten.

### Antinationale Linke in Frankfurt (ALiF)

- 1 Auch die Lebenshaltungskosten steigen natürlich, wenn das Benzin für das Auto oder der elektrische Strom für den Haushalt teurer werden. Das ist aber nur das Problem der Leute, die sich bei steigenden Kosten entscheiden müssen, worauf sie verzichten wollen. Für das Funktionieren des Kapitalismus wird das erst zum Problem, wenn sich die Arbeiter\*innen Dinge, die sie unbedingt brauchen, nicht mehr leisten können – oder, wenn sie das durch Protest und Widerstand zum Problem machen.
- 2 Große Erdölunternehmen befanden sich wenigstens teilweise in Staatsbesitz (Shell, BP), weil private Unternehmen nicht genügend Kapital für die notwendigen Investitionen aufbringen konnten. RWE als lange Zeit mit Abstand größter Elektrizitätsversorger der BRD stand früher durch eine aktienrechtliche Ausnahmeregelung unter dem Einfluss der an ihr beteiligten Kommunen, auch wenn diese nicht die Aktienmehrheit hielten.
- 3 <https://www.bmbf.de/bmbf/de/forschung/energiewende-und-nachhaltiges-wirtschaften/nationale-wasserstoffstrategie/nationale-wasserstoffstrategie.html> abgerufen 16.01.22

---

# AUTOVERMIETUNG AN DER UNI FRANKFURT

Das KFZ-Referat («Kraftfahrzeug-Referat») existiert seit 1960 an der Universität Frankfurt. Es wurde vom Allgemeinen Studentenausschuss (AStA) gegründet, um den Studierenden preiswerte Umzugstransporter zur Verfügung zu stellen.

Im Jahr 2003 wurde das KFZ-Referat privatisiert und vermietet seine Transporter heute auch an Nicht-Studierende. Mit dem AStA der Johann Wolfgang Goethe-Universität besteht ein umfangreiches Kooperationsabkommen. Die Fahrzeuge – Mercedes Sprinter und Ford Transit – sind Transporter für Umzüge, Kleintransporte und Einkaufsfahrten.

Besonders günstig sind Anmietungen im Vier-Stunden- oder Nachttarif an Werktagen. Bei Anmietungen am Wochenende empfehlen wir rechtzeitige Reservierung bzw. Buchung.

Studierende der Goethe-Uni erhalten gegen Vorlage des Studierendenausweises einen Studierendenrabatt von 20 % auf den Mietpreis.

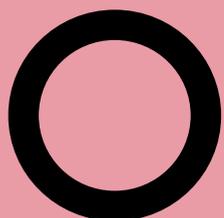
Unsere Fahrzeuge und Tarife finden Sie auch im Netz unter: [www.kfz-referat.de](http://www.kfz-referat.de)

Frankfurt, Bockenheimer Landstraße 133

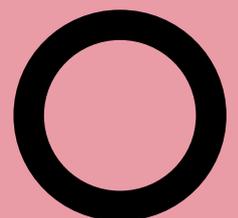
Mo – Fr 8.30 bis 18.00 Uhr; Tel: 069/705469



**WWW.KFZ-REFERAT.DE**



069/79823048



# Wer war Reza Goldmann?

Der Holocaust, die Shoah, Genozid. Der Mord an 6 Millionen Jüdinnen und Juden hat viele Namen. Eins ist jedoch klar: Es war Mord. Systematisch durchgeführt durch die Nationalsozialisten. Durch deutsche Staatsangehörige. Frauen und Männer.

Immer mehr Zeitzeug\*innen sterben. Sie sind die letzte Generation. Es sind diejenigen, die ein Vergessen durch ihr Erzählen verhindern können.

Sind wir die letzte Generation, die zuhört? Die ein Bewusstsein für den systematischen Mord an 6 Millionen Menschen schaffen kann? Die letzte Generation, die ein Vergessen verhindern kann und das Erstarken einer neuen Rechten zu stoppen vermag?

Ich habe mich zu Beginn dieser Recherche gefragt, was getan werden kann, um Vergessen zu stoppen. Gibt es digitale Möglichkeiten des Erinnerns? Und wie schafft die »letzte Generation« ein neues Denken, um verstehen zu können welche Verbrechen durch Nazi-Deutschland verübt wurden.

Der Name der Person wurde aus Respekt vor ihrem Leben und Tod sowie nachfolgender Generationen geändert. Jede Übereinstimmung mit echten Personen ist willkürlich und ist nicht beabsichtigt.

1 ZDF-Info Umfrage mit der Überschrift: »Ein Viertel will Abschluss mit NS- Zeit« 05.12.2020 <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/holocaust-umfrage-ns-zeit-100.html>

2 Ebd.

3 Internetauftritt der zentralen Datenbank der Namen der Holocaustopfer [https://yng.yadvashem.org/index.html?language=de&s\\_id=&s\\_lastName=&s\\_firstName=&s\\_place=Frankfurt%20am%20Main&s\\_dateOfBirth=&cluster=true](https://yng.yadvashem.org/index.html?language=de&s_id=&s_lastName=&s_firstName=&s_place=Frankfurt%20am%20Main&s_dateOfBirth=&cluster=true)

4 Statistik: Gesamtanzahl der Todesopfer im Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau nach Ethnie in den Jahren 1940 bis 1945 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1084820/umfrage/gesamtanzahl-der-todesopfer-in-auschwitz/>

5 Selbsterklärung des Arolsen Archives: <https://arolsen-archives.org/ueber-uns/>

Der Holocaust nahm Menschenleben. Nationalsozialisten waren es, die Menschen, Jüdinnen und Juden, ihres Lebens beraubten. Ihnen die Identitäten aberkannnten, sie verfolgt, entrechtet und ermordet haben.

Genau da soll diese Reportage beginnen.

Ich habe nicht das Ziel zu erklären, was nicht zu erklären ist, noch zu verstehen, was nicht verstanden werden kann.

Diese Reportage soll aufzeigen, dass sich Menschen, Identitäten, ganze Lebensgeschichten hinter dieser großen Zahl von 6 Millionen Opfern des Holocausts verbergen.

Sind wir die letzte Generation, die ein Vergessen verhindern kann?

Mit der brutalen Ermordung von Menschenleben beginnt nicht das Vergessen, sondern fängt die Erinnerung an.

Ich beginne zu forschen, zu suchen. Aber, nach was genau eigentlich?

Am 27. Januar 2023, 78 Jahre nachdem das Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau von der Roten Armee befreit wird, gibt es Anschläge vor einer Synagoge auf jüdische Menschen in Israel.

Es ist internationaler Holocaust-Gedenktag. Die Fahnen an öffentlichen Gebäuden in Deutschland wehen heute auf Halbmast. Es gibt eine Gedenkveranstaltung im deutschen Bundestag. An einem Ort, der einst instrumentalisiert wurde, um den späteren Mord an unschuldigen Menschen zu rechtfertigen.

Einige Tage vorher trifft mich eine ernüchternde Nachricht einer Umfrage, die das ZDF 2020 in Auftrag gegeben hat<sup>1</sup>: Fast jede\*r vierte Deutsche wisse nicht oder nicht sicher, was der Holocaust sei. Ausschließlich 20% der Befragten wissen, dass es sich am 27. Januar um den Internationalen Gedenktag für die Opfer des Holocausts handle. Indes steigt die Anzahl antisemitischer Straftaten wieder an. Die Dunkelziffer an hinterhergerufenen Beleidigungen, Nazi-Parolen und den nicht-angezeigten Straftaten der Opfer, die sich vor dem Terror der wieder erstarkenden rechten Gruppierungen in diesem Lande fürchten, bleibt natürlich außen vor<sup>2</sup>.

Wie kann es sein, dass so viele Menschen das dunkelste Kapitel in der Geschichte des 20. Jh. einfach vergessen haben?

Ich möchte der Frage hinterhergehen, was wirklich hinter all diesen Zahlen steckt. Wer befindet sich unter diesen 6 Millionen?

Beginnen wir mit Reza Goldmann. Sie ist eine kleine Nummer im riesigen Zahlenkonstrukt, das uns die gewaltige Dimension des Schreckens und der Brutalität des Nationalsozialistischen Regimes verdeutlichen soll.

Zu Beginn meiner Recherche weiß ich noch gar nicht so recht, wo überhaupt angefangen werden muss. Wie immer, frage ich bei Google nach. Und schon, nach nicht einmal einer Sekunde, eine Antwort. Die zentrale Datenbank der Holocaustopfer der Internationalen

Holocaustgedenkstätte *Yad Vashem*<sup>3</sup> entzündet einen kleinen Funken in der Dunkelheit meiner Recherche.

Heute lassen sich hier insgesamt mehr als 4 Millionen Namen online einsehen. 4 Millionen von 6 000 000 Menschen, die durch das Nationalsozialistische Regime systematisch ermordet wurden.

Als das Projekt der Datenbank Anfang der 2000er Jahre begann, waren es rund 2,5 Millionen Namen, die *Yad Vashem* in ihrer Datenbank aufgeführt wurden. All diese Namen werden meist aus Gedenkblättern oder anderen Quellen entnommen. Wird ein Name in die Suchmaschine eingespeist, spuckt ein Algorithmus verschiedenste Schreibweisen aus. Außerdem kann auch, wie in meinem Fall, willkürlich nach Identitäten geforscht werden.

Seit der Geburt der Datenbank zum Gedenken an die Opfer des Holocausts wurden bereits viele Namen, Identitäten und Geschichten eingetragen und für die Ewigkeit digital gespeichert. Wir können uns sicher sein, dass *Yad Vashem* noch immer an der Identitätsfeststellung der Opfer des Holocausts arbeitet. Noch immer, 78 Jahre nach Befreiung von Auschwitz-Birkenau.

Auschwitz-Birkenau oder auch Auschwitz II genannt, war das größte deutsch angelegte Vernichtungslager im NS-Staat. Ihm vielen ca. 1 Millionen Menschen zum Opfer<sup>4</sup>. Ermordet, durch die Maschinen deutscher Vernichtungsanlagen. Erbaut, um zu morden, um Menschenleben zu beenden. Ein Konzentrationslager in Polen, in dem es nachts Minusgrade werden konnten. Transporte mit deportierten Jüdinnen und Juden und weiteren verfolgten Gruppen treffen rund um die Uhr ein. Es kann immer passieren, dass die Gefangenen des Lagerkomplexes zum Zählappell auf dem Hauptplatz eintreffen müssen. Dabei tragen sie einfache Häftlingskleidung. Jede Bewegung, jedes noch so auffällige Zittern kann tödlich enden.

Ich möchte es an dieser Stelle vorwegnehmen. Auch Reza Goldmann fiel den Nazis zum Opfer, zwar nicht in Auschwitz, dafür im zweitgrößten polnischen Ghetto Litzmannstadt im deutsch besetzten Polen, dem heutigen Łódź.

Aus den Informationen der Datenbank wird ersichtlich, wo Reza Goldmann geboren und ermordet wurde. Eine weitere Suche lässt mich auf das *Arolsen Archive* stoßen, dessen Quellen weitere Informationen zur Rekonstruktion der Geschichte Reza Goldmanns beisteuern. Das *Arolsen Archive* wurde nach Ende des zweiten Weltkriegs gegründet. Aufgabe ist es bis heute, Schicksale ermordeter oder vermisster Menschen zu klären und weiter unermüdlich nach Informationen über Opfer des Holocausts zu suchen. Auch heute noch gehen jährlich bis zu 20.000 Anfragen nach Verfolgten des NS-Regimes beim *Arolsen Archive* ein<sup>5</sup>. Dank der Online-Suchfunktion des Archivs wird

auch meine Anfrage innerhalb weniger Sekunden geklärt.

Reza Goldmann wird am 17. August 1905 geboren. Sie lebte in Frankfurt am Main und wurde am 20. Oktober 1941 nach Litzmannstadt, einem Ghetto im deutsch besetzten Polen deportiert. Der Tag ihrer Ermordung ist aus den Informationen der Datenbanken leider nicht ersichtlich. Sie wurde ermordet.

Darf auch 78 Jahre nach Befreiung des bekanntesten deutschen Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau ein Schlussstrich gezogen werden? Letztendlich stoßt die Gesellschaft auf zwei „letzte Generationen“. Die eine die die Verbrechen der Nazis überlebte und die andere, die den direkten Dialog suchen kann; Ihr zuhören und für zukünftige Generationen bewahren kann. Die letzte Generation, die in den Dialog mit Zeitzeug\*innen treten kann, muss sie die Erinnerung an die Schicksale jener Menschen bewahren, die dem Holocaust und der deutschen NS-Herrschaft zum Opfer fielen?

Unter den 6 Millionen Opfern des Holocausts verstecken sich Identitäten, Geschichten gar ganze Familienstammbäume und Erinnerungen an geliebte Menschen: Frauen, Männer, Mütter, Väter, Kinder, ...

Die Recherche nach Reza Goldmann soll etwas zeigen: Dass sich unter einer riesigen Zahl Schicksale befinden und durch Erinnerung an Identitäten, an Menschen, auch in weiteren 78 Jahren an die brutalen Verbrechen der Nationalsozialisten erinnert werden muss und ihre Verbrechen niemals vergessen werden dürfen.

Pablo Schünemann

# Mensch Ärgere Dich Nicht

## Der Rechtsstaat gegen zivilen Ungehorsam & Demokratie

„Die Maschine hat den Piloten abgeworfen; sie rast blind durch den Raum. Im Augenblick ihrer Vollendung ist Vernunft irrational und dumm geworden“, schreibt Max Horkheimer in seiner *Kritik der instrumentellen Vernunft*.<sup>1</sup> Die Maschine ist die instrumentell gewordene Vernunft, der Pilot ist der Mensch selbst. Angesichts der schreienden Unvernunft, sehenden Auges die Klimakatastrophe zu befeuern, kann man diesen Satz leicht variiert nutzen, um zu beschreiben, was in Lützerath und Co. passiert: *Der Rechtsstaat hat ihre Piloten abgeworfen; er rast blind durch die Klimakatastrophe*. In ihrer „Vollendung“ hat die liberale Demokratie den Demos längst abgeworfen. Diejenigen, die sich für den Schutz der Lebensgrundlagen einsetzen, für das Überleben der nächsten Generationen überhaupt, werden mit Hilfe und auf Grundlage des Rechtsstaats nicht nur daran gehindert, sondern deswegen auch diffamiert. Der Rechtsstaat ist instrumentell und blind geworden; seine eigentlichen Piloten sind machtlos. So vernichtet er die Lebensgrundlage und wird dabei auch noch verteidigt. Wir können die pilotenlose Maschine nicht verlassen, wir fliegen mit ihr in den Untergang, oder stürzten ohne sie hinab. Die Frage ist nur, warum die Wenigen, die merken, was passiert, daran gehindert werden, zurück ins Cockpit zu klettern. Die Malaise ist tiefgreifend; die pilotenlose Maschine selbst wird heiliggesprochen, und zwar nicht nur wegen ihres rechtsstaatlichen Gehäuses, sondern auch, weil sie mit der Demokratie selbst verwechselt wird.

Der Ausruf „show me what democracy looks like“ ist dabei bezeichnend. Die bürgerliche Antwort kam sogleich: Viele Kritiker\*innen der *Letzten Generation* und den Lützerath-„Besetzer\*innen“ berufen sich auf *die Demokratie*, um die Aktivisten als kriminell zu überführen und damit als undemokratisch zu diffamieren. Sie bezeichnen ausschließlich *legales* Verhalten als *demokratisches*

Verhalten.<sup>2</sup> So wie hier die Demokratie mit dem Rechtsstaat gleichgesetzt wird, versperren sie sich der Einsicht, dass es zwischen legal und legitim einen Unterschied gibt. Dieser „legal demokratische“ Rechtsstaat wurde an der Grenze zur Tagebaukante Lützeraths erfolgreich verteidigt. Gegen all jene, die die Sprache der rechtsstaatlichen Demokratie nicht sprechen. Den Ungehorsamen könne man zwar wichtige und richtige Forderungen abgewinnen, sie würden diese nur falsch oder zu einem ungünstigen Zeitpunkt artikulieren. Oder anders gesagt: „Sprecht meine Sprache oder haltet den Mund!“ (Žižek 2011, 75)<sup>3</sup> – verhaltet Euch legal („geht in die Schule“) oder verschwindet. Doch wie sähe ein Verhalten aus, das auf die Mittel des Ungehorsams verzichtet?

Der „Kompromiss“, den die Grünen meinen erreicht zu haben, ist in etwa so wert wie sein Wahlkreuz bei den Grünen überhaupt zu setzen: Symbolpolitische Selbstvergewisserung; im Rahmen des liberaldemokratischen Spielbrettes steht man immerhin auf der grünen Seite. Dass das „Mensch-Ärgere-Dich-Nicht“-Spielbrett gelblich ist, könne man schließlich nicht ändern. Der Neoliberalismus und die Delegation der Klimapolitik an die „Experten“ ist voll entfaltet. Die Gelben Spielfiguren sind längst in ihrem Haus, während die Grünen versuchen, eine Sechszehn zu würfeln und dabei nicht erkennen, dass der Würfel keine Zahlen hat. Wie anders ließe es sich erklären, zuzulassen, das ausgemachte Klimazielen, willentlich und sehenden Auges zu verbrennen? Wie kommt man auf die Idee, das 1,5-Grad-Ziel innerhalb von noch kürzerer Zeit zu verfeuern und wie kann man dann auch noch stolz auf diesen Zeitgewinn (vor 2030 hört es auf!) sein? Im Mensch-Ärgere-Dich-Nicht-Spiel hätten die Grünen wohl gesagt: Ihr dürft mit euren Figuren so viele Züge machen, wie ihr wollt, aber in einer halben Stunde darf ich wieder würfeln – mit dem Würfel ohne Zahlen versteht sich.

Die Entscheidung, Lützerath zu verbrennen, die selbstverständlich zurecht eine Symbolik erlangt hat und beispielhaft für das Versagen „unserer Demokratien“ in der Klimapolitik steht, ist leider

kein Spiel. Spielfiguren werden gekickt und rausgeworfen – die Aktivisten werden wortwörtlich gekickt und in der Gefangensammelstelle und vor Gericht von der Gesellschaft und dem weiteren demokratischen zivilen Prozess „rausgeworfen“. Der Zivile Ungehorsam ist in dem Fall die Verweigerung des Zuges im geschmierten Spiel; die Maßnahmen und die bürgerliche Presse zwingen einen mit aller Gewalt, mitzuspielen. Der Rechtsstaat kommt vorbei und bringt den größten Polizeieinsatz des Jahres mit, er leiht sich „Gefangenentransportwagen“ von RWE, die damit auch noch Geld verdienen<sup>4</sup>, lässt Wasserwerfer durch die Gegend fahren und an der lokalen Shell tanken. Dabei gucken tausende Journalisten der ganzen Welt zu und die Polizei mitsamt ihren bis auf die Zähne bewaffneten Tausendschaften lächelt in die Kamera. Alles als *demokratische Antwort* auf den Protest gegen die Vernichtung der Lebensgrundlagen. Is this what democracy looks like?

Bei einer Rede vor *Occupy Wall Street* 2011 in New York machte Slavoj Žižek in Abgrenzung zur liberalen US-amerikanischen Presse deutlich, was Demokratie eigentlich erfordert. Die liberale Presse verstand nicht, wieso *Occupy* in Anlehnung an den „arabischen Frühling“ Demokratie einfordere. Wir hätten doch eine Demokratie, meint die liberale Presse, und man müsse genau diese bestehenden Institutionen nutzen, um für die Veränderung



»Wir können die pilotenlose Maschine nicht verlassen, wir fliegen mit ihr in den Untergang, oder stürzten ohne sie hinab. Die Frage ist nur, warum die Wenigen, die merken, was passiert, daran gehindert werden, zurück ins Cockpit zu klettern.«

zu sorgen, die man haben möchte. Ähnliches ist auch jetzt zu hören, wenn es darum geht, samstags statt freitags zu demonstrieren oder eine Partei zu gründen, statt sich anzukleben. Žižek hatte damals darauf verwiesen, dass der springende Punkt von *Occupy* eben darin bestehe, die demokratischen Mängel dieser Rechtsstaatlichen Institutionen aufzuzeigen. So wie es auch 2011 keinen Mangel an Kapitalismuskritik gab, sondern schlicht keine Möglichkeit, antikapitalistische Maßnahmen umzusetzen (Žižek 2011, 73f.), so gibt es jetzt keinen entscheidenden Mangel an Klimaschutzmöglichkeiten, es gibt aber in und durch die bestehenden rechtsstaatlichen Instrumente schlicht keine Möglichkeit der Umsetzung. Das ist es, was die *Letzte Generation* einfordert. Darauf aufmerksam zu machen ist Demokratie. Die Veränderung der rechtsstaatlichen Ordnung an den entscheidenden Stellen einzufordern, die Ordnung aufzubrechen, das ist Demokratie. Es geht nicht darum, in vier Jahren die richtigen Farben der Spielfiguren zu wählen. Es geht darum, das Spiel zu verändern.

Entsprechend ist es nicht gegen das Grundgesetz, Tafeln mit Farbe („Erdöl“) zu beschmieren. Im Gegenteil, es ist ein Ausdruck, das demokratische Versprechen einzufordern: Gemeinsam den Veränderungen gerecht zu werden, gemeinsam der von Menschen verursachten Klimakatastrophe etwas entgegenzuhalten. Das Grundgesetz zu achten und auch als Forderung zu verstehen, jetzt demokratisch zu agieren. Johannes Agnoli hatte mir seiner „Transformation der Demokratie“ (1967) recht: Die Riemen der rechtsdemokratischen Institutionen sind in Takt und funktionieren, allerdings funktionieren sie im demokratischen Sinne umgedreht, „transformiert“.<sup>5</sup> Statt, dass das Parlament die Belange der Wählenden an die Regierung heranträgt, statt, dass die Regierung mit den Bürger\*innen und durch deren Wahlentscheidungen Politik macht, funktionieren die Institutionen als Rechtfertigung von oben nach unten. Nicht länger werden Belange von unten über die Institutionen nach oben vermittelt, sondern das von oben herab bestimmte wird mittels der (grünen) Parlamentarier als alternativlose

Notwendigkeit gerechtfertigt. Wenn Aktivist\*innen auf diesen Missstand aufmerksam machen und sei es das symbolische Beschmieren von Grundgesetzeafeln, das Absägen von Baumspitzen, das Eintunneln vor Tagebaukanten oder das Kleben auf der Straße – dann weisen sie auf die verdrehten demokratischen Institutionen. Es wird darauf hingewiesen, dass sich die Maschine, in der wir alle sitzen, mitsamt seinem rechtsstaatlichen Gehäuse und seinen (demokratischen) Institutionen in einen Sinkflug begeben hat. Doch statt den Demos wieder ans Steuer zu setzen, vertrauen wir auf die Schwebekraft der Maschine. Die wütenden Passagiere werden ruhiggestellt oder selbst rausgeworfen, wenn sie sich nicht an den Regeln festhalten. Mensch ärgere dich nicht, wir werden schon landen.

Lennart Bade

1 Max Horkheimer: Zur Kritik der instrumentellen Vernunft (1947). Frankfurt am Main 2007: Fischer. S. 146.

2 Eine Übersicht über die Diffamierung der Klimaaktivisten habe ich überwiegend dem Artikel von Simon Sahner abgewinne können; deswegen sei er hier verlinkt: Taliban, Reichsbürger, Nazis - Die Kritik an Klimaaktivist\*innen hat sich radikalisiert - 54books (15.03.2023).

3 Slavoj Žižek: »Das gewaltsame Schweigen eines Neubeginns« in OCCUPY! Die ersten Wochen in New York. Berlin 2011: Suhrkamp. S. 68-77.

4 Ein Spiegel-Artikel berichtet über die Gefangenentransportwagen, die RWE bereitstellt: <https://www.spiegel.de/panorama/luetzerath-warum-die-polizei-fahrzeuge-von-rwe-zum-gefangenentransport-nutzt-a-17703854-058e-4302-9dc8-4b40cb646e33> (15.03.2023).

5 Johannes Agnoli: Transformation der Demokratie (1967). Hamburg 2007: Konkret Literatur Verlag.



# Über Leben

Wir brauchen heute keine Hellseher, um aus den Eingeweiden der letzten Generationen die Zukunft zu lesen: noch weniger Zukunft bleibt. Denn die Alternative zwischen Sozialismus und Barbarei, Revolution und Auslöschung lässt sich nicht mehr zuspitzen. Doch die Generation Z kämpft für ihre Zukunft, die Zukunft überhaupt, die lange schon verloren scheint.

Egal ob Apokalypse, Ragnarök oder der kulturindustriellen Darstellung von Maya-Kalendern, Weltuntergangsszenarien beflügeln immer schon die menschliche Fantasie, schüren Ängste, wecken Hoffnungen. Das Ende der Welt bedeutet auch das Ende alles Alten und Bekannten, womöglich sogar einen neuen Anfang oder schlicht das Ende aller Dinge und totale Auslöschung.

Wir sind also sicher nicht die erste Generation, die sich vom Weltuntergang bedroht fühlt. Was aber aktuelle Szenarien von den angeführten Mythen unterscheidet ist die Wirklichkeit. Naturkatastrophen, Artensterben, Verwüstung, blankpolierte Atomsprengeköpfe und Militärparaden, dafür braucht man keine

Fantasie. Das alles ist live auf Sendung. Während die Apokalyptik von rächenden Göttern rührt, ganz weltfremd bleibt wie diese, bedroht uns heute unsere eigene, irdische Entwicklungstendenz.

Bereits Kant bezeugt sein Bewusstsein hierfür, angesichts des weltverheerenden Feuers, das die kolonialen Großmächte seiner Zeit allen Orts schüren (insbesondere im sog. Siebenjährigen Krieg). Deutlich spricht er seinen Zweifel an der Überlebensfähigkeit der Menschheit aus: Entweder findet die Menschheit ihren ewigen Frieden auf oder unter der Erde. Entweder leben die Nationen untereinander in Frieden oder die Menschheit wird sich weiter selbst zerfleischen und zuletzt ins Grab bringen. Misslingt der Frieden auf Erden, tosen weiter die Waffen, dann herrscht bald überall Friedhofsruhe.

Doch die Totenstille ist heute bedrohlicher, als Kant es sich jemals hätte alpträumen lassen. Denn seit Hiroshima steht alles auf dem Spiel. Nicht allein das menschliche, nicht allein das heutige Leben. Der Overkill droht alles Erdenleben unter die Erde zu bringen. Der Overkill bedroht die Welt wahrlich mit ewigem Frieden. Dabei dröhnt die Totenstille des Nicht-Krieges in der Zwischenzeit so unerträglich wie noch nie. Selbst wenn die Bombe nicht gezündet wird, ist ewiger Frieden doch nur Kalter Krieg, Gleichgewicht des Schreckens.

„Der Friede, der sich zu erkennen gibt, ist durch die fortschreitende Gefahr eines kollektiven Selbstmords erzwungen worden; das Überleben der Menschheit ist angesichts des Vernichtungsinstrumentariums nicht mehr gewiss. Eine neue, weltweite balance of power ist im Entstehen.“<sup>1</sup> Heute aber ist die Totenstille zerrissen, es kreischen die Sirenen und selbst das schreckliche Gleichgewicht gerät augenblicklich ins Wanken. Der Krieg wird wieder heißer.

Die Entwicklung der Produktivkräfte versprach der Menschheit die Möglichkeit, sich aus dem bewusstlosen, gewaltsamen Naturzusammenhang zu emanzipieren, um endlich Autorin ihrer eigenen Geschichte zu werden. Dies meint planmäßige Anwendung und harmonische Entfaltung aller verfügbaren Kräfte: menschlicher wie außermenschlicher. Denn Kommunismus = Humanismus = Naturalismus. Doch die Revolution blieb aus. Die Menschheit überwand ihre Naturwüchsigkeit, indem diese in die Gesellschaftsunordnung einging. Statt nunmehr die Entwicklung menschlicher Anlagen im Einklang mit den außermenschlichen voranzutreiben, entfacht die zerrissene Menschheit die zügellose Entwicklung der Destruktivkräfte, ihren enormen Willen zu nichts als Vernichtung. Hiermit gehen auch die immer grausamere Erniedrigung und Ausbeutung der Natur, der Grundlage allen lebenswerten Lebens und aller Wertschöpfung, einher. Die Bewältigung der Naturgewalt schlug um in Vergewaltigung der Naturgewalt. Sie droht nunmehr in ihrer totalen Erschöpfung zu münden. Die Entkräftung der

Natur in irreparablem Ausmaß lässt fraglich werden, ob durch Entwicklung, Aneignung und Kontrolle der Produktivkräfte, durch glückliche Revolution, künftig noch lebenswertes Leben zu realisieren ist. Alle Produktivkraft ist wertlos ohne fruchtbare Naturkraft. So ist nicht gesichert, wie lange die Gleichung „Kommunismus = Humanismus = Naturalismus“ noch aufgeht, wie lange Versöhnung mit der (außer-)menschlichen Natur noch möglich ist, bis Überleben schließlich wirklich nur noch als Kampf ums letzte bisschen Dasein möglich ist.

Der Kapitalismus entwickelte und verhinderte zugleich die Möglichkeit, aus dem Naturzustand (*bellum omnium contra omnes*, Krieg aller gegen alle) ein für alle Mal auszusteigen. Wird aber die Naturkraft weiter vernichtet, ist diese Möglichkeit bald völlig und unwiederbringlich verwirkt. Die Alternative zwischen Sozialismus und Barbarei bestünde dann nicht mehr. Das nackte Überleben geböte den Menschen in der letzten Stunde bloß Barbarei und noch mehr Barbarei.

Ist die Generation Z also die letzte Generation, die auf dieser Erde noch leben kann? Sicherlich nicht. Doch ist zu fürchten, dass sie die letzte Generation mit einer Wahl zwischen echten Alternativen und der Chance auf Versöhnung sein könnte. Dies zu verhindern ist das Gebot der Stunde, die Verantwortung unserer Generation für alle künftigen.

Es ist die Grabesruhe der abtretenden Generation, die sich sagt: „Nach uns die Sintflut.“ Aber das Wasser steht uns heute schon zum Hals, sodass wir mehr denn je aufeinander angewiesen sind. Unser Werk kann nicht das Werk einer Avantgarde sein, denn es kann nur allen gemeinsam gelingen, das Offensichtliche abzuwenden. Die drängenden Fragen unserer Zeit betreffen alle Generationen: besonders die Umweltkatastrophe, aber auch die Atom- und Migrationsfrage, die Erneuerung unseres Sozial-, Renten- und Gesundheitssystems u.v.a. Solche Fragen betreffen unser Verhältnis zueinander. Ohne ihre rasche Lösung wird ein Miteinander der Genera, Generationen und Nationen, d.h. lebenswertes Leben für alle, künftig nicht mehr möglich sein. Darum ist die Losung so klar: Leben aller Genera, Generationen und Nationen vereinige dich!

David Thoma

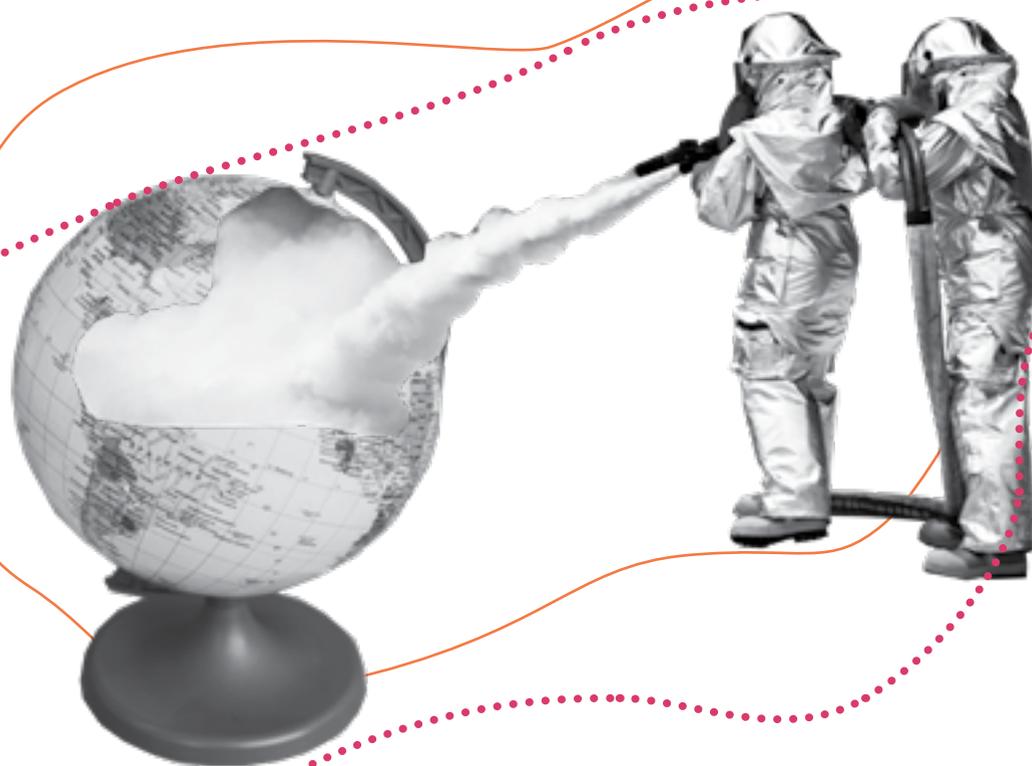


\* dieses Bild wurde von einer AI erstellt

<sup>1</sup> Heydorn, Heinz-Joachim (1974/2004): Überleben durch Bildung. Umriss einer Aussicht. In: Werke (Bd. 4). Wetzlar: Büchse der Pandora, S. 264.

# Letzte Generation, Lützerath —

Ein radikaler Aufstand des Gewissens trifft auf das gute Gewissen der Herrschaft



Hat die Letzte Generation recht, wenn sie auf die Klimakatastrophe hinweist, auf deren dramatische Konsequenzen und die Dringlichkeit ihrer Bekämpfung? Hat sie recht damit, dass die Regierung nicht entsprechend handelt; dass der ganze unter „Klimapolitik“ laufende Umbau der Wirtschaft nicht geeignet ist, das Überschreiten von Kippunkten zu verhindern; dass die Regierung vielmehr mit ihrer Förderung des nationalen Geschäftswachstums laufend zur Zerstörung der globalen materiellen Lebensgrundlagen ihren gewichtigen Teil beiträgt? Das ist einfach nicht die Frage, am wenigsten für die Letzte Generation selbst. Dass sie recht hat, ist ihr ganzer Ausgangspunkt: Wissenschaftlich ist das keine Frage mehr, gesellschaftlich gibt es keine entscheidende Fraktion, die das noch leugnen würde, keine Partei bis auf die AfD verzichtet auf Klimaschutz in ihrem Programm und rechtlich sieht sie sich durch das Bundesverfassungsgericht, also letztlich durch die Verfassung selbst, bestätigt: „Ob Klimaschutz gemacht wird oder nicht, steht nicht zur Debatte. Das ist durch unser

Grundgesetz festgeschrieben.“ (letztegeneration.de/verfassungsbruch) Zugleich wissen ihre Aktivisten aus ein paar Jahren Klimaprotesten von Fridays for Future und anderen, dass es ihnen überhaupt nichts bringt, recht zu haben: Die Politik hat ihnen in ihrem Anliegen zur Menschheitsrettung eine praktische Absage nach der anderen erteilt; dazu hat sie sowohl den Willen als auch die Mittel.

## Der Appell im Namen der eingebildeten Verantwortungsgemeinschaft

Die Mitglieder der *Letzten Generation* weigern sich verbissen, diese Absagen mit einer eigenen Absage an die Machthaber zu beantworten. Die wollen sie auf keinen Fall aus der Verantwortung entlassen. Alle Mittel und Freiheiten der Politik, das gesellschaftliche Produzieren zu definieren und zu modifizieren, deren ganze Macht kennen sie gar nicht anders denn als höhere Pflicht. Das ist für sie die eine Seite der Verantwortungsgemeinschaft, als die sie die Gesellschaft verstehen.

Auf der anderen Seite stehen die Bürger, deren Aufgabe darin besteht, verantwortliche Politik mitzutragen. Wenn die *Letzte Generation* immer wieder feststellen muss: „Denn die Bundesregierung steht in der Verantwortung, unsere Freiheit und unsere Lebensgrundlagen zu schützen... Durch Erkenntnisse aus der Klimaphysik ist es objektiv feststellbar, dass unsere aktuelle Bundesregierung dieser Verantwortung nicht nachkommt“ (ebd.), wenn also die Politik ihrem höchsten denkbaren Auftrag – den Fortbestand der Menschheit zu sichern! – nicht nachkommt, dann kann das in dieser Optik nur an einem liegen: an mangelndem Verantwortungsbewusstsein, aus dem heraus „der Gesellschaftsvertrag gebrochen wurde, weil die Regierung und das reichste 1 Prozent am Kurs der Klimavernichtung festhält, welcher Milliarden ins Unglück stürzt“ (letztegeneration.de/gesellschaftsrat). Und gemäß derselben Logik bedeutet dieser Mangel an Verantwortung auf der einen Seite die Pflicht zu umso größerem Verantwortungsbewusstsein auf der anderen:

**»Auch wir als Bürgerinnen und Bürger dieser Demokratie tragen Verantwortung. Wir erachten es als unsere Pflicht, alles Gewaltfreie zu tun, was in unserer Macht steht, um dieses Unrecht zu beseitigen. Die Vernichtung unserer Lebensgrundlagen einfach hinzunehmen, können wir nicht mit unserem Gewissen vereinbaren.«** (letztegeneration.de/brief-an-die-bundesregierung)

Praktisch ist das ein Eingeständnis ihrer *Ohnmacht*, die die Politik ihnen in ihren Absagen regelmäßig vorführt. Im

»Die Aktivisten stellen den Staat mit jeder Klebeaktion, jedem Suppenwurf auf Gemälde, jedem Ausharren auf Baumhäusern usw. vor die Entscheidung: Wie viel Gewalt gegen uns ist euch die Aufrechterhaltung des gewohnten Getriebes wert?«

Unterschied zu den wirklich Verantwortlichen fehlen der Letzten Generation die Mittel, ihre Verantwortung so zu praktizieren, dass sie ihr Anliegen durchsetzt. Im Unterschied zu manchen anderen Klimabewegten hält sie aber auch den Versuch, die Klimakatastrophe durch individuelles Wohlverhalten abzuwenden, für aussichtslos und eine Ablenkung von der nötigen politischen Wende. Was den Aktivisten bleibt, sind allein sie selbst und ihr Wille. Das sehen sie auch so, aber sie ziehen daraus den Schluss: Dann kommt es darauf umso mehr an! So wenig sie die Regierung ihrer Verantwortung entheben wollen, so sehr verbieten sie sich selbst die Resignation. Die Verantwortung zu praktizieren, die die Politik vermissen lässt, sind sie sich als Bürger schuldig. Als Menschen tritt sie ihnen in Form einer zwingenden Instanz gegenüber: als ihr Gewissen. Sie wird zum verinnerlichten Maßstab ihres ganzen Daseins, dem sich alles andere unterzuordnen hat, von der aktuellen Lebensgestaltung bis zu den langfristigen Berufsplänen. Diese innere Instanz drücken sie häufig an ihrem zukünftigen Ich oder ihren potentiellen Kindern aus, denen gegenüber sie sich in der Zukunft verantworten müssen, wenn die fragen: Was hast du damals getan, um die Katastrophe aufzuhalten?

Was sie selbst so unabdingbar zwingt, das *demonstrieren* sie, darin besteht ihre Praxis: Sie setzen ihre Person „mit unserem Gesicht und unserem Namen“ ([letztegeneration.de/mitmachen/werte-protestkonsens](http://letztegeneration.de/mitmachen/werte-protestkonsens)) als Mittel für eine Störung des Alltags ein, was die Demonstration praktizierter Rücksichtslosigkeit gegen sich selbst einschließt. Sie führen vor, dass für jeden gewissenhaften Menschen hinter dem Kampf gegen die Katastrophe alles zurückzustehen hat. Dazu gehört ihre Überzeugung, dass man sich bzw. die Adressaten „emotional mit der Sache verbinden“ muss: „Lassen Sie Milliarden Tote kalt, Herr Scholz?“ (Jeschke, 12.11.21) So sprechen sie die politischen Verantwortungsträger unter den Menschen an: indem sie den Menschen im Verantwortungsträger ansprechen. Sie setzen ein Fanal in der verzweifelten Hoffnung darauf, dass die andere Seite genauso

ihr Gewissen entdeckt und ihm genauso ernsthaft gerecht wird wie sie selbst. Dass sie sich zu diesem Positivbeispiel praktizierten Verantwortungsbewusstseins gezwungen sehen, beweist ihnen zugleich deren (bisherige) Gewissen- und Verantwortungslosigkeit.

Das soll durch die Aktionen jedem klar werden. Die Aktivisten stellen den Staat mit jeder Klebeaktion, jedem Suppenwurf auf Gemälde, jedem Ausharren auf Baumhäusern usw. vor die Entscheidung: Wie viel Gewalt gegen uns ist euch die Aufrechterhaltung des gewohnten Getriebes wert? Ihr handelt verantwortungslos mit eurer Klimapolitik, wollt ihr euch dazu auch noch offensiv bekennen, indem ihr uns abräumt, die wir für das absolut notwendige und eingesehene Anliegen der Menschheit antreten – unterstrichen durch die Gewaltlosigkeit, die ein eiserner Grundsatz bei den Aktionen ist? Oder leistet ihr endlich die „Vertrauensbeweise“, die wir einfordern, nämlich die Umsetzung von Sofortmaßnahmen wie Tempolimit und 9-Euro-Ticket, die zwar nicht die Katastrophe verhindern, uns aber zeigen würden, dass ihr als Verantwortungsträger auch ein Verantwortungsbewusstsein habt?

Was die Aktivisten mit ihren Aktionen zum Dilemma der Regierung machen wollen, das ist ihr eigener Widerspruch: So sehr ihr Protest eine Erklärung tiefsten Misstrauens in die Politik ist, die trotz bekannter und dringlichster Notwendigkeit „nicht handelt“, so sehr wollen sie ihr wieder vertrauen – können:

„Deswegen wollen wir die Menschen in der Bundesregierung nicht besiegen, weder durch Worte noch durch Taten. Wir wollen ihnen die Hand reichen, damit sie ab jetzt ihrer Verantwortung vor der Verfassung nachkommen können.“ ([letztegeneration.de/verfassungsbruch](http://letztegeneration.de/verfassungsbruch))

Jede Polizeiaktion gegen sie, jede Festnahme, Anklage, Verurteilung beweist ihnen – nicht, wie falsch sie mit ihrem Ideal von einer Verantwortungsgemeinschaft, einer Staatsräson namens „Fortbestand und Wohlergehen der Menschheit

sichern“ liegen, sondern –, wie sehr die Regierung sich weiterhin an ihrer Verantwortung vergeht, wie richtig sie also mit ihrem Protest liegen.

#### Die Antwort der wirklichen Verantwortungsträger

Ein aus Ohnmacht geborener Protest, der mit der Vorführung eigenen radikalen Verantwortungsbewusstseins das der Gegenseite aufwecken will, indem er den Alltag stört – wie reagiert darauf der Adressat? Auch für Politik und Rechtsstaat ist es keine Frage, ob die Letzte Generation recht hat, allerdings nicht, weil das – wie für die Aktivisten – sowieso außer Frage stünde, sondern weil für sie der Inhalt des Protests einfach keine Rolle spielt. Sie widmen sich in ihren Stellungnahmen wie im praktischen Umgang mit dem Protest allein den *Protestformen*, zu denen die *Letzte Generation greift*.

Polizei und Justiz machen ihren Job: In geordneten Verfahren vom inzwischen routinierten und mit einem einheitlichen Preis versehenen Loslösen der angeklebten Hände über das Einsammeln von Anzeigen bei den Autofahrern bis zu Ingewahrsamnahme und Gerichtsverfahren subsumieren sie den Protest unter die Kategorien des Rechts, behandeln die Aktivisten einzig als unerlaubte Störung und haben naturgemäß mit dem Inhalt von deren Anliegen, dem die durch ihre Störung Nachdruck verleihen wollen, nichts zu schaffen.

Die politische Debatte stellt klar, dass moralische und rechtliche Berechtigungstitel und schon gar wissenschaftliche Erkenntnisse nicht die Agenda bestimmen. Das geht zum Beispiel so:

„Anpacken statt ankleben. Das wäre ja mein Motto“, sagte Giffey. „Der Fachkräftemangel ist eine riesige Herausforderung. Man habe zwar Geld für erneuerbare Energien, aber es brauche zum Beispiel Solarinstallateure, um Photovoltaik-Anlagen auf die Dächer zu bekommen.“ (2.12.22 vor IHK Berlin-Brandenburg)

Giffey wirft den Aktivisten in fröhlicher Machermanier vor, dass sie gar nichts gegen – den Fachkräftemangel tun! Als

wäre der Grund für die Lücke, die die Letzte Generation zwischen Klimakatastrophe und Klimapolitik sieht. Machtvoll gegen den Klimawandel zu kämpfen heißt Giffey zufolge, sich am Wandel der deutschen Wirtschaft zu beteiligen.

Wer da nicht Ruhe gibt und direkt eine Ausbildung anfängt, für den hat eine andere Berlinerin weniger konstruktive Vorwürfe in petto:

„Ich will, dass wir in der Sache weiterkommen, aber seit Tagen diskutieren wir, ob Kartoffelbrei an Kunstwerken eine geeignete Demonstrationsform ist‘... Damit habe es die Gruppe in die ‚Tagesschau‘ geschafft... ‚Aber geändert hat sich dadurch nichts.“ (Künast im STERN, 9.11.22)

Die Frau ist gut: Sie widmet sich von vornherein nur der Aktionsform und behauptet glatt, dass sie dadurch vom Weiterkommen „in der Sache“ abgehalten werde. Dass sie und ihre Kollegen aus den Regierungsfractionen, also die Leute mit Macht, nichts geändert haben, macht sie den Demonstranten zum Vorwurf. Wie die „Sache“ stattdessen nur vorankommt, das erklärt der Klimaminister:

„Aber am Ende braucht ein politisches Ziel in einer Demokratie eine Mehrheit. Und dabei helfen Protestformen, die verärgern, nicht wirklich... Hier erleben wir eine Radikalisierung der Wenigen. Das ist schlecht... Wer Klimapolitik aus einer Minderheitenopposition heraus betreiben muss, hat schon verloren.“ (Habeck im STERN, 1.12.22)

Habeck erinnert die Beschwerdeführer der *Letzten Generation* daran, dass „Vernunft“, „Wissenschaft“ und moralisches Recht, ja sogar die Berufung auf die Verfassung schön und gut sind, dass aber die machtvolle Durchsetzung von Anliegen mit diesen Kriterien nichts zu tun hat. Sondern mit „Mehrheit“. Man sieht es ja an ihm: Wenn man qua Mehrheit gewählt ist, ist man zur Definition dessen berufen, was das Mehrheitsinteresse ist, also durchgesetzt gehört – und wenn nicht, hat man verloren. Diese Handlungsfreiheit der Regierung kann ein Klimaminister und Vizekanzler

auch, ohne rot zu werden, umgekehrt ausdrücken: Er präsentiert sich als Abhängiger von den Mehrheiten, als gäben die ihm seine Politik vor.

Die zweite Hälfte der politischen Reaktionen streicht am Protest vor allem das Moment des Verstoßes gegen die Sitten der Demokratie heraus:

„Wir sind die Klimaschutz-Partei, und wir sind froh um jede Art der Proteste, die friedlich verlaufen und gewaltfrei verlaufen und auch niemanden bedrohen. Das ist immer Rückenwind für uns und unsere Arbeit und unsere Politik... In dem Augenblick, in dem kritische Infrastruktur angegangen wird, in dem Menschen bedroht werden und in dem Ultimaten ausgesprochen werden, hat das mit Demokratie nicht mehr viel zu tun.“ (Nouripour, 21.2.22)

Nouripour hat für Protest zwar einiges übrig – aber nur, wenn der ihm erlaubt, ihn als Rückenwind für die Politik zu vereinnahmen, gegen die der Protest sich richtet. Sich als Gegenwind zur Klimapolitik der grünen Machthaber zu betätigen, ist völlig widersinnig und antidemokratisch, weil, so seine Klarstellung, die Wahrnehmung ihrer Verantwortung genau in der Politik besteht, die sie machen. Jeder Versuch, etwas anderes auch nur zu fordern, fällt mit seinen Störaktionen daher unter das Verdikt ‚nicht gewaltfrei‘ und ist damit disqualifiziert.

Das bringt auch der altersweise Protestfachmann aus dem Südwesten auf den Punkt:

„Protest darf nicht eine Änderung in der Sache als Ziel haben, sondern nur den Appell dazu.“ (Kretschmann, 8.11.22)

Da machen die Aktivisten der *Letzten Generation* seit einem Jahr nichts anderes, als zu appellieren: schreiben Briefe an die Bundesregierung, dass sie doch bitte endlich ein Zeichen des Zuhörens geben möge, sind traurig, die Autofahrer stören zu müssen, – und Kretschmann entdeckt am Sekundenkleber an ihren Händen, dass es ihnen auf ihren Appell auch wirklich ankommt. Der Protest hat sich mit seiner ihm demokratisch zugewiesenen Ohnmacht einfach abzufinden. Schilder hochhalten, sich als Rückenwind vereinnahmen lassen, das lassen die politisch Zuständigen sich gerne gefallen, aber die Störung stört nicht nur, sie gehört sich einfach nicht, ist ein Anschlag auf ihre Handlungsfreiheit.

Für die oppositionelle Partei der Schutzherrn von Recht, Ordnung und deutschen

Autofahrern ist mit dieser moralischen Kriminalisierung der Bewegung die Lage längst nicht erfasst, die doch mindestens dem Deutschen Herbst nahekommt:

„Es ist beunruhigend, wie die Anhänger der sogenannten ‚#LetztenGeneration‘ immer militanter werden. Vor allem die Grünen stehen jetzt in der Pflicht, sich klar von den Straßenklebern zu distanzieren und zu einer Deradikalisierung beizutragen.“ (CDU-Generalsekretär Czaja, 4.11.22) „Es findet eine Radikalisierung statt, und zwar sehr schnell. Das ist keine friedliche Protestaktion, denn es wird Gewalt angewendet, und zwar auf die Autofahrer, die in Geiselhaft genommen werden.“ (Alexander Throm, innenpolitischer Sprecher der Unions-Bundestagsfraktion, 10.11.22) „Es braucht deutlich härtere Strafen für Klima-Chaoten, um einer weiteren Radikalisierung in Teilen dieser Klimabewegung entgegenzuwirken und Nachahmer abzuschrecken. Die Entstehung einer Klima-RAF muss verhindert werden.“ (Dobrindt, 6.11.22)

Ausgerechnet den angeblich gewalttätigen Charakter, den die Grünen selber im Protest entdecken, um ihn damit zu diskreditieren, machen Dobrindt und Co, nicht ohne ihn bis zum Terror hochzustilisieren, denen zum Vorwurf: Die bilden mit ihrer Klimapolitik den Nährboden für solche Auswüchse, und die Opposition kümmert sich mal wieder als Einzige darum, deren Ausbreitung zu verhindern. So wird der Protest der Letzten Generation auch noch zum Berufungstitel der C-ler für deren Einspruch gegen das klimapolitische Ethos der Regierung im Allgemeinen und die Grünen im Besonderen, die sie auch ganz ohne Klimaaktivisten schon immer für eine ideologiegetriebene Verbotspartei halten. Das hat mit dem Anliegen der *Letzten Generation* wirklich nichts mehr zu tun, verleiht ihm aber wenigstens einen guten demokratischen Sinn.

Weitere Texte und Informationen zu unseren Diskussions- und Vortragsveranstaltungen auf [www.farberot.de](http://www.farberot.de)

# Gedanken beim Stehen am Abgrund

Felix Hitzel

Ich weiß es nicht zu sagen, ich weiß es nicht zu sehen.  
Es ist ein dunkler Traum, ein Schleier des Grauens.  
Nichts scheint wirklich hell, alles abgefallen von sich selbst.

Entfernt sich hat das Bild. Das Bild, das Zukunft verhieß.  
Verschattet steht es im Nichts. Nichts für uns und Nichts für es.  
An was haben wir zu glauben, was kann man da noch wissen?  
Auf was die Hoffnung setzen, wenn alles so verdorben.

Gekrakelt und nicht geschrieben.  
Geschrien und nicht gesagt.  
Geschmiert und nicht gemalt  
Gedacht und nicht getan.

Wo früher vielleicht der Mensch erschien,  
wo noch war das richtige Denken  
wo noch es schien so nah  
Nichts, nichts. Alles aus.

Da kommt nichts mehr.  
Kein Heim, kein Haus.  
Keine Arbeit und kein Sinn.  
Nun Einsamkeit, statt Befreiung träumt.

# DER CAMPUS GEHT, DAS KoZ BLEIBT!

Obwohl mittlerweile fast alle Fachbereiche den Umzug vom Campus Bockenheim Richtung Westend und Riedberg vollzogen haben, steht das Studierendenhaus immer noch in Bockenheim und mit ihm auch das studentisch verwaltete Café KoZ!

Montag bis Freitag findet ab 11:30 Uhr täglich Cafébetrieb statt, wo man neben Cappuccino, Tee und gängigen Softdrinks auch einen Filterkaffee zum unschlagbaren Preis von 1 EURO bekommt!

Abends zeigt sich das KoZ vielseitig und bietet sowohl den Raum für wissenschaftliche und politische Vorträge, als auch zahlreiche Veranstaltungen:

## DIENSTAGS

**Queer Bingo** (jeder 1. Dienstag),

**Quiz** (jeder 2. & 4. Dienstag)

**Karaoke** (jeder 3. Dienstag)

## MITTWOCHS

lädt ein entspannter Abend mit Barbetrieb zum **Spieleabend** ein

## DONNERSTAGS

lässt sich für einen Soli-Eintritt ab 1 Euro bis 2 Uhr zu **Livemusik** von DJ's tanzen oder **Konzerten** lauschen

## FREITAGS

Die legendäre Party **Queertastic** findet alle zwei Wochen statt (jeder 2. & 4. Freitag)

Zudem lässt sich neben eben allerlei Kaltgetränken und Longdrinks Hansapils immer noch für 1,50 EURO erwerben!

## ALSO KOMMT VORBEI ZUM ABHÄNGEN, AUSTAUSCHEN, KAFFEE- UND FEIERABENDBIERTRINKEN UND TANZEN!

Das KoZ ist nur eine kurze Fahrt mit den Bussen M36 & 75 vom Campus Westend entfernt

Wir freuen uns mit euch den alten Campus weiter am Leben zu halten! Euer KoZ-Team <3

**still not loving IG Farben-Campus**

# Die »Letzte Generation«

— ein Aphorismus

»Die Erde ist dann klein geworden, und auf ihr hüpfte der letzte Mensch, der alles klein macht. Sein Geschlecht ist unaustilgbar wie der Erdfloh; der letzte Mensch lebt am längsten.

»Wir haben das Glück erfunden« – sagen die letzten Menschen und blinzeln.

{...} Man arbeitet noch, denn Arbeit ist eine Unterhaltung. Aber man sorgt, daß die Unterhaltung nicht angreife.

Man wird nicht mehr arm und reich: beides ist zu beschwerlich. Wer will noch regieren? Wer noch gehorchen? Beides ist zu beschwerlich.«

Friedrich Nietzsche (Also sprach Zarathustra)

So wie Friedrich Nietzsche mit seinem deutlichen Aphorismus die Gleichgültigkeit, List und Ironie des „letzten Menschen“ pointiert, schimmert in der modernen Welt eine Tendenz auf, die sich wahrlich als beunruhigende Annäherung an einen gleichgültig gewordenen „letzten Menschen“ im westlichen Kapitalismus beschreiben lässt. Wahnhaft in den Untergang gleitend, im Glauben daran, das Glück in der Akkumulation von Geldscheinen entdeckt zu haben, gibt er seine Ohnmacht nicht preis, spürt sie aber heimlich im Inneren. Bevor sie ihn zerreißt, oder in Machtfantasien des Faschismus abdriftet, gilt es einen Weckruf in den Menschen auszulösen und der Tendenz etwas entgegenzuhalten: aufzuzeigen, dass das Potenzial einer letzten Generation mehr als je zuvor anwesend ist.

Das minimale Augenzucken der westlichen Politik erheischt in der Klimadebatte den Charakter eines Alibi-Lufthauches, den man in die Welt pustet, damit er da ist, um ihn zu spüren, aber nichts zu bewirken. Alle sollen ihn riechen können, den scheinbaren Lufthauch einer Politik, die sich mit einfachen Mitteln der Kompensation begnügt und als Pustekuchen auch nur ein Pustekuchen bleibt, mit dem sich kein Kartenhaus zu Fall bringen lässt. Das Kartenhaus wäre, als eines des westlichen Kapitalismus, der in den Fallraum zu bringende Target, den sich der moderne Mensch aussuchen müsste, um vielleicht nicht als der oder die Letzte am Boden seiner Generation zu enden. Doch die politisch-wirtschaftliche Synergie verspricht weiter den Anschein einer heilen Welt, sich in der trügerischen Sicherheit zu wöhnen, weiter den Schwips am Abend und den SUV in der Stadt parkend den Luxus genießen zu können, während das Schiff bereits untergeht und den Eisberg des Klimawandels schon lange hinter sich gelassen hat. Vieles wurde nicht gesehen, blind mit den Augen vielleicht nur mal gezuckt, keine Bewusstheit, eher ein unbewusster Strom, der von diversen Machtinteressen und anderweitigen Spielereien geleitet wurde, hat die Politik der westlichen Demokratien, mit den goldenen Jahren um die Jahrtausendwende, zufriedengestellt und auch in die Krisensituationen geleitet, die jetzt das Verhängnis ihrer selbst werden.

Ein Tornado von Veränderung wäre notwendig für die Transformation einer Welt, deren Errichtung die eigene Abschaffung schon innerlich angelegt zu haben scheint. Doch alsbald kreist im Nimbus der Hoffnung auf eine lebenswerte Zukunft, noch etwas von der Verantwortung, die den Menschen erst wahrhaft menschlich werden lässt. Die Zukunftserzählung komplett auszuhauchen wäre der Fehler, der jetzt nicht in das Echo hineingenommen werden darf.

Die Zukunft ist nicht verschwunden, keine Generation die absolut letzte, solange die Potenziale auf eine Veränderung noch aufschimmern können. Die Vermittlung verschiedener Standpunkte kann

nur durch eine erfolgreiche Ent-Polarisierung erfolgen. Radikale Positionen nehmen dem Diskurs mittlerweile jegliche Einigkeit, weil dann doch viele Subjekte mit der Möglichkeit, etwas zu verändern, abschließen, oder eben lieber glauben, es könnte alles beim Alten bleiben. Wahnhaft erscheint die Idee, dass sich nichts ändern könne und das Leben so weitergeht, andererseits genauso unwahrscheinlich aber auch die Idee, dass wir heutzutage nun wirklich die „Letzten“ unserer Generation sind. Doch im Hinblick symbolischer Übertreibungen erscheint der Slogan als durchaus gerechtfertigt. Übertreibungen bahnen sich ihren Weg durch die Gleichgültigkeit der Gehirnzellen mancher Einheitsdenker und eröffnen neue Wege, die dann in wirklichen Taten zur Veränderung münden können. Doch Angst ist der Feind. Übertreibungen sind auch nicht frei von der Furcht vor einer Zukunft, die es angeblich nicht mehr gäbe. Sobald die Zukunftserzählung die Potenzialität einer Zukunft wieder aufnimmt, könnte die Angst gemildert werden und auch eine zur Handlungsunfähigkeit führende Schockstarre vermieden. Angst macht den Geist trübe und verbleibt in der Reaktion, niemals der Reflexion gemäß. Im Bewusstsein, dass es eine Zukunft geben kann, wenn wir Veränderungen hervorrufen und Verantwortung wahrnehmen, liegt die Hoffnung, während in der Erzählung, dass es keine Zukunft mehr gibt, nur die Resignation lauern kann.

Doch die den Subjekten zwanghaft auferlegte Gleichgültigkeit im Warenkapitalismus und die absolute Verschränktheit von Politik und Wirtschaft, impliziert in der genaueren Betrachtung den Anschein eines nicht mehr abzuwendenden Verhängnisses.

Die „letzte Generation“ erscheint als eine sprachliche Radikalisierung, zur Darstellung der absoluten Dringlichkeit neuer Handlungssphären, in einer Situation, die den Menschen den Atem stocken lassen.

Bisweilen nimmt der Protest und das alarmistische Subjekt eine Stellung in der Gesellschaft ein, die allzu prekär am Horizont aufscheint. Politische Positionen werden mit wirtschaftlichen Interessen vermittelt und müssen dem entfremdeten Gesellschaftssystem, eben sinngemäß einer verwalteten Welt nachstrebend, zugeführt werden, sodass der Verdacht aufkommen mag, jegliche Anstrengungen verliefen sich im Sande. Zudem gelingt es den faschistoiden und autoritären Tendenzen in der Demokratie, einen Durchbruch und Aufwind in der Situation des Alarmismus zu erlangen. Dialektisch wird die instabile Demokratie als Hort von Ideologien genutzt, um mehr Menschen auf die Seite derer zu ziehen, die nicht abgeneigt wären, in den nächsten Jahrzehnten wieder einen Führer zu etablieren, weil sie sich ihrer Ohnmacht nicht bewusst werden und die Ansprache des „Es wird alles gut“ und „Es ist alles das Wetter“ wie eine Gehirnmassage wirkt.

Selbstverwaltete Räume wie das *Café KoZ* sind eine Möglichkeit, um Energien zu mobilisieren und politischen Mächten, die bisweilen noch in der Abhängigkeit wirtschaftlicher Interessen des Kapitalismus gefangen scheinen, einen Ausweg anzubieten. Die letzte Generation ist nicht die letzte, dafür sind die Kräfte zu stark und die Hoffnung über das „Noch-Nicht-Daseiende“ zu groß, sowie die Zukunft viel zu stark in den Köpfen aktiv, als das sich davon sprechen ließe, dass es sie nicht mehr gäbe. Doch wie sie aussieht und welchen Wohlstand die Menschen in den nächsten Jahrzehnten und Jahrhunderten genießen dürfen, speist sich allein aus den Entscheidungen, die heute getroffen werden. Daraus ergibt sich die unglaubliche Dringlichkeit und Relevanz eines Alarmsignals, dass in einer dezidierten und intentionalen Entschlossenheit stark nach außen getragen wird: eben die Relevanz der sprachlichen Darstellung einer „letzten Generation“, deren Potential in der Zukunft schlummern mag. Jene Form der Aufklärung einer Welt, die gerade die Alarmsituation als Weckruf benötigt, muss sich ebenfalls auf sich selbst besinnen und reflektieren. Moralisierende Einstellungen, polare Radikalisierungen und fehlende Offenheit für den Dialog, sind Kennzeichen einer sich selbst wieder verkehrenden Aufklärung, die dialektisch das Gegenteil des Gewollten hervorbringt und den rückschrittlichen Faschisten Vorschub leistet, nichts an der Situation ändern zu müssen, weil „an die Straße kleben“ ja keine Maßnahme sei.

**Sobald sich Angst durch ihre eigene Konfrontation in Handlungsenergie verwandelt, die dialektischen Rückschritte faschistoider Gedankengüter eingedämmt und aufgeklärt werden können, aber die Aufklärung sich selbst auch wieder reflektieren kann, ohne sich zu verkehren, bleibt die Hoffnung bestehen, dass politische Forderungen, von dem Pustekuchen eines Lufthauches, zu einem Sturm der Transformation werden, welcher, im richtigen Zeitpunkt, keine letzte Generation zulassen möchte.**

Benjamin Lothar Sachs

# Das gefährlichste Schachspiel der Welt

## Wieso Nuklearwaffen nur die Sicherheit der Atommächte erhöhen

Bereits im September letzten Jahres, droht Wladimir Putin in einer Rede zur Lage in der Ukraine indirekt mit dem Einsatz von Atomwaffen, sollte er die „territoriale Integrität“ seines Landes bedroht sehen. Obwohl er ausdrücklich hinzufügt, dies sei „kein Bluff“, wird die Drohung im Westen überwiegend als solcher aufgefasst. Wenige Monate später tritt Russland nun allerdings aus dem sogenannten New Start-Abrüstungsvertrag mit den USA aus, der eine Obergrenze für die Anzahl von Nuklearwaffen vorsieht. Den Begriff der „letzten Generation“, der über dieser Ausgabe steht, werden viele Leser:innen in erster Linie mit der sich anbahnenden Klimakatastrophe in Verbindung bringen. Angesichts dieser Entwicklungen flammt jedoch die Angst vor einem anderen Szenario wieder auf, das uns zur „letzten Generation“ machen könnte.

UN-Generalsekretär Guterres sieht in den Spannungen, die zwischen Russland und der Nato aufgrund des russischen Angriffes auf die Ukraine entstanden, die „größte nukleare Gefahr seit dem Kalten Krieg“. Während dieser Periode erlebte auch die sozialwissenschaftliche Auseinandersetzung mit Atomwaffen einen Höhepunkt. Anfangs waren Forscher auf diesem Feld noch davon ausgegangen, die Existenz von Nuklearwaffen sowohl aufseiten der Sowjetunion als auch der USA, würde Kriegshandlungen zwischen den beiden Parteien unterbinden. Grund für diese Annahme war, dass bei einem atomaren Angriff jederzeit die Möglichkeit bestand, noch zurückschlagen zu können. Diese sogenannte *second-strike capability* sorgt dafür, dass der Preis für den Einsatz von Atomwaffen auf ein inakzeptables Niveau steigt.

Bis heute ist diese Annahme fest in unserem Denken verankert. Sie ist der Grund, wieso wir auch im Zeitalter von Nuklearwaffen nachts ruhig schlafen können und wieso Drohungen, wie die Putins, nur als Schachzüge identifiziert werden. In der ukrainischen Öffentlichkeit gibt es deswegen Stimmen, welche die damalige Entscheidung bereuen, die sowjetischen Atomwaffen auf ukrainischem Gebiet an Russland zu übergeben. Im Gegenzug hatte

man damals im Rahmen des Budapester Memorandums die Unverletzlichkeit der ukrainischen Grenzen ausgehandelt, nachdem die UdSSR zusammenbrach. Späterens seit der Annexion der Krim sehen sich Kritiker der Entscheidung daher bestätigt.

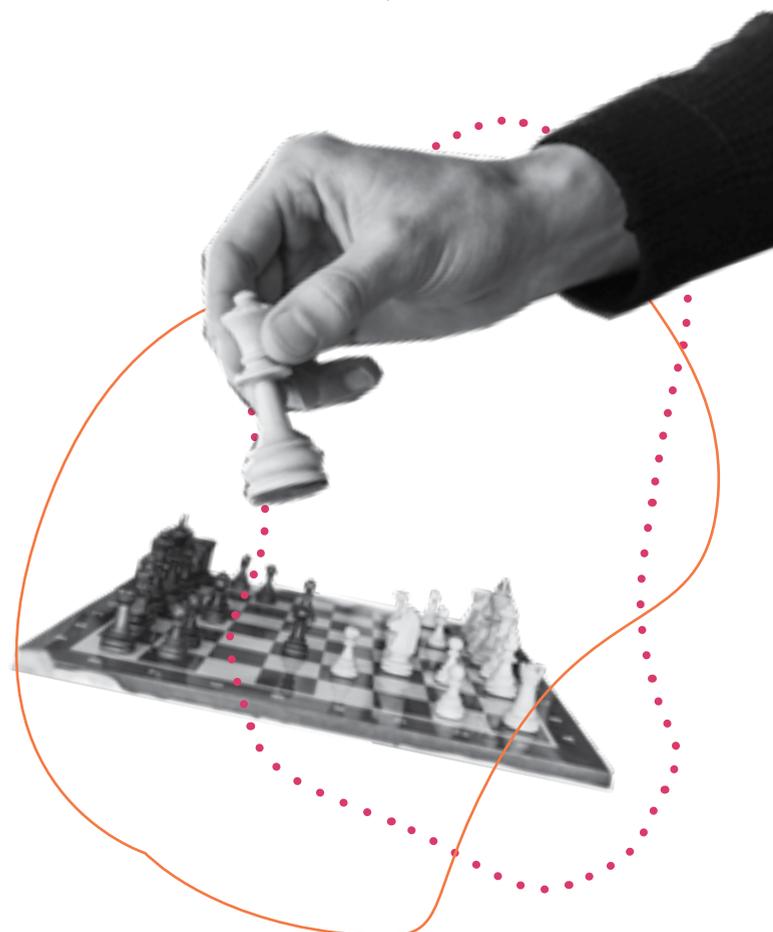
Die Wahrheit ist jedoch, dass dieses jahrzehntealte theoretische Konstrukt der gegenseitigen Abschreckung ohnehin wacklig ist. Dies liegt unter anderem daran, dass seitdem eine gewisse technologische Entwicklung stattgefunden hat. So ist heutzutage zwischen strategischen Atomwaffen, die einzig und allein zur Abschreckung dienen sollen, und sogenannten taktischen Atomwaffen zu unterscheiden. Letztere verfügen zwar in der Regel über eine geringere Sprengkraft, sind jedoch für den tatsächlichen Einsatz auf dem Gefechtsfeld konzipiert. Ist die Hemmschwelle zum Einsatz von taktischen Nuklearwaffen also eventuell niedriger?

Man befürchtet, dass sogenanntes *low-level fighting* zwischen zwei Atommächten – wie wir es beispielsweise in der Ukraine sehen – Stück für Stück eskalieren und zum Einsatz dieser Waffen führen könnte. Solche Situationen sind nicht neu. Während des Kalten Krieges versuchten die Sowjetunion und die USA bekanntermaßen immer wieder, die eigene militärische Position gegenüber dem anderen zu verbessern, ohne direkt gegeneinander zu kämpfen. Da diese Konflikte jedoch immer außerhalb der eigenen Staatsgebiete und ohne Konfrontationen zwischen US-amerikanischen und sowjetischen Soldaten ausgetragen wurden, waren die auf dem Spiel stehenden Interessen nie groß genug, um einen Atomschlag in Erwägung zu ziehen. Dennoch kam man diesem Punkt einige Male gefährlich nahe. Am nächsten stand die Welt einem atomaren Krieg vermutlich im Jahr 1962, als die UdSSR, als Antwort auf amerikanische Raketen an ihrer Grenze, ebenfalls Mittelstreckenraketen im kommunistischen Kuba stationieren wollte. McGeorge Bundy, damaliger Sicherheitsberater von Präsident Kennedy, gab später jedoch zu, dass die Kompromissbereitschaft im Weißen

Haus während dieser Krise „größer war als Kennedy es jemals öffentlich zeigte“.

Zumindest solange die entscheidenden politischen Akteure der Atommächte rational handeln, ist das Szenario eines Nuklearkrieges, der uns zur „letzten Generation“ macht, also eher unwahrscheinlich. Das ist die gute Nachricht. Die schlechte ist jedoch, dass es seit der Erfindung von Nuklearwaffen trotzdem nicht weniger Krieg gibt. Vielmehr tragen die Atommächte – derzeit (noch) allen voran die Nato und Russland – ihre Konflikte nun außerhalb der eigenen Staatsterritorien aus. Man unterstützt bestimmte Kriegsparteien in einem innerstaatlichen Konflikt und versucht somit seinen geopolitischen Einfluss auszuweiten. Von Zentralamerika über Afghanistan bis Korea sind die Konsequenzen früherer Eingriffe dieser Art gravierend und bis heute zu spüren. In Syrien zeichnet sich derzeit ein ähnliches Bild ab. Was es für die Ukraine bedeuten wird, bleibt abzuwarten..

Isah Shafiaq



# Zum theoretischen Hintergrund

und den politischen Praxen studentischer Bewegungen in Deutschland (1968 – 1984)



»Es gibt keine freie Gesellschaft ohne Stille, ohne einen inneren und äußeren Bereich der Einsamkeit, in dem sich die individuelle Freiheit entfalten kann. Wenn es in einer sozialistischen Gesellschaft kein Privatleben, keine Unabhängigkeit, keine Stille, keine Einsamkeit gibt, nun, dann ist sie eben keine sozialistische Gesellschaft! Noch nicht...«  
(Herbert Marcuse, 1969) (vgl. PS)

## Die »Alten« Theoretiker werden ausgegraben

Mitte der sechziger Jahre wurden viele Schriften aus dem Umfeld der „kritischen Theoretiker“ um das Institut für Sozialforschung in Frankfurt als Raubdrucke neu aufgelegt. Es waren meist die Arbeiten und empirischen Untersuchungen aus den dreißiger und vierziger Jahren. Die 1937 von Max Horkheimer verfasste, als programmatisch anzusehende Arbeit *Traditionelle und Kritische Theorie\** diskutierten einige Avantgardezirkel im und um den SDS, dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund. Mit dem Rückgriff auf diese programmatische Schrift des Instituts für Sozialforschung kritisierten diese studentischen Kreise gleichzeitig die bürgerliche Gesellschaft und die marxistische Orthodoxie des Marxismus-Leninismus. Wieder entdeckt wurden auch die Untersuchungen zum *Autoritären Charakter\**, zur Entstehung von Vorurteilen und zum Antisemitismus. Besondere Beachtung fand der 1942 zum Gedächtnis Walter Benjamins geschriebene Artikel *Autoritärer Staat\**.

Autoritär organisiert waren eben nicht nur die nationalsozialistischen Strukturen, sondern auch die gesellschaftlichen Zusammenhänge im Nachkriegsdeutschland und in den eigenen Elternhäusern.

Antiautoritäres Verhalten gegenüber den staatlichen Institutionen wie Universität, Schule und gegenüber den (Nazi-)Eltern sowie die Gestaltung der eigenen Lebenszusammenhänge sollten die alten Strukturen aufbrechen, neue Lebensformen herstellen, die gesellschaftliche Demokratisierung vorantreiben. In der wichtigen Denkschrift des SDS *Demokratie und Hochschule* wurde auf den Mangel an demokratischen Strukturen und die Gefahr des autoritären Staates direkt hingewiesen: „Entweder wirkt die Hochschule mit an der dynamischen Weiterentwicklung zur sozialen Demokratie und der Demokratisierung der Gesellschaft, oder sie wird Instrument in einer Entwicklung zu autoritären Gesellschaftsformen.“

Darüber hinaus erlangte Adornos und Horkheimers *Dialektik der Aufklärung\** (1947) während der Jahre der

Studentenbewegung späte Berühmtheit. *Die Dialektik der Aufklärung* rekonstruiert schonungslos den geschichtsphilosophischen Zerfall der Vernunft und deren zivilisatorischen Selbstzerstörungsprozess. Diente Vernunft als Mittel zur Selbsterhaltung und zur Stütze der Autonomie des Menschen, so hat sie sich in den kapitalistischen Systemen ganz in den Dienst der Herrschaft gestellt: Herrschaft der Menschen über die Natur und Herrschaft der Menschen über Menschen.

In der ebenfalls 1947 erschienenen zeitdiagnostischen *Kritik der instrumentellen Vernunft\** von Max Horkheimer – unter Mitarbeit von Leo Löwenthal verfasst – wird genauer analysiert, wie die emanzipatorischen Momente der Vernunft ins Zerstörerische umschlagen: „Das Fortschreiten der technischen Mittel ist von einem Prozess der Entmenschlichung begleitet. Der Fortschritt droht das Ziel zunichtezumachen, das er verwirklichen soll – die Idee des Menschen.“ Die „Idee des Menschen“, wie sie während der Aufbruchsstimmung der Aufklärung naiv



idealistisch gedacht werden konnte, hat nach Auschwitz alle Unschuld verloren. Kompromisslos formulierte Adorno dies in der *Negativen Dialektik*\*: „Ich denke an Auschwitz, muß alle meine Vorstellungen begleiten können.“

Mit den frühen Studien des Instituts schienen die Studentinnen und Studenten in den 60er Jahren die Entwicklung zum Faschismus theoretisch in den Begriff zu bekommen. Hatte man autoritäres Verhalten als Herrschaftsmoment entschlüsselt, musste die antiautoritäre Rebellion ein Moment der Befreiung sein. Ein Motiv, das während der siebziger Jahre verstärkt in Marcuses Arbeiten entdeckt wurde, besonders in seinem Band *Versuch über die Befreiung*\* (1969). Neben der gesellschaftlichen Analyse des nationalsozialistischen Systems und seiner ökonomischen Voraussetzungen galt die intellektuelle Anstrengung der Mitarbeiter des Instituts für Sozialforschung der Rekonstruktion der bis zur Unkenntlichkeit zerstückelten menschlichen Subjektivität. „Der Mangel an Rücksicht aufs Subjekt macht es der Verwaltung leicht. Man versetzt Volksgruppen in andere Breiten, schickt Individuen mit dem Stempel Jude in die Gaskammer“, resümieren Horkheimer und Adorno düster im Kapitel „Elemente des Antisemitismus“ in der *Dialektik der Aufklärung*\*.

Die Vernichtung der europäischen Juden und die Ermordung von Millionen anderer Menschen in den barbarischen Konzentrationslagern der Nazis stand und steht für die Möglichkeit der Barbarei und für den Zerfall der menschlichen Zivilisation. Danach kann kritisches Denken weder auf Vernunft- und Zivilisationskritik verzichten noch auf einen fortschrittlichen Geschichtsverlauf setzen.

Walter Benjamin war es, der in seinen *Geschichtsphilosophischen Thesen*\* den Zivilisationsfortschritt an die Fähigkeit der Menschen band, sich der Opfer der Unfreiheit zu erinnern. Die Geschichte der Unterdrückten und deren missglückte Befreiungsversuche belehren uns darüber, so Benjamin, dass der Ausnahmezustand, in dem wir leben – also Unfreiheit – die Regel ist.

Mit dieser Feststellung ist gleichzeitig ein gravierender Unterschied benannt, der sich nach dem Zerfall der Studentenbewegung in zahlreiche, um die richtige Ideologie konkurrierende kommunistische Organisationen einerseits und den „spontaneistischen und undogmatischen“ Gruppen andererseits zeigte. Die kommunistischen Kaderparteien setzten auf einen quasi naturgesetzlich verbürgten Geschichtsverlauf, an dessen Ende der Kommunismus steht. Dafür musste Agitation am Werkstor betrieben werden, das proletarische Bewusstsein bloß „richtig“ gelenkt werden. Dem „revolutionären Gesamtsubjekt“ Proletariat standen die spontaneistischen Gruppierungen dagegen skeptisch gegenüber. Die politische Orientierung der spontaneistischen Bewegung galt der „bewusst gelebten Erfahrung“ der handelnden Subjekte, sei es im Kampf um besetzte Häuser, um Besetzungen von Räumen an den Hochschulen oder bei Streiks für eine „lebensnahe Wissenschaft“. Nicht der kalte und verwissenschaftlichte Parteimarxismus, sondern die direkte politische Praxis, die sich in Aktionen im „hier und jetzt“ ausdrückt, stand im Vordergrund. Daniel Cohn-Bendit, der wohl bekannteste Vertreter des spontaneistischen Flügels, brachte dieses Moment einer „rebellischen Subjektivität“ im Vorwort zu seinem Buch *Wir haben sie so geliebt, die Revolution*\* auf den Punkt: „Alles, was sich in der Welt ereignete, wurde im Licht der eigenen, gelebten Erfahrung interpretiert... Die radikale Sehnsucht nach Autonomie und Selbstbestimmung beflügelte das alltägliche Verhalten und begründete die sich ausbreitende Rebellion.“

In den Schriften der kritischen Theoretiker bleibt zusätzlich das Thema, das den Gründungskonsens der sich neu konstituierenden Bundesrepublik nicht stören durfte. Das Verschweigen des Massenmordes und das Verdrängen der Schuld wird zum systematischen Baustein der deutschen Nachkriegsgesellschaft. Niemand wollte von der Vergangenheit etwas wissen, niemand sprach über das Leid der Opfer, schon gar keiner war im Land der Nazis ein Täter. Und schließlich war selbst der Antisemitismus mit der Ermordung der Juden nicht beendet. „Daß der Faschismus nachlebt; daß die viel zitierte Aufarbeitung der Vergangenheit bis heute nicht gelang und zu ihrem Zerrbild, dem leeren und kalten Vergessen, ausartete, rührt daher, daß die objektiven gesellschaftlichen Voraussetzungen fortbestehen, die den Faschismus zeitigten“, schrieb Adorno 1959 in *Was bedeutet Aufarbeitung der Vergangenheit*\*.

Hier unterschied sich auch der kommunistische Teil Deutschlands, die ehemalige DDR, überhaupt nicht von seinem kapitalistischen Pendant. Im real-existierenden Sozialismus war alles geklärt: als Neu-Kommunist war man nun plötzlich a priori Anti-Faschist und als Linker niemals Antisemit. Im kommunistischen Ostteil waren binnen weniger Jahre aus überzeugten Nationalsozialisten glühende Internationalisten geworden. Auch in zahlreichen westdeutschen linken Gruppen propagierte man die vereinfachende Formel: Wer links ist, ist kein Antisemit. Doch die gesellschaftliche Realität ist weitaus komplizierter. An diesem Punkt zerbrachen zu Recht einige politische Gruppen im Frankfurt der 70er und 80er Jahre.

Alle die hier nur kurz vorgestellten Arbeiten der kritischen Theoretiker blieben bis Mitte der achtziger Jahre für Teile der politisierten Studentinnen und Studenten an der Frankfurter Universität wichtige Diskussionsgrundlage. Eine bedeutende Rolle spielten ferner Günter Anders *Die Antiquiertheit des Menschen\** und für die Bewegung der siebziger Jahre die Arbeiten des einstigen SDS-Mitglieds und späteren Sozialpsychologen Peter Brückner.

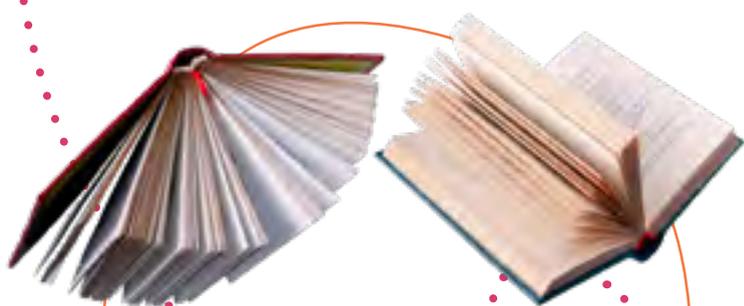
Allerdings sind optimistische Illusionen über die Zahl und den Einfluss dieser Gruppen fehl am Platze. Gab es bis Anfang der siebziger noch relativ viele lose linke Gruppierungen, organisiert unter dem Dach des SDS, so wurden es bis 1972/73 immer weniger. Anfang der achtziger Jahre existierten kaum noch welche. An der Frankfurter Universität wurden von 1977 bis 1987 diese letzten Aktions- und Diskussionsgruppen über die undogmatische Sozialistische Hochschulinitiative (SHI) und deren Nachfolgegruppe, die Undogmatische Linke Liste zusammengehalten.

### Distanz und Widersprüche zwischen der politischen Praxis der Jungen und den Analysen der »Alten«

Die rebellische Studentenbewegung der 60iger Jahre konnte die intellektuellen Debatten noch mit ihren theoretischen Vor-Denkern direkt ausfechten, mit Max Horkheimer, Theodor W. Adorno und Herbert Marcuse, sowie Ernst Bloch oder Jean Paul Sartre, um einige der alten kritischen Theoretiker zu nennen. Die öffentlichen Figuren des SDS wie Hans Jürgen Krahl – er starb 1969 bei einem Autounfall – und Rudi Dutschke, der bei einem Attentat 1968 schwer verletzt wurde und 1979 an den Spätfolgen starb, nutzten die Gelegenheiten, mit Adorno, Horkheimer, Marcuse oder Bloch zu diskutieren – wenn sie es ihnen ermöglichten. Rudi Dutschke und Ernst Bloch, Autor des *Prinzips Hoffnung\** verband gar eine tiefe Freundschaft. Mit „lieber Genosse Bloch“ begann so mancher Brief an den „Alten“, wie ihn Dutschke nannte. Zwei Jahre vor Dutschkes Tod starb Bloch im hohen Alter von 92 Jahren in Tübingen. Herbert Marcuse hat Blochs Gedanken zur „konkreten Utopie“ wie folgt interpretiert: „Blochs Idee der konkreten Utopie bezieht sich auf eine Gesellschaft, in der die Menschen es nicht mehr länger nötig haben, unter Bedingungen der Entfremdung ihr Leben als ein Mittel zur Erringung des Lebensunterhalts zu leben. Konkrete Utopie: Utopie, weil eine solche Gesellschaft bisher noch nirgendwo existiert; konkret, weil eine solche Gesellschaft eine reale historische Möglichkeit darstellt“.

Die hier erwähnten Denker sind in einem Atemzug genannt, obwohl in ihren Veröffentlichungen zum Teil große Unterschiede bestehen. Doch neben den (Früh-) Schriften von Karl Marx waren es ihre Arbeiten, die in den studentischen Gruppen diskutiert wurden. Was einen Teil der politisch aktiven Studenten daran interessierte, ist der Kern jeder kritischen Theorie: den emanzipatorischen Anspruch auf das Ende jeglicher Unterdrückung nicht aufzugeben. Um die Bruchstücke von Freiheit und Emanzipation auszugraben, muss das bestehende, unfreie Gesellschaftssystem radikal analysiert werden. Dahinter verbirgt sich der politische Imperativ der Kritischen Theorie: *Befreiung Denken\** (PEJ).

Die Arbeiten der kritischen Theoretiker wurden zwar gelesen, aber das Verhältnis der „Alten“ gegenüber der politischen Praxis der Revoltierenden war distanziert. „Aktionismus ist regressiv“ lautete das ablehnende Urteil Adornos auf die antiautoritäre Bewegung und dies obwohl zwischen Adorno und dem Frankfurter SDS seit 1967 ein intensiver Gedankenaustausch stattfand. Aber es passte einfach nicht zusammen, was sich dort an politischen Aktionen und hier an Ängsten zusammenfand. Im Jahre 1968 schließlich, der Pariser Mai war mit den Universitäts- und Betriebsbesetzungen sowie den riesigen, von der französischen Gewerkschaftsorganisation CGT organisierten Demonstrationen gerade vorüber, eskalierten die Konflikte zwischen den „Alten“ und den rebellischen „Jungen“. Die Aktivisten des SDS Frankfurt, die wie die Bewegung insgesamt die militärischen Aktionen der Vereinigten Staaten gegen Vietnam heftig kritisierten, begannen mit Institutsbesetzungen. Davon blieb auch das Institut für Sozialforschung nicht verschont. Die Verantwortlichen des Instituts von Horkheimer und Adorno ließen das Institut von der Polizei gewaltsam räumen. Die Kritiker des „autoritären Staates“ riefen nun selbst, ganz autoritär, nach den Ordnungshütern des Staates. Heftige Anfeindungen waren das Resultat. In einer Adorno Vorlesung sprangen plötzlich Studentinnen auf das Podium. Als Akt der Provokation entblößten sie vor den Zuhörern und vor Adornos Augen ihre Brüste. Verstört verließ dieser das Seminar. Doch diese Episode ist nur eine Facette von Konflikten zwischen den Theorievätern und den Praxiskindern.



Trotz dieser Zwischenfälle und trotz der heftigen Kritik am blinden Aktionismus der Bewegung, zeigten sich gegenseitige Sympathien. Besonders Herbert Marcuse und Ernst Bloch suchten regelrecht die Diskussion mit den Studenten. Die aktive Teilnahme an politischen Veranstaltungen verhalf den Auseinandersetzungen um das „bestehende falsche“, weil ausbeuterische, ungerechte und unmenschliche Gesellschaftssystem zu einem ansehnlichen intellektuellen Niveau. Selbst der skeptische Adorno sagte kurz vor seinem Tode in einem Interview, er halte das Gesamtniveau der Bewegung für außerordentlich hoch und beziehe dabei auch die ein, mit denen er der politischen Praxis wegen nicht einverstanden sei. Und Marcuse schrieb am 5. April 1969 an Adorno: „Wir können die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß diese Studenten von uns (und sicher nicht am wenigsten von Dir) beeinflusst wurden.“ Für die erste Phase des SDS mag Marcuse recht haben. Doch einen ebenso großen Einfluss besaß seine, vor dreißig Jahren in deutscher Sprache erschienene Analyse der tendenziellen Entwicklung der spätkapitalistischen Gesellschaft: *Der Eindimensionale Mensch*\*. „Ich würde sagen, das Buch war ein Schlüsselbuch und hat deshalb so viel Haß auf sich gezogen“, so bewertet der heute in Hannover lehrende Soziologe Detlev Claussen die Arbeit von 1964. Und es blieb ein Schlüsselbuch bis in die 80er Jahre hinein.

Mitte Juli 1967 nahm Marcuse, „der Kritische Theoretiker der Emanzipation“ (H.J. Krahl) an einer Veranstaltung des SDS in Berlin teil. Er sprach über *Das Ende der Utopie*\* und diskutierte *Das Problem der Gewalt in der Opposition*\*. Im Mai 1968 solidarisierte er sich mit den Massenstreiks der Pariser Arbeiter und Studenten. Als die schwarze amerikanische Aktivistin Angela Davis wegen kommunistischer Propaganda 1972 in den USA verhaftet wurde und das Sozialistische Büro Offenbach – die damals größte parteiunabhängige Gruppierung der Neuen Linken in Deutschland – für sie einen Solidaritätskongress in Frankfurt veranstaltete, trat Herbert Marcuse als Redner auf. Schließlich, 1979, hielt er wenige Wochen vor seinem Tod in Frankfurt am Main den Vortrag *Die Revolte der Lebenstrieb*\*. Auch zu dieser Zeit suchte Marcuse die Diskussionen mit den politisch aktiven Gruppen. Damals war es die Sozialistische Hochschulinitiative SHI. Das mehrere Stunden dauernde Gespräch wurde erstmals 1990 in ganzer Länge in *Befreiung Denken – Ein politischer Imperativ*\* veröffentlicht.

Zu Beginn der 70er Jahre gründete sich die Gruppe „Revolutionärer Kampf“ (RK). Als dessen Hochschulorganisation agierte die „Sozialistische Hochschulinitiative“ (SHI). In Konkurrenz zu den Parteigruppierungen der Kommunisten sollte sie Studenten für linksradikale Politik der Betriebsarbeit und später für den Frankfurter „Häuserkampf“ rekrutieren. Mitte der siebziger Jahre besetzten Studentinnen und Studenten in westlichen Stadtteilen zahlreiche alte Villen, die Großbanken als Spekulationsobjekte dienten und abgerissen werden sollten. Über mehrere Jahre hinweg dauerten die gewalttätigen Kämpfe zwischen Polizei und den Besetzern, die mit strategischen Tüfteleien immer wieder in andere Häuser einzogen und mit einfallsreichen Demonstrationen die Frankfurter Innenstadt als neuen öffentlichen Raum – im wahrsten Sinne – eroberten.

Daneben kristallisierten sich jedoch von Beginn an Ansätze zu einer anderen Politik an der Universität heraus. Es waren Versuche, themenbezogene Projektstudien zu betreiben und autonome Seminare zu einem Ort linker Theoriebildung und kritischer Berufsvorbereitung zu machen. Auf der institutionellen Ebene studentischer Hochschulpolitik, die von der gewählten studentischen Vertretung, dem sogenannten ASTA betrieben wurde, stand die Kritik an konservativen Hochschulreformen im Vordergrund. Ferner schoben sich neue gesellschaftliche Konflikte in den Mittelpunkt, die mit einem undogmatisch verstandenen Marxismus längst nicht mehr zu fassen waren. Dazu gehörten die feministische Bewegung, die Anti-Atomkraft- und Ökologiebewegung. Deren Themen und Krisenerfahrungen führten wieder zu den radikal fortschrittskritischen Texten der Kritischen Theorie zurück, wie der *Dialektik der Aufklärung*, dem *Eindimensionalen Mensch* und den *Geschichtsphilosophischen Thesen*.

Insgesamt kritisierten die studentischen Bewegungen der 70er und beginnenden 80er Jahre den revolutionären Gestus der 68er, die „Universität für den Klassenkampf“ zu funktionalisieren. Diese Formel war ebenso leer wie die konservative Haltung, Wissenschaft und Technik diene dem Volk und dem Fortschritt. Bildung wurde außerdem bloß unter dem rein instrumentellen Blick der Verwertbarkeit gesehen. In der verschulden Massenuniversität stand technokratisches Kalkül vor emanzipativem Anspruch. Die Aneignung von lebensgeschichtlich bedeutungslosem Wissen und die schwindende Aussicht auf

einen immer weniger ersehnten Beruf lösten Orientierungslosigkeit und Identitätskrisen aus. Außerdem konnte nach dem Zerfall der 68er-Bewegung man wurde Aussteiger, oder organisierte sich in parteikommunistischen Gruppen, andere suchten den bewaffneten Kampf bei der Roten Armee Fraktion (RAF) oder unterstützten sie – und mit den Erfahrungen des real-existierenden Sozialismus niemand mehr unbefangen einem blinden Revolutionsmythos hinterherlaufen.

In dem so entstandenen politischen Vakuum konstituierte sich eine von der Öffentlichkeit als „Spontibewegung“ titulierte politische Praxis mit publikumswirksamen Spaß- und Politaktionen, die oftmals in narzisstischen Selbstdarstellungen mündeten. Ihrem Selbstverständnis nach war die SHI, die sich 1975 vom RK, abspaltete der hochschulpolitische Arm der Spontibewegung. Durch den Rückgriff auf Inhalte der Kritischen Theorie versuchte man, die Elemente Politik, Theorie und Emanzipation zu trennen. Gleichzeitig nahm die SHI die Kritik der Kritischen Theorie am Klassenkampfmodell der 30iger Jahre viel ernster als es die Bewegung 10 Jahre zuvor getan hatte.

Die Parole „Universität als Lebensgelände“ fand in den Hochschulstreiks von 1977 und 1978 die erste praktische Umsetzung. Peter Brückner, der der SHI sehr verbunden war, schrieb: „Was wir suchen, sind Einsichten über einen möglichen Zusammenhang individueller Lebensgeschichte, der Geschichte der eigenen Gesellschaft und der immanenten Problemgeschichte der Wissenschaft, die man lehrt und studiert...“ Peter Brückner erhielt im Zusammenhang mit einem politischen Nachruf auf den im April 1977 von der RAF ermordeten Generalbundesanwalt Buback Berufsverbot in Hannover. Göttinger Studenten hatten unter dem Pseudonym „Mescalero“ einen Text verfasst, der gegen Staat und RAF gerichtet war. Der Mord wurde zwar nicht verurteilt, aber der bewaffnete Kampf als politisches Mittel abgelehnt. Die staatlichen Behörden verboten den Text. Einige Professoren, so auch Peter Brückner, waren der Meinung, der Text könne als Anlass dienen, an den Hochschulen über „Gewalt und Terrorismus“ zu diskutieren. Brückner erhielt bis zu Beginn des Jahres 1982 Berufsverbot und durfte an keiner deutschen Universität mehr sprechen. Die SHI lud Brückner dennoch nach Frankfurt ein, wo er seine letzte öffentliche Rede hielt. Er starb im April 1982.

Durch die Unterbrechung und die Lähmung des universitären Alltags während





der Streiks 1977/78 sollten die Möglichkeiten anderer Formen der Kommunikation, der Kritik, der politischen und intellektuellen Tätigkeit geschaffen werden. Eine der entscheidenden Voraussetzungen dafür war die souveräne Verfügung über Zeit und Räume in autonomen Zusammenhängen. Dies bedeutete einerseits, die Inhalte der Vorlesungen nach eigenen Wünschen und Bedürfnissen zu gestalten und andererseits, dies in selbsteroberten und selbstgestalteten Räumen tun zu können. Ein Meilenstein dieser neuen Inhalte war die Kritik an den patriarchalischen Geschlechterverhältnissen. Feministische Gruppen machten aus dem bis dahin unter den Marxisten als „Nebenwiderspruch“ abgekanzelten Thema ein politisch relevantes Feld. Resultat war der erste und einzige Frauen-ASTA an einer europäischen Universität. Studentinnen aus der SHI führten die studentische Institution in den Jahren 1976 und 1977.

Wie bedeutend der Unterschied zwischen der 68er und der 77er Studentebewegung in diesem Punkt war, mag folgende Episode aus 1968 belegen. Auf dem 23. Delegiertenkongress des SDS im September 1968 bewarfen die Frauen aus dem „Aktionsrat für die Befreiung der Frauen“ die SDS Männer auf dem Podium mit Tomaten. Helke Sander aus dem Aktionsrat hielt eine beeindruckende Rede.

„Wir können die gesellschaftliche Unterdrückung der Frauen nicht individuell lösen, wir können damit nicht auf Zeiten nach der Revolution warten, da eine politisch-ökonomische Revolution die Verdrängung des Privatlebens nicht aufhebt, was in allen sozialistischen Ländern bewiesen ist.“ Wenn die Männer des SDS diese Kritik nicht begreifen, dann, so Sander, sei der SDS nur „ein aufgeblasener Hefeteig“.

Die feministische Kritik war unter anderem ein Katalysator für das, was in SHI Zeiten als *Politik der Differenz* formuliert wurde. Dieses Politikmodell brach mit der Identifikation mit dem kollektiven, männlich dominierten proletarischen Subjekt der Geschichte. Die *Politik der Differenz* war weiterhin anti-zentralistisch – die Vorstellung *eines* gesellschaftlichen Zentrums lehnte sie ebenso ab wie den Anspruch, die Gesellschaft unmittelbar als *ganze* zu revolutionieren. Und sie war anti-rationalistisch, indem sie die Idee einer „objektiven Vernunft“ der Geschichte verwarf. Stattdessen hielt man an den Konzeptionen eines offenen Prozesses fest. Hier wie später bei der Undogmatischen Linken UL wurde das prozesshafte, das Noch-Nicht (Ernst Bloch), die „Konkrete Utopie“, die Suche nach den emanzipatorischen Möglichkeiten im Hier und Jetzt bedeutend. Die Politisierung der Unterschiede, der Kampf um ein Recht auf Abweichung ohne Herrschaft und Ausgrenzung, die Formulierung von Emanzipationsansprüchen über ein hedonistisches Lebensgefühl, all das stürzte eben auch den proletarischen Revolutionsanspruch der späten 60iger und frühen 70er Jahre vom geschichtlichen Sockel. Neben dem über die Jahre hinweg aktuellen Marcuse-Buch *Der eindimensionale Mensch\**, wurde später immer häufiger über die *Neue Sensibilität\** oder *Die Revolte der Lebenstribe\** diskutiert.

Gegenüber dem stark selbstdarstellerischen geprägten Politikbegriff der SHI setzte die Undogmatische Linke (UL), die 1983 deren Nachfolge an der Frankfurter Universität antrat, auf ein Wechselverhältnis. Universitäre Öffentlichkeit sollte neu strukturiert werden. Die Organisation von Diskussionen gesellschaftlicher

Themen als autonomes universitäres Zusatzangebot war ihr Anliegen. Weder das revolutionäre „alles oder nichts“ wie 68, noch die am Ende theorieleere „Politik in der ersten Person“ von 1977, bestimmte das politische Selbstverständnis der UL. Slogans wie „Campari & Habermas“ oder „das Risiko liegt im Prinzip seiner Anwendung“ forderten einen wesentlich strategischeren Umgang mit Wissenschaft und eigener studentischer Rolle. Die Möglichkeiten des handlungsentlastenden Diskurses wie sie die Universität durchaus bietet, nahm man hier viel ernster, als es die politischen Vorgänger getan hatten. Dies war die eine Seite der politischen Bemühungen der Undogmatischen Linken. Doch entscheidenden Einfluss auf die SHI und UL hatten bereits die sozialen Bewegungen außerhalb der Universität. Studentische Politik wirkte nicht mehr in die Stadt und die Gesellschaft, sondern umgekehrt die sozialen Bewegungen wie Ökologie-, Anti-Atomenergie und Friedensbewegung in die Universität.

Speziell in Frankfurt wurde die Politik an der Universität von den schweren Auseinandersetzungen und Kämpfen gegen das Großbauprojekt Startbahn West dominiert. Zum Teil verlagerten sich Vorlesungen aus der Universität in das sogenannte Hüttenedorf. Weite Teile des Baugeländes wurden besetzt und ein Dorf aus Holzhütten gebaut, indem zeitweise bis zu 500 Menschen lebten. Professoren hielten Vorlesungen, Studenten trafen sich dort zum Studium.

Ökologische Verantwortung bei Großbauprojekten, der Gebrauch unkalkulierbarer Technologien wie der Atomenergie oder die politischen Rahmenbedingungen und die ethischen Aspekte waren nun die Themen. In diesen Jahren erfuhren die Schriften von Marcuse, von Günter Anders, der unter seinem richtigen Namen Günter Stern mit Hannah Arendt verheiratet war, eine Renaissance. Günter Anders *Die Antiquiertheit des Menschen\** wurde im Zusammenhang mit den Gefahren und der Unbeherrschbarkeit der neuen Technologien intensiv diskutiert.

Diese Ansätze für die politische Arbeit der UL flackerten nochmals kurz auf, als

im Jahr 1986 das damals noch sowjetische, heute ukrainische Atomkraftwerk Tschernobyl explodierte. Allerdings konnte schon in dieser Zeit nicht mehr von einer einflussreichen politischen Gruppe die Rede sein. Was zu dieser Zeit die Politik an der Frankfurter Universität noch zusammenhielt, waren einzelne Individuen, die ein gesellschaftlicher Konflikt zusammenbrachte. Die letzte große politische Auseinandersetzung, die an der Frankfurter Universität von einer undogmatisch linken, spontanistischen und sich in der Tradition der Kritischen Theorie begreifenden politischen Gruppe geführt wurde, war 1987. Die revisionistischen Umdeutungsprozesse der deutschen Geschichte in Verbindung mit dem Naziregime, die als Historikerstreit bekannt wurden, führten die bereits aufgelöste UL erneut als Gruppe zusammen. Rechte Denker und konservative Politiker attackierten in dieser Debatte besonders den in Frankfurt lehrenden Philosophen Jürgen Habermas. Er hatte als erster die reaktionären Tendenzen der „neuen Rechten“ öffentlich attackiert. Über ein gesamtes Semester hinweg führte die UL an der Frankfurter Universität Diskussions- und Filmveranstaltungen zum Thema „Deutsche Geschichte und Identität“ durch.

Seit 1987 ist keine politische Gruppierung an der Frankfurter Universität in der hier dargestellten politischen Tradition aktiv. Mittlerweile dominieren studentische Gruppen von bundesrepublikanischen Parteien die politische Bühne. Dazu gehören der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS), der eng an der CDU orientiert ist, die Jungsozialisten an der Hochschule (Juso HG), die zur SPD gehören und die studentische Vertretung der Partei der Grünen. Daneben agieren noch einige parteiunabhängige Hochschulgruppen, die im linksradikalen, rechts-konservativen bis rechtsradikalen oder gar neonazistischen Spektrum zu finden sind.

Peter-Erwin Jansen,  
Frankfurt am Main, Juli 1997

*PS: Der realexistierende Sozialismus ist eben auch daran gescheitert. Ihm fehlte diese verträumte Stille und ließ die Entfaltung kreativer und eigenständiger Individuen nicht zu. Mir hat das immer gefehlt an diesem verknöcherten Dogmatismus der Kommunisten. (PEJ)*



### Literaturliste

Alle mit \* gekennzeichneten Stellen sind Aufsätze oder Buchtitel, die in der erwähnten Reihenfolge hier aufgelistet sind:

- ▶ Max Horkheimer, Traditionelle und Kritische Theorie, 1937
- ▶ Institut für Sozialforschung, Der Autoritäre Charakter.
- ▶ Studien über Autorität und Vorurteil, 1950
- ▶ Max Horkheimer, Autoritärer Staat, 1940
- ▶ Max Horkheimer / Theodor W. Adorno, Dialektik der Aufklärung, 1947
- ▶ Max Horkheimer, Zur Kritik der instrumentellen Vernunft, 1947
- ▶ Theodor W. Adorno, Negative Dialektik, 1966
- ▶ Herbert Marcuse, Versuch über die Befreiung, 1969
- ▶ Walter Benjamin, Geschichtsphilosophische Thesen, in: Zur Kritik der Gewalt, 1965
- ▶ Daniel Cohn-Bendit, Wir haben sie so geliebt, die Revolution, 1987
- ▶ Theodor W. Adorno, Was bedeutet Aufarbeitung der Vergangenheit, in: Erziehung zur Mündigkeit, 1959
- ▶ Günter Anders, Die Antiquiertheit des Menschen, 1956
- ▶ Ernst Bloch, Prinzip Hoffnung, 1954/1955
- ▶ Herbert Marcuse, Der Eindimensionale Mensch, 1964
- ▶ Herbert Marcuse, Das Ende der Utopie, 1967, veröffentlicht 1980
- ▶ Herbert Marcuse, Das Problem der Gewalt in der Opposition, 1967 in: Das Ende der Utopie, 1980
- ▶ Peter-Erwin Jansen, Befreiung Denken – Ein politischer Imperativ, 1990
- ▶ Herbert Marcuse, Neue Sensibilität, in: Versuch über die Befreiung, 1969
- ▶ Herbert Marcuse, Die Revolte der Lebenstribe, 1979

### Anmerkungen

**Peter Brückner**, geboren 1922 in Dresden, wurde nach 1945 beauftragt am Neuaufbau der Leipziger Universität mitzuarbeiten. 1948 übersiedelte er in den Westen und studierte dort Psychologie. Nach seiner Promotion arbeitete er in sozialpädagogischen Institutionen, besonders in Heidelberg. Ab 1967 regelmäßige Diskussionen mit dem Berliner und Frankfurter «Sozialistischen Deutschen Studentenbund» (SDS). Im selben Jahr erhielt er einen Lehrstuhl für Psychologie in Hannover. Brückner wurde wegen angeblicher Unterstützung der «Roten Armee Fraktion» (RAF) 1972 für zwei Semester vom Dienst suspendiert. Unter dem Druck von Entführungs- und Mordaktionen der RAF im sogenannten „Deutschen Herbst“, erhielt Brückner im Jahr 1977 erneutes Lehr- und Hausverbot an allen deutschen Universitäten. Trotz eines Freispruchs vor Gericht wurde es erst Ende 1981 aufgehoben. Am 10. April 1982 starb Peter Brückner.

**Günter Anders**, alias Günter Stern, geboren 1902 in Breslau, promovierte 1923 bei Edmund Husserl. Im Jahr 1925 lernte er in einem Seminar Martin Heideggers Hannah Arendt kennen, mit der er von 1929 bis 1937 verheiratet war. Wegen seiner jüdischen Herkunft mussten Günter Stern und Hannah Arendt 1933 aus Nazideutschland fliehen. In den Vereinigten Staaten ändert er seinen Namen in Günter Anders und finanziert sich dort mit Gelegenheitsarbeiten in Fabriken. Diese Erfahrung und der Atombombenabwurf von Hiroshima sind Teil des Hintergrundes für sein späteres Hauptwerk «Die Antiquiertheit des Menschen». Nach der Emigration in die Vereinigten Staaten kehrte er nach Wien zurück. Er war Mitinitiator der internationalen Anti-Atombewegung. 1958 besuchte er Hiroshima und beginnt einen ausführlichen Briefwechsel mit dem Hiroshima-Piloten Claude Eatherly. Für seine Arbeiten erhielt er zahlreiche Auszeichnungen und Preise. 1983 wurde sein Gesamtwerk mit dem Theodor W. Adorno Preis der Stadt Frankfurt ausgezeichnet. Günter Anders starb am 17. Dezember 1992 in Wien.

**Rudi Dutschke**, geboren 1940 in Schönfeld, einem kleinen Ort in der ehemaligen DDR. Weil er in der DDR den Wehrdienst in der Nationalen Volksarmee verweigerte, wurde er nicht zum Abitur zugelassen. Ab 1960 pendelte er zwischen Ost- und West-Berlin und machte sein Abitur nach. Vor dem Bau der Berliner Mauer geht er nach West-Berlin und beginnt dort 1961 ein Soziologiestudium. Ab 1963 ist er in der linken Gruppe «Subversive Aktion» aktiv und tritt 1965 in den SDS ein. Schnell wird er zum Sprecher der Anti-Autoritären Studenten- und Jugendrevolte, die sich nach 1967 zur Außerparlamentarischen Opposition (APO) und den Studentenunruhen ausweitete. Seit 1968 intensive Freundschaft und geistiger Austausch mit Ernst und Karola Bloch. Im Februar 1968 findet

in West-Berlin der Internationale Vietnam-Kongress statt, Höhepunkt der Kampagne gegen den Krieg der Amerikaner in Indochina. Wenige Tage später organisiert der Berliner Senat eine proamerikanische Gegenkundgebung- auf Plakaten ist zu lesen: „Dutschke – Volksfeind Nr. 1“. Die auflagenstärkste deutsche Tageszeitung „Bild“ hetzt in ihren Headlines gegen Rudi Dutschke und bezeichnet ihn als die größte Gefahr für Deutschland. Am 11. April 1968, schießt der 23jährige Arbeiter Josef Bachmann Rudi Dutschke nieder und verletzt ihn lebensgefährlich. Daraufhin gibt es weltweite Proteste. In der Bundesrepublik kommt es zu den gewalttätigen Osterunruhen, in München fordern sie zwei Tote. Zahlreiche Fahrzeuge des Springerkonzerns, dem die „Bild-Zeitung“ gehört, gehen in Flammen auf. Dutschke überlebt und siedelt mit seiner Frau und seinem drei Jahre alten Sohn nach England über, wo er 1971 des Landes verwiesen wird. Schließlich findet er in Dänemark eine neue Heimat. Er promoviert 1973 an der Freien Universität Berlin. Sein politisches Engagement gilt der Undogmatischen Linken und später der neuen Partei „Die Grünen“. Am 24. Dezember 1979 stirbt Rudi Dutschke an den Spätfolgen des Attentats.

**Hans-Jürgen Krahl**, geboren 1944 in Alfeld / Niedersachsen, studierte bei und war später Assistent von Theodor W. Adorno in Frankfurt am Main. In der Periode von 1967 bis 1970 artikulierte Krahl wie kein anderer einen Ansatz Kritischer Theorie, die eben auch praktisch-politisch sein wollte. Am 13. August 1969 erschien sein kritischer und umstrittener Nachruf zu Adornos Tod in der Frankfurter Rundschau. Krahl beschäftigte sich stark mit Herbert Marcuses «Emanzipationstheorie», die er als eine «Theorie der Befreiung» für die gegenwärtige Zeit zu analysieren und zu rekonstruieren versuchte. In Frankfurt galt er als intellektueller Kontrahent von Jürgen Habermas. Krahl war einer der führenden Denker des SDS, besonders in Frankfurt. Er starb bei einem Autounfall 1970. Seine Arbeiten erschienen posthum in dem Band „Konstitution und Klassenkampf“.

# Diversity in einem Studentischen Permakulturgarten?

## Kein richtiger Garten im Falschem ...

### Erkenntnisse

Die Letzte Generation ist die erste die Inklusion und Barrierefreiheit für ihre Generation wirklich mitdenken kann. Wir hoffen, dass es nicht die letzte sein möge.

Die komplexe ökologische Situation mit ihren klimatischen Veränderungen, extremen Hitzesommern und der Gefahr von Starkregen geht in unserer Generation mit den Bedürfnissen einher, sich im Umfeld soziale ökologische Nischen und Raum für Diversity und Queerness zu schaffen. Die Situation der Knappheit von verfügbaren Ressourcen in Zeiten der massiven Inflation lässt viele von uns die bittere Realität, mit 200 Euro abgespeist zu werden, nur mit Zynismus begegnen.

Bei zu knapp bemessenem Bafög und gänzlich fehlender Studienfinanzierung scheint für einige Studierende eine gute Option, selbst etwas Gemüse anzubauen, um wenigstens ins Sommer mehr Frisches zu haben. Neben den bekannten Freuden am gemeinsamen Werkeln in kollektiven Gärten, Urban Gardening mit fetten Ernten von Kartoffeln, Bohnen und Wildsalat bedeutet das auch, dass frau sich weniger Stunden in entfremdeter Arbeit und ermüdenden Lohnverhältnissen abrackern muss.

Urbanes Gärtnern auf dem Campus und anderswo kann also zur sozial-ökologischen Praxis auf dem Campus des immanenten Widerstands der Verwertungsbedingungen kulturellen intellektuellen Kapitals innerhalb des real existierenden Universitätskapitalismus werden.

### Etwas Theorie:

Urbane Gärten sollen die klimawandelbedingte Erwärmung in Städten als dringende notwendige Oasen der Kühlung ausgleichen. Urban-Gardening-Konzepte gehen auf die Stadtgärten des revolutionären Paris im 18. Jahrhundert zurück sowie auf die nach dem Zerfall der Sowjetunion und des sozialistischen Blocks entstandenen Organipodicos in La Habana, Kuba, der 1990er Jahre. Ebenso entstand in den 90er Jahren eine wachsende Anzahl von Nachbarschaftsgärten in den Chicano-Gemeinden in Großstädten der USA sowie in Barcelona. Im Gegensatz zu

Schrebergärten, die individuell und im privaten Verband organisiert sind, besteht der Schwerpunkt in Urban Gardening auf kollektiver Interaktion und sozialen Aushandlungsprozessen. Diese Gärten werden in der Humangeographie und Sozialwissenschaft auch im Zusammenhang mit der Ökonomie der ‚Commons‘ diskutiert, einer an am Begriff des Gemeinwohls und der gemeinschaftlichen Interessen orientierten ökologisch-nachhaltigen Ökonomie, die den Versuch eines Gegenentwurfes zu Wert und Warenförmigkeit der herrschenden Produktionsweise wagt.

Die wachsende Zahl urbaner Gemüsegärten in kollektiver Selbstverwaltung mit ökologischem Anspruch ist in den Industrienationen ein Phänomen des letzten Jahrzehnts. Hierbei sollen Erlebnisräume von Natur- und Gemeinschaftserfahrungen in städtischen Räumen geschaffen werden. Unterschiedlich stark wird die Bedeutung der Produktion von Nahrung, vorrangig Gemüse und Früchte, bis hin zur Ernährungssouveränität durch verschiedene Orte prononciert.

An der Goethe-Uni gibt es mittlerweile zwei mehr oder weniger selbstverwaltete Gärten, in denen Studierende diesen Versuch der Erfahrung Freiraums testen können.

Wie aber sieht die Situation für behinderte und beeinträchtigte Gärtnerinnen aus die sich in diesen Projekten engagieren?

Wir haben im AK Inklusion seit Beginn im Permakulturgartenprojekt Riedberg mit ca. 30 Menschen, die in diesem Projekt vom Zeitraum Mai 2020 bis 2022 aktiv waren, bis Juni 2022 aktiv mitgearbeitet und möchten Resümee ziehen. Bei diesem Artikel handelt es sich um Ausschnitt aus einem Text, der demnächst auf der AstA-Webseite zu finden sein wird.

Bei der Umsetzung eines studentischen ‚Permakultur‘-Gartenprojekts ab Mai 2020 stellten wir als Inklusionsreferat mit anderen normalgesunden und beeinträchtigten Personen Überlegungen zur notwendigen Barrierefreiheit an. Ein formuliertes Ziel war es, Anleitungen zur Überwindung von Partizipationshindernissen und sozialen Ausschlüssen in

Gartenpraktiken für beeinträchtigte Menschen zu entwickeln.

### Ist aber Permakultur eine immanent inklusive Weltanschauung ?

Bei der Permakultur handelt es sich um ein offenes, nicht klar definiertes oder geschütztes Konzept, das nicht nur die agrarwissenschaftliche Produktionsweise umfasst, sondern eine soziale Bewegung, die versucht, eine idealisierte Lebens- und Wirtschaftsweise mit diffusen Begriffen wie ‚nachhaltig‘, ‚ganzheitlich‘ oder ‚alternativ‘ zu beschreiben. Es gibt Prinzipien, die als ‚Säulen‘ mit strittiger Anzahl bezeichnet werden und die Lebensweisen der Vorsokratiker mit Recycling und Kreislauf- und Effizienzdenken mischen. Prozesse des Ausprobierens und der Kommunikation über das Gärtnern stehen im Vordergrund, auch Ideen einer kleinbäuerlichen, altamerikanischen Gaia-Kultur werden als Gartenmodell herangezogen.

Für Sozialwissenschaftler\*innen bedeutend könnte die Tatsache sein, dass diese auf der mikro-sozialen Ebene stattfindenden Prozesse strukturbildend und normativ mit den in den 1970ern entstehenden ökokommunalen Projekten und den Lebensweisen der Hippies und Privatisierten auf dem Lande, also den sogenannten Aussteigern aus der bürgerlich-kapitalistischen Lebenswelt, interagierten. Hierbei wurden Utopien von einem tragfähigeren Mensch-Natur-Verhältnis und einem sorgenden Miteinander angerufen. Eine Grundfrage der Sozialwissenschaft, nämlich inwiefern permakulturelle Subsysteme in die herrschende kapitalistische Vergesellschaftung integriert werden können und ob sich das Privateigentum darin aufheben lässt, standen in keinem der Texte im Zentrum der Betrachtung. Das System Permakultur als einziger Exit-Option aus einer sogenannten destruktiven Lebensweise wird von neueren Autoren angerufen. Insgesamt kann der Permakultur langfristig ihre weltanschauliche Offenheit zum Problem werden. Das Institut für Permakultur beschreibt seit 2013 die Tendenz von rechten Gruppen auf dem Land, sich die agrarischen Prinzipien der Permakultur

»An der Goethe-Uni gibt es mittlerweile zwei mehr oder weniger selbstverwaltete Gärten, in denen Studierende diesen Versuch der Erfahrung Freiraums testen können. Wie aber sieht die Situation für behinderte und beeinträchtigte Gärtnerinnen aus die sich in diesen Projekten engagieren?«

nicht nur anzueignen, sondern auch mit dem Label zu operieren. Auch muss man feststellen, dass ein Buchversand, der sich auf verschwörungstheoretische Literatur, Bücher von Impfgegnern und naturheilkundliche Ratgeber spezialisiert hat, diverse Bücher zum Thema Permakultur im Angebot hat.

Sehr interpretationsoffene, nicht genauer determinierte Ideen wie ‚Soziokratie‘, ‚People’s Care Gesundheit‘ und ‚Gaia‘ sind mit Permakultur verbunden, die aus Natur- und sozialwissenschaftlicher Perspektive als weltanschauliches Potpourri mit offenen Grenzen beschrieben werden können. Für die Betrachtungen der Inklusion in Projekten bietet sich das diffuse Prinzip der People’s Care an, allerdings fehlt es dazu an wissenschaftlicher Forschung. Die Beschreibung, die auf gängigen Permakultur-Webseiten zu finden sind, bleiben viel zu vage, um sie operationalisieren zu können: „Pflege einen achtsamen Umgang mit der Erde, sei sorgsam zu dir selbst und deinen Mitmenschen. In der Permakultur ist der Mensch Teil eines sozialen Systems mit einmaligem Wert und Potenzial.“

Zur Frage, inwiefern es sich um ein wirkmächtiges Prinzip handelt, das helfen kann, bei der Planung solcher Gärten die Bedürfnisse beeinträchtigter Menschen mit einzubeziehen, darüber würden wir gerne mehr von den inklusionssensiblen Akteuren dieser Gruppen lesen die Erfahrungen die wir machten stellen wir im Folgenden dar.

Hindernisse bei der Teilhabe, auch am forschenden Gärtnern besonders für anders Mobile, Rollstuhlnutzer\*innen, blinde, feinmotorisch diverse und physisch beeinträchtigte Menschen sollten analysiert werden und Überlegungen zu den typischen Barrieren beim Gärtnern wurden gemeinsam diskutiert. Die besonderen Bedarfe neurodivergenter Menschen aus dem ASS / ADHS Spektrum werden am Rande betrachtet von der Gruppe wurden aber abgesehen davon keine besonderen Schwierigkeiten bei der Umsetzung von Barrierefreiheit mit geplanten Hochbeeten erwartet.

#### Realisierungsphase ab März 21

Die Umsetzung von inklusiven Policies im realen Garten wurde aber zu einer enormen Herausforderung.

Der Garten: Ein ca. 400 qm großes Gelände, das uns von der Leitung der Universität offeriert wurde, befand sich außerhalb des Unigeländes auf einer alten Streuobstwiese und stellte alle Teilnehmenden in Bezug auf den Arbeitsaufwand und die Barrierefreiheit vor große Herausforderungen. Die Wiese vermittelte den Eindruck städtischer Natur mit vielen blühenden Obstbäumen an einem Spazierweg. Das Gelände war über Jahre mit armenischen Brombeeren bewachsen. Diese sprossen auch nach der ersten Rodung im März 2021 wieder durch. Eine Wachstumsgeschwindigkeit von 10 cm pro Monat konnte ermittelt werden. Als Folge war die Überwucherung aller Wegflächen und Beete durch die Brombeeren zu erwarten und eines der Hauptprobleme des Gartens. Das Gartengelände ist unübersichtlich, mit mehreren Eingängen und voller Stolperfallen ohne Wasser und Strom Anschluss, ohne Internet oder Security. Ein Manko stellt dies für vulnerable gefährdete Studierende und Menschen mit PTBS dar.

Die Schwierigkeiten, die ein solches Gelände an die formale Barrierefreiheit stellen würde, schienen ohne professionelle Gartenbauer\*innen und die entsprechende Finanzierung nicht lösbar. Als besonders problematisch galten die nicht befestigten Wege, für die man aber wegen der Streuobstwiesenschutzverordnung keine Umsetzung von Massnahmen nach DIN 18040 heranziehen können würde.

#### Unsere Vorschläge:

##### ► Leitsystem für Wahrnehmungsdivergente / Sehbeeinträchtigte / Blinde

Die Fragestellung, wie ein Garten derart mit naturnahen Leitsystem ausgestattet werden könnte, so dass die Autonomie von sehbeeinträchtigte und blinden Menschen im Garten gewährleistet werden könne, war schwierig zu lösen.

Denn diese Art der Installationen, egal ob Handlaufseile oder erpendelbare Beetbegrenzungen sind kostenaufwendig und können aufgrund der exponierten Lage des Garten gestohlen werden.

Wegmarkierungen durch 30 cm hohe, erpendelbare Weidengeflechtenbeetbegrenzungen waren ein innovativer Vorschlag, der sich gut in den wilden Garten eingefügt hatte. Dies wurde aber von der Verwaltung unergründlicherweise nicht



gestattet. Die aktuelle Wegführung für blinde Nutzer\*innen besteht aus heterogenen Baumstämmen und einer Vielzahl von in den Garten eingefügten Pflastersteinen, deren Eignung für Streuobstwiesen umstritten ist.

#### ► Wege der Barrierefreiheit

Methoden der naturnahen Befestigung oder Drainage von lehmigen Wegen, wodurch die Barrierefreiheit gewährleistet würde, konnte ohne umfassendes finanzielles Budget und professionelle Hilfe nicht geleistet werden. Ebenso kollidierten diese einerseits an der fehlenden finanziellen Ausstattung des Projektes und die Erkenntnis, dass bereits der Aufwand Wege in einer Streuobstwiese barrierefrei zu gestalten recht hoch sein würde. Diese baulichen Maßnahmen, um befestigte Wege zu errichten, wurden von der Verwaltung mit dem Verweis auf die bestehende Naturschutzverordnung abgelehnt.

#### ► Wasser / Wasserversorgung

Nicht inklusive Methoden der Wasserversorgung des Gartens waren ein gewisser Streitpunkt. Trotz der Erfahrung dreier extrem heißen Sommer erhofften einige den Garten ohne künstliche Bewässerung aufbauen zu können. Unrealistischerweise mussten verschiedene (Schlauch)Bewässerungsmethoden aus Kostengründen ausgeschlossen werden, auch da die nächste Wasserstelle 200 Meter entfernt war: So wurden Wassercontainer bestellt. Eine angedachte inklusive Positionierung der 2 IPC-Container auf Paletten misslang jedoch ohne Supervision. Bei der Aufstellung der IPC-Container wurde von Lieferanten und dem entgegennehmenden Gärtnern nicht auf die richtige Positionierung geachtet, so wurden deren Zapfhähne nicht ergonomisch sinnvoll angebracht; Studierende mit geringem Muskeltonus und Bandscheibenvorfall, Rollende und Sehbeeinträchtigte Gärtner\*innen hatten durch eine zu niedrige Positionierung des Hahns wirkliche Probleme. Denn dieser lag definitiv zu tief, um aus einem Rollisitz zu erreichen und es gab einen Arbeitsunfall.

Als 2022 letztendlich Mittel und Wege und Wegbegrenzungen gefunden wurden, um Barrierefreiheit durch unterfahrbare Hochbeete zu schaffen, war der Garten von einem neuen und Problem bedroht.

#### ► Die Landnahme durch nachbarschaftliche Mittelschichten

Nicht studentische Akteure, bürgerliche Eigenheimbesitzer der Elterngeneration, die am Riedberg ihr Zuhause gefunden haben, entdeckten den Garten in einer Phase schwacher Präsenz von Studierenden ab Dezember 2021 und nahmen ihn mit vollen Kräften in Besitz. Die Einbeziehung nachbarschaftlichen Engagements entsprach erst einmal der Idee des permakulturellen

Miteinanders, jedoch war keine Inbesitznahme wie sie im Folgenden geschah, zu erwarten. Denn es begab sich, dass eben diese Nachbarn, freundlich scheinende akademische Highperformer der Generation Golf den Garten massiv zu dominieren begannen. Und sich anschickten vom gesamten studentischen Gartengelände und darüber hinaus den angrenzenden Gebieten der Streuobstwiesen aktiv Besitz mit Säge und Sense zu ergreifen.

Der Aufbau der Gartenstruktur wird teilweise ohne Einbeziehung der studentischen Massen und in Semesterferien an Wochenden bei Eiseskälte und Klausurzeit oder physisch durchgeackert, ob Studierende dabei waren oder nicht wurde egal.

Ebenso fuhren die eifrigen Nachbarn mit den selbstverständlich vorhandenen Wagen mit Verbrennungsmotor Bäume und Büsche umher, hatten, ganz gegen ökologische Paradigmen, Steinhäfen in den Garten gekarrt, Bäume gefällt und Fallobst zum Keltern gebracht. Der güldene Saft wurde mit den vereinzelt vorbeischauenden Studierenden im winterlichen Beisammensein geteilt.

Eine studentische Streuobstwiese wird zur Spielweise von freundlich gesinnten engagierten Nachbarn, die diese Streuobstwiese aber bald als die ganz eigene betrachteten. So zählte man 90 % aller neu gepflanzten Büsche und bereiteten Beete als von nachbarschaftlichem Engagement entstanden.

Als Studierende zaghaft versuchten, auf dem beackerten Grund eigene Samen auszusäen, behaupteten Nachbarn ihre Vormachtstellung und versuchten, Studierende in die geistigen Schranken der ursprünglichen Akkumulation des scheinbaren Streuobstwiesenpächterschaft des „Was ich umgegraben habe, gehört mir“ zu verweisen.

Mit dem schicken BWM-Cabrio wurden für hunderte Euro Samen herangekarrt, für deren Aussaat Nachbarn das Gelände nun so ziemlich für sich beanspruchten. Als dann im März 2022 50 Kubikmeter Strohballen von denselben Nachbarn in den Garten eingeführt wurden, ohne mit der notwendigen Sorgfalt gemeinsam mit den wenigen Studierenden zu prüfen, ob diese im Zersetzungsprozess gesundheitsgefährdend wirken könnten, wurde es ernst. „Wer ein Auto mit Verbrennungsmotor hat, hat das Recht“, so schien es - oder hatte zumindest die Macht, auf die Schnelle ohne Diskussionen Strohballen auch auf eine studentischen Garten / Streuobstwiese der Goethe-Universität einzuführen.

Die Bedenken vulnerabler Studierender mit Allergien und Asthma wurden von Nachbarn mit ableistischen (behindertenfeindlichen/diskriminierenden) Sprüchen abgewehrt: „Wer nicht gesund genug sei, um einen rasanten Anwachsen von Schimmelsporen in der Gartenluft zu ertragen, brauche ja nicht zu kommen, gerne fiel auch der Spruch „nur die Harten kommen in den Garten“. Skurrillerweise wurden

das Entstehen von Schimmelpilzen mit den im Boden vorkommenden Hyphen verwechselt.

Zu diesem Zeitpunkt waren nur 3 Studierende regelmäßig im Garten physisch aktiv, so waren die Machtverhältnisse auf Seiten der Nachbarn. Da diese Ballen mittlerweile auf dem Gelände verschimmeln, ist der Garten besonders für empfindliche Allergiker & Asthmatiker\*innen ohne Schaden für die eigenen Gesundheit leider nicht mehr nutzbar.

Studierende des Inklusionsreferats versuchten bekannte Stellen der Verwaltung u.a. des Nachhaltigkeitsbüros und der Inklusionsbeauftragten auf diese Probleme im Sommer 2022 aufmerksam zu machen, die Bedenken wurden aber wegen der scheinbar privaten Natur der Garten-Gruppe nicht weiterverfolgt.

Letztendlich konnten das Inklusionsreferat durch ein Gespräch mit dem Leiter des Arbeitsschutz und diversen Ärzten, u.a. Pneumologen, klären, dass für vulnerable Personen, besonders diejenigen mit allergischen Asthma, eine akute Gefährdung durch diese schimmelnden Strohballen vorliegt.

Es ist zu hoffen, dass der Garten bald auch für beeinträchtigte Studierende wieder nutzbar wird, wir warten schon.

### Für die Rechte von vulnerablen Gärtner\*innen!!

AK Inklusiver Garten

Link zu Permakultur und der extremen Rechten:

<https://keep-it-gruen.de/060-braune-permakultur-recht-esoterik-und-verschwuerungen/>

<sup>1</sup> Im Folgenden als NSdÖ abgekürzt.

<sup>2</sup> Im Folgenden als SdÖ abgekürzt.

<sup>3</sup> Jürgen Habermas, Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit und die deliberative Politik, 2022, 44.

<sup>4</sup> Ebenda, 45.

<sup>5</sup> Vgl. ebenda, 67.

<sup>6</sup> Vgl. ebenda.

# Für einen Feminismus ohne Heilige

## 1 Was ist passiert?

Am 23.10.2022 zog eine feministische antifaschistische Demonstration zu der katholisch-kroatischen Gemeinde in Offenbach, um gegen deren fundamentalistische Agenda zu protestieren. Ziel der Demo war, nach der Abschaffung des Paragraphen 219a StGB weiterhin Kritik an dem Paragraph 218 StGB und der Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen zu üben. Die Zwischenkundgebung an der Gemeinde wurde ausgewählt, weil aus dem Umfeld dieser Gemeinde heraus seit 2017 sogenannte Mahnwachen vor pro familia organisiert werden, die schwangere Personen daran hindern sollen, Beratung zu Schwangerschaftsabbrüchen zu suchen. Unter anderem an diesen Mahnwachen zeigt sich eine Verschränkung und Überlagerung von religiösen Werten und frauenfeindlichen Agenden. Der ehemalige Pfarrer der kroatisch-katholischen Gemeinde Offenbach, Tomislav Dukic, bot die Räumlichkeiten für die Gründung der Initiative „40 Tage für das Leben“ in Offenbach an. Seit einigen Jahren halten die AbtreibungsgegnerInnen zwei Mal jährlich in verschiedenen Städten in Deutschland vierzig Tage lang Anti-Abtreibungs-Mahnwachen ab, um damit das Recht auf körperliche Selbstbestimmung von Schwangeren anzugreifen.

Auf der Demonstration wurde neben vielen Weiteren auch der feministische Spruch „Kein Gott, kein Staat, kein Patriarchat!“ gerufen. Als die Demonstration zur Zwischenkundgebung vor der Gemeinde stand, um den Gottesdienstbesucher\*innen und der Öffentlichkeit zu zeigen, was wir von den Einstellungen der Gemeinde halten, wurde von Teilnehmenden der Demonstration über den Lautsprecher darum gebeten, diesen Spruch nicht mehr zu rufen. Als Begründung wurde angeführt, „Betroffene würden sich dadurch von der Demo ausgeschlossen fühlen“. Stattdessen wurde die Demo darum gebeten und eingeladen, gemeinsam „Keine Fundis, kein Staat, kein Patriarchat“ zu rufen.

## Was das bei uns ausgelöst hat

Diese Situation hat bei uns während der Demo und im Nachgang zu Irritation, Frustration und auch Wut geführt. Die Demo war kein Ort, an dem empathisch und konstruktiv Debatten geführt werden konnten, ohne die Demo zu spalten oder das Ziel der Demo aus den Augen zu verlieren. Trotzdem hatten wir das Gefühl, uns zwangsläufig in dem Moment zu einer sehr komplexen politischen Frage verhalten zu müssen, indem wir entweder der Bitte nachkamen oder sie übergingen.



»Es ist autoritär zu erwarten, dass Menschen unkritisierbar werden, indem sie auf allen Ebenen einem politischen Ideal gerecht werden. Fundierte Gesellschaftskritik braucht keine Heiligen. Religionskritik sollte in diesem Sinne eine empathische Kritik sein.«

## 2 Warum wir diesen Text schreiben

Wir haben uns deshalb entschieden, uns tiefer mit dem Thema auseinanderzusetzen und diesen Beitrag zu schreiben. Unser Ziel ist es, eine immer wiederkehrende Debatte zu strukturieren und uns im gleichen Zuge auch selbst darin einzubringen. Wir würden uns freuen, wenn wir diese Debatte solidarisch und konstruktiv (szene-)öffentlich weiterführen können.

Im Folgenden wollen wir einige Argumentationslinien der Debatte darlegen, unsere Position erläutern und unseren Wunsch nach einer solidarischen feministischen Streitkultur aussprechen.

## 3 Feminismus und Religion?

Religionskritik ist schon lange Teil des Feminismus. Die großen Religionen sind in ihrer Verhaftung in traditionellen Geschlechterrollen geeint. Während es Versuche gab, religiöse Schriften feministisch auszulegen, hielt ein Teil der Feminist\*innen an Religionskritik fest. So kritisierte Sojourner Truth die Mobilisierung von Religion gegen die Emanzipation der Frau und Emma Goldman betonte, Religion rechtfertige nicht nur Unterdrückung, sondern auch Machtverhältnisse in sich. Das Motiv der Mensch sei nichts und die Mächte [Gott] alles, kehre immer wieder und sei nicht aus Religion herauszulösen.

Simone de Beauvoir richtete ihren Blick explizit auf religiöse Frauen: Sie sah Religion als Täuschungsinstrument, das Frauen ihre eigene Unterdrückung verschleierte und begründete. Frauen würden Religion nutzen, um eigene Wünsche nach Bedeutung und Anerkennung im Glauben zu befriedigen, ohne tatsächliche Emanzipation anzustreben oder die Ordnung der Welt in Frage zu stellen. So habe nicht nur die Religion einen Einfluss auf Frauenbilder, sie sei auch von der Aufrechterhaltung von Geschlechterrollen abhängig, um sich weiterhin erhalten zu können.

Der Spruch „Kein Gott, kein Staat, kein Patriarchat“ fordert eine Freiheit von diesen gesellschaftlichen Machtverhältnissen, die uns alle betreffen, auch wenn wir unterschiedliche Umgänge mit ihnen pflegen. Es handelt sich deshalb nicht um einen versuchten Angriff auf religiöse Menschen, sondern um eine Anklage an eine Welt, in der gesellschaftliche Ideologien Frauen und Queers Freiheit und Autonomie im Diesseits verwehren. So zum Beispiel durch Vorschriften, wie wir unser Leben zu gestalten, was wir zu tun und zu lassen haben. Nicht zuletzt manifestiert sich dies in der wiederkehrenden Deklaration von Schwangerschaftsabbrüchen als Mord. Im christlichen Glauben sind diese Vorschriften legitimiert durch eine „gottgegebene Ordnung“, die aufrechterhalten werden soll.

Die Soziologin, Kultur- und Religionswissenschaftlerin Petra Klug erklärt: „Religion ist die Widerspiegelung gesellschaftlicher Machtverhältnisse, die sie auf ewig festzuschreiben sucht, sie rechtfertigt, kodifiziert und perpetuiert die Hierarchie einer Gesellschaft. Was den Glauben, das grenzenlose Vertrauen, ermöglicht, nämlich die Idee einer höheren Macht, ist es auch, was die Unterwerfung fordert, mit Strafe droht und die Gläubigen gegen die anderen abgrenzt. Selbst da wo ihr Einfluss subtiler ist, steht die Religion noch der Befreiung entgegen, denn eine höhere Macht ist in sich selbst schon das Gegenteil von menschlicher Freiheit“.

### Unterscheidung Struktur und individueller Glaube

Die Unterscheidung zwischen individuellem Glauben und struktureller Kritik an Religion als Institution halten wir bei der Debatte um den Spruch für hilfreich. Wir verstehen es als Grundsatz feministischer Kämpfe um Selbstbestimmung, dass weder Religion oder Institutionen im Namen eines Gottes noch Staat oder das Patriarchat über unsere Körper, unsere Lebensweisen und unsere Sexualität entscheiden dürfen.

Ebendiese Ablehnung von explizit strukturellen Unterdrückungsmechanismen sowie der Kampf dagegen drücken sich in dem Spruch „Kein Gott, kein Staat, kein Patriarchat“ aus. Deshalb halten wir diese Forderung und Position bei einer feministischen Demonstration vor einer fundamentalistischen Kirche für wichtig und notwendig.

### Wer kritisiert?

Weiter muss beachtet werden, von wem die Kritik geäußert wird. Ein Staat, der sich gegen bestimmte Religionen richtet und Rechte, die Religionskritik für ihre Zwecke missbrauchen, haben andere Ziele und andere Machtressourcen in ihrem Vorgehen als Feminist\*innen in einer feministischen Auseinandersetzung. So hat auch die Sorge vor Ausschluss durch eben diese Kritik unterschiedliche Bedeutungen.

### Widersprüche in feministischer Religionskritik

Wir können die Beweggründe nachvollziehen, aus denen der Wunsch, „kein Gott“ nicht mehr zu rufen, geäußert wurde.

Die Linke tut sich nach wie vor schwer damit, auszuhalten, wenn Individuen einer politischen Kritik nicht nachkommen. Wenn eine Person gläubig ist, sich schminkt, shoppen geht, etc., heißt das nicht, dass die Person nicht feministisch oder antikapitalistisch, etc. ist oder sein kann. Die Hintergründe für Verhalten sollten diskutiert werden können, ohne die Person selbst in ihrer politischen Haltung angreifen zu müssen oder sie auszuschließen. Es ist autoritär zu erwarten, dass Menschen unkritisierbar werden, indem sie auf allen Ebenen einem politischen Ideal gerecht werden. Fundierte Gesellschaftskritik braucht keine Heiligen. Religionskritik sollte in diesem Sinne eine empathische Kritik sein.

Innerhalb des deutschen Kontextes wird Religionskritik verwendet, um nicht-christliche Menschen auszugrenzen, zu rassifizieren und anzugreifen. Angriffe auf Synagogen und Hetze gegen muslimisch gelesene Menschen finden nicht im luftleeren Raum statt. Eine Kritik an Religion darf diese gewaltvollen Machtstrukturen nicht verleugnen.

Es kann viele Gründe geben religiös zu leben. Glauben kann Abhilfe gegen Resignation bieten und im religiösen Jenseits können Forderungen für ein besseres Diesseits gesucht werden. Somit kann Religion eine ethische und darüber politische Lebensführung durchaus begründen. Wir müssen auch anerkennen, dass innerhalb von Religionen Kämpfe um ihre Auslegung und Ausrichtung geführt werden und hegemoniale Auslegungen von verschiedenen Religionen historisch gewachsen sind. Die Stellung der Kirche wurde historisch auch des Öfteren genutzt, um als Gegenmacht gegenüber dem Staat aufzutreten. So konnten beispielsweise geflüchtete Menschen teils über das Kirchenasyl einer Abschiebung entgehen. Jüd\*innen in den USA nutzen derzeit ihr Recht auf Glaubensfreiheit, um Abtreibungen zu ermöglichen. Eine der fünf Säulen des Islams ist die Zakat, eine Art Pflichtabgabe von privilegierten Muslim\*innen an Bedürftige.

Hier tun sich Widersprüche auf, die wir anerkennen und über die wir uns gerne austauschen möchten. Unsere Kritik an Religion an sich sehen wir über diese Punkte jedoch nicht widerlegt oder angegriffen. In dem oben beschriebenen Widerspruch erkennen wir vielmehr einen Apell der empathischen Kritik, anders mit Differenz, Konflikt und Ausgrenzung in der Linken umzugehen, als es oft getan wird. Dazu gehört auch, Konflikte auszutragen und bewusst Zeit und Raum dafür zu wählen.

### 4 Warum wir an dem Spruch festhalten wollen

„Kein Staat, kein Patriarchat“ greift Institutionen an, denen sich Menschen nicht entziehen können, die alltäglich in Leben eingreifen und Diskriminierungen auf diverse Arten (re)produzieren. In dieser Logik bezieht sich auch „Kein Gott“ auf eine strukturelle Ebene: Religion als Institution. „Kein Gott“ durch „keine Fundis“ zu ersetzen, greift dabei zu kurz. Es geht eben nicht um ein paar radikale Einzelne, die es mit ihrem Glauben etwas zu weit treiben, sondern um ein Unterdrückungssystem, das über die Individuen hinaus wirkt. Ursachen für regressive Ideologien müssen analysiert und benannt werden und es dürfen nicht nur ihre Symptome bekämpft werden. Dazu darf und muss Feminismus auch unbequem sein, um eine vereinfachte Opfer-Täter-Gegenüberstellung zu vermeiden und Unterdrückung in seiner

Komplexität greifen zu können. Natürlich macht es einen Unterschied, ob jemand einfach gläubig oder darin fundamentalistisch ist. Doch wir alle sind betroffen, wir alle nehmen teil. Erst in dieser Erkenntnis wird empathische Kritik überhaupt möglich.

### Wer ist eigentlich von was betroffen?

In dem Kontext der Demo wurde mehrmals Betroffenheit thematisiert. Zum einen die Betroffenheit von Schwangeren durch fundamentalistische Ideologie, dann die Betroffenheit von religiösen Menschen durch den Spruch sowie von der kroatischen Community in Deutschland durch gesellschaftliche, rassistische Ausschlüsse.

Während wir vor einer Kirche stehen, aus deren Gemeinde heraus sich Personen organisieren, um Schwangere an einer Beratung zu Schwangerschaftsabbrüchen zu hindern, ist es ein unpassender Fokus, von Betroffenen zu sprechen und damit die zu meinen, die an einen Gott glauben. Das impliziert eine Betroffenheit von Religion, die wir spezifisch in diesem Zusammenhang in Frage stellen möchten. Wenn es um Betroffenheit gehen soll, dann sind es an dieser Stelle diejenigen, die ihr Recht auf körperliche Selbstbestimmung nicht wahrnehmen können, die von christlichen FundamentalistInnen verurteilt und dämonisiert werden, weil ihr Gott, ihre Bibel und ihre Kirche das Recht der Schwangeren, Frauen und queeren Personen als irrelevant erachtet.

Natürlich gibt es auch Betroffene von Religionsfeindlichkeit, Xenophobie und Rassismus. Allerdings wurden Individuen bei der Demo weder als Gläubige noch als Kroat\*innen angegriffen, sondern als fundamentalistische TäterInnen, die von gesellschaftlichen Machtdynamiken (teils auf Grundlage von Religion) Gebrauch machen, um andere Personen in ihrer Selbstbestimmung zu beschränken. An dieser Stelle sollten unserer Meinung nach Konflikte, Komplexitäten und Widersprüche ausgehalten werden und die Debatte in einem Moment geführt werden, in dem sie auch möglich ist, ohne das eigentliche Ziel der Demo zu unterwandern.

Es gibt Personen die von Religion, ihren patriarchalen Zwängen, der Verstrickung von Religion und Staat, Misogynie und Queerfeindlichkeit sowie Rassismus betroffen sind. Hier müssen wir als radikale Linke und als Feminist\*innen auch mit einer Religionskritik ansetzen und unter Berücksichtigung aller Perspektiven diskutieren.

### 5 Stilfrage und Strategie

Der vorausgehende Text verdeutlicht, dass die Debatte um den Spruch weit mehr Auseinandersetzung bedarf, als es ein kurzes Statement auf der Demo ermöglichen kann. Darum möchten wir an dieser Stelle auch kurz auf die Form und Debattenkultur eingehen.

Eine Demo ist unserer Auffassung nach kein Raum, der eine einheitliche Position vertritt und wir haben auch nicht den Anspruch, dass alle Personen auf der Demo in jedem Punkt die gleiche Meinung vertreten. Dennoch wollen wir als Demonstration mit gemeinsamen Positionen und Forderungen aufzutreten und versuchen, diese geschlossen und kollektiv auf die Straße zu tragen. Hier besteht ein Widerspruch, den wir aushalten müssen.

Mit dem Wunsch, den Spruch nicht mehr zu rufen, erfolgte ein Bruch mit der Geschlossenheit der Demo. Solche Brüche halten wir nicht für per se falsch, sondern oft auch für notwendig und wichtig, jedoch müssen sie im Moment mit dem Interesse und dem Anspruch der Demo und ihres Ausdrucks abgewogen werden. In diesem Fall – direkt vor der fundamentalistisch-katholischen Gemeinde, in Anwesenheit ihrer Mitglieder – halten wir den Zeitpunkt für strategisch schlecht und auch für die Debatte nicht förderlich. Wir hielten es in dem Moment nicht für möglich, ein Plädoyer für den Spruch auszusprechen, ohne eine Grundsatzdebatte

auszulösen und den Grund der Demo aus den Augen zu verlieren.

Der Vorwurf, mit dem Spruch Ausschlüsse zu erzeugen, führte zu Angst und Selbstzweifel, anstatt unsere Wut gegen die patriarchale Unterdrückung im Namen eines Gottes und der Kirche gegen die FundamentalistInnen vor uns zu richten. Mit diesen Gefühlen versuchen wir mit diesem Text einen Umgang zu finden, da feministische Kritik und Praxis nicht von Angst, etwas Falsches zu sagen, überworfene werden sollte.

### Was wir uns wünschen

Wir hoffen, mit diesem Text eine Debatte anzustoßen, die nicht mit Demosprüchen endet, sondern in einem konstruktiven Raum solidarisch und empathisch geführt werden kann. Wir freuen uns auf Reaktionen und hoffen auf eine weitere Auseinandersetzung in feministischen Kreisen und darüber hinaus.

Solidarische Grüße  
FfeM

## Weiterlesen

Emma Goldman: Anarchism and other Essays

Sojourner Truth: Ain't I a woman

Simone de Beauvoir: Das Andere Geschlecht. Sitte und Sexus der Frau.

Petra Klug: Emanzipatorische Kritik an Religion - Zu den Voraussetzungen einer feministischen Kritischen Theorie

Wolfgang Fritz Haug: Karl Marx' Metakritik der Religion und Ernst Blochs »Transzendieren ins Diesseits

<https://www.zeit.de/kultur/2018-03/religion-glaube-feminismus-theologie-kirche-gemeinschaft-10nach8/>

[https://www.itpol.de/wp-content/uploads/2022/08/Kuno-Fuessel\\_Materialistische-Bibellektuere.pdf](https://www.itpol.de/wp-content/uploads/2022/08/Kuno-Fuessel_Materialistische-Bibellektuere.pdf)

[https://koschkalinkerhand.de/wp-content/uploads/2020/09/Zuendstoffe\\_Religionskritik.pdf](https://koschkalinkerhand.de/wp-content/uploads/2020/09/Zuendstoffe_Religionskritik.pdf)

<https://www.phase-zwei.org/hefte/artikel/pro-kopftuch-und-kontra-abtreibung-2269>

<https://radiocorax.de/kein-gott-kein-staat-kein-patriarchat-christliche-rechte-und-ihr-einfluss-auf-die-debatte-um-das-recht-auf-abtreibung/>

<http://basisgruppe-antifa.org/wp/kein-gott-kein-staat-kein-kalifat/>

[https://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/sonst\\_publicationen/VSA\\_Hildebrandt\\_Linke\\_Religion.pdf](https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/VSA_Hildebrandt_Linke_Religion.pdf)

<https://web.archive.org/web/20201022151208/https://taz.de/Plaedoyer-gegen-abstrakten-Atheismus/!5721820/>

[https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/39400/ssoar-gender-2010-1-salah-Diskurse\\_des\\_islamischen\\_Feminismus.pdf?sequence=1&isAllowed=y&lnkname=ssoar-gender-2010-1-salah-Diskurse\\_des\\_islamischen\\_Feminismus.pdf](https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/39400/ssoar-gender-2010-1-salah-Diskurse_des_islamischen_Feminismus.pdf?sequence=1&isAllowed=y&lnkname=ssoar-gender-2010-1-salah-Diskurse_des_islamischen_Feminismus.pdf)

<https://www.youtube.com/watch?v=6DOLcmQlHx0>

# Feministisches Plakatiere

Am Vorabend zum #8M2023 haben 7 Kompliz\*innen eine große Wandzeitung am Roßmarkt #ffm plakatiert, um den Kampf für ein Ende patriarchaler Unterdrückung und das Leben und die Freiheit im öffentlichen Raum sichtbar zu machen. Für diese politische Aktion wurden alle 7 in einem gewaltvollen Copeinsatz zeitweise festgenommen.

**FLINTA\*S DIE KÄMPFEN SIND FLINTA\*S DIE LEBEN,  
LASST UNS DAS SYSTEM AUS DEN ANGELN HEBEN.**

Die ganze Frankfurter Innenstadt ist voll mit sexistischer Werbung und neoliberaler Kackscheiße. Aber wenn Menschen politische Parolen wie Jin Jiyān Azadî plakatiert, stellen sie eine Gefahr für die staatliche Ordnung dar.

Der gewaltvolle Polizei-Einsatz von überwiegend cis-männlichen Cops gegenüber einer Gruppe aus Frauen, nicht-binären und trans-Personen, die für eine befreite Gesellschaft kämpfen ist ein Paradebeispiel patriarchaler Gewalt und zeigt einmal mehr, dass Widerständigkeit von FLINTA\*-Personen im Patriarchat sanktioniert wird.



# Neues aus dem AStA



## Das Vorstandskollektiv lässt grüßen!

Als eure studentische Vertretung koordinieren wir den AStA in Zusammenarbeit mit den Referent\*innen. Die Themen denen wir uns als AStA widmen sind vielfältig: von Hochschulpolitik über Studienbedingungen bis hin zum Antifaschismus ist alles dabei. Studentische und universitäre Interessen sind nicht immer deckungsgleich und wir arbeiten kontinuierlich daran, letztere kritisch zu begleiten und zu hinterfragen.

In dieser Legislatur liegt unser Fokus stark auf den Themen Verkehr, Politische Bildung und Wohnen. Wir bespielen vermehrt den Campus, wie im Wintersemester gibt es auch jetzt Kritische Einführungswochen (siehe Programm).

Und obwohl zahlreiche Projekte, Veranstaltungen und Partys anstehen, um studentisches Leben zu verbessern, lässt die Krise uns allen keine Ruhe. Es ist entgegen der Meinung der Mehrheitsgesellschaft nicht leicht Student\*in zu sein. Vor allem gegenwärtig.

### Als verfasste Studierendenschaft müssen wir handeln!

Wie viele vielleicht mitbekommen haben, fand am 25.01.2023 die erste studentische Vollversammlung seit Jahren wieder statt. Dafür hat der AStA sich mit dem unter\_bau, der DGB Jugend, Verdi und der GEW zusammengetan um eine Sichtbarkeit der prekären Situationen von Studierenden zu schaffen. Seit dem hat sich viel getan, wir haben im Senat die beschlossenen Forderungen eingebracht und Druck gemacht. Daraus hat sich ein Treffen mit dem Studierendenwerk ergeben, welches zwar nicht besonders gewinnbringend war, aber auf jeden Fall in die nächste Runde gehen wird. Und jetzt kam eine Einladung in das Büro des Präsidenten Prof. Dr. Schleiff mit der Vizepräsident für Lehre Prof. Dr. Thompson für den 12.04.23 (nach Redaktionsschluss). Es bleibt also spannend was mit unseren beschlossenen Forderungen passieren wird und wie sich die Stunde im persönlichen Büro des Präsidenten gestalten wird.

Beschlossene Forderungen der studentischen Vollversammlung der Goethe Universität am 25.01.23:

#### 1. Forderung:

Keine Schließungen an der Goethe-Uni: weder verkürzte Öffnungszeiten von Bibliotheken noch Gebäude-schließungen; eine energiesparende, aber konsequente Beheizung gewährleisten.

#### 2. Forderung:

Verwaltungsbeitrag von 50€ streichen und bundesweites Deutschlandticket für alle Studierende kosten-frei, die Streichung des Beitrages des Studierendenwerkes und Übernahme dessen vom Land Hessen.

#### 3. Forderung:

Keine Stellenkürzungen und Tarifvertrag für alle studentischen Beschäftigten der Goethe-Uni, um mehr Mitbestimmung durch Personalräte, Mindestvertragslaufzeiten, Lohnerhöhungen und keine Stellenkürzungen in der Wissenschaft und Lehre zu gewährleisten.

#### 4. Forderung: Bafög:

elternunabhängiges Bafög, Rückkehr zum rückzahlungsfreien Bafög, Regelsatz erhöhen à aktuell: 452€ Grundbedarf, 360€ Wohnpauschale, 122€ Kranken- /Pflegeversicherung = max. 934€; die Erhöhung im Sommer 2022 hat nicht annähernd die Inflationsrate gedeckt, sodass praktisch ein Minus für Bafög-Beziehende dasteht aktuell; der Grundbedarf liegt unter dem Bürgergeld, Entbindung von der Regelstudienzeit, Anpassung des Bafögs an die Inflationsrate

#### 5. Forderung: An das Studierendenwerk

- ▶ Mensapreise deckeln mind. 1 vegetarisches Gericht maximal 3€
- ▶ Mietpreis in Wohnheimen deckeln auf Niveau von 2021
- ▶ Mehr stud. Mitbestimmung und Transparenz
- ▶ Mind. 1 veganes Gericht unter 2€
- ▶ Arbeitsplatzsicherheit für Beschäftigte
- ▶ Bedarfsgerechte Ausfinanzierung des Studierendenwerkes
- ▶ Schaffung von mehr finanzierbaren studentischen Wohnraum
- ▶ Gutes Mensaangebot an jedem Campus (Preis, Angebot und Öffnungszeiten)
- ▶ Erweiterung der Öffnungszeiten (Frühstück und Abend)
- ▶ Vegane Essen ganztägig

Bei der nächsten Vollversammlung werdet ihr die Chance haben, eure Ideen einzubringen und Interessen zu verteidigen. Folgt unseren Projekten auf Social Media und bleibt kämpferisch!



## Referat für Studienbedingungen

Wir als Referat für Studienbedingungen sind die Anlaufstelle für alle, die Probleme in ihrem Studium haben. Wir unterstützen Studierende aller Fächer bei verschiedenen Anliegen und setzen uns für bessere Studienbedingungen ein.

So sitzen wir u.a. in verschiedenen Gremien, vernetzen uns mit den Fachschaften und berichten z.B. bei der Fachschaftenkonferenz (FSK). Auch halten wir Redebeiträge wie etwa bei studentischen Vollversammlungen.

Ein Schwerpunkt unserer Arbeit betrifft die Zusammenarbeit mit dem Studierendenwerk Frankfurt am Main. Durch stetige Rücksprachen entscheiden wir mit wie sich die Preise in den Mensen bilden oder welche Bedürfnisse der Studierenden durch Angebote wie z.B. Psychosoziale Beratung gedeckt werden können.

Wir setzen uns auch mit der geplanten Mobilitätswende der Universität auseinander. Dazu arbeiten wir mit dem Nachhaltigkeitsbüro der GU zusammen und begleiten den Prozess der Umstrukturierung. Wir setzen uns für den Ausbau von Radwegen, ÖPNV und ein generell besseres Angebot an nachhaltiger Mobilität ein.

Nachhaltigkeit und Verbesserung der Studiensituation bedingen sich oftmals gegenseitig und liegen bei uns stark im Vordergrund. Wir arbeiten mit der Studierendenvertretung verschiedener hessischer Universitäten zusammen um geschlossen eine Veränderung zu bewirken. Zentral dafür sind u.a. die Erstellung von Forderungskatalogen die im Austausch mit der Politik besprochen werden oder das planen gemeinsamer Aktionstage.

In den letzten Monaten haben wir vor allem viele Anfragen und Mails von euch beantwortet. Außerdem haben wir an der Stellungnahme zu den geplanten Änderungen des WissZeitVG mitgewirkt, die ihr ebenfalls in dieser Zeitung lesen könnt.

Meldet euch gerne bei Problemen und Anregungen unter [studienbedingungen@asta-frankfurt.de](mailto:studienbedingungen@asta-frankfurt.de)



## Verkehrsreferat

Mein Name ist Bastian und ich bin ganz frisch für die JuSo HSG im AStA Verkehrsreferat. Ich möchte Euch hier einen kleinen Überblick geben was zur Zeit so passiert.

Im Allgemeinen kümmern wir uns im Referat, um viele Fragen studentischer Mobilität, wie z.B. das Semesterticket. Das 49€-Ticket ist da gerade ein großes Thema und unser Ziel ist es dies zu nutzen, um eure Situation zu verbessern. Was am Ende rauskommt ist gerade noch sehr ungewiss, da die neuen Beschlüsse sehr kurzfristig kamen; wir bemühen uns eine gute Lösung mit dem RMV zu erwirken. Optimal wäre natürlich eine Erweiterung unseres Tickets bei gleichzeitiger Preisreduktion, aber das ist auch sehr abhängig von der Politik, ob und wann das möglich wird.

Außerdem bin ich gerade viel damit beschäftigt, die vielen Anfragen von Euch zu beantworten, um Euch damit unsere Arbeit ein Stück transparenter zu machen. Wir helfen auch immer gerne bei anderen Fragen (Rückerstattungen, Geltungsbereich, usw.) und vermitteln an die richtigen Stellen.

Da freue ich mich über jede Student:in, der wir weiterhelfen können.



## Referat für Wohnraum

Frankfurt und bezahlbarer Wohnraum – nicht nur für Studierende ist das 2023 immer noch eine Utopie. Daran ändern wird so schnell auch die zurückliegende OB-Wahl nicht viel.

Wie ihr am besten bezahlbaren Wohnraum finden könnt und was ihr bei der Wohnungssuche beachten müsst, die neu überarbeiteten Tipps zur Wohnungssuche auf der Seite des AStA können euch hier weiterhelfen.

Bezahlbare Wohnung gefunden aber Ärger mit den Vermieter\*innen? Ab zur Mietrechtsberatung des AStA! Diese findet jeden Donnerstag unter juristischem Beistand von Mieter helfen Mietern Frankfurt e.V. jeden Donnerstag von 16-18 Uhr auf dem IG-Farben Campus statt.

Im Laufe des Sommersemester startet dann auch als Reaktion auf die akute Wohnungsnot gerade von neuen Studierenden zu Semesterbeginn die AStA-Bettenbörse. Ihr habt in der WG für ein paar Tage eine Couch oder gleich ein ganzes Zimmer frei? Wie ihr euch solidarisch zeigen könnt erfahrt ihr rechtzeitig über die Kanäle des AStA!



## **ASTa Frankfurt fordert: Abschaffung des WissZeitVG! Ausreichende Grundfinanzierung für Universitäten jetzt!**

Am 17.03.2022 hat das FDP-geführte Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) ein Eckpunktepapier zur Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG) vorgelegt. Die Erwartungen waren bereits niedrig, und doch ist überraschend, wie weit die Vorschläge an den Bedürfnissen der Beschäftigten und den Realitäten universitärer Lehre und Forschung vorbeigehen. Seit langem ist bekannt, dass das WissZeitVG unter dem Deckmantel des Arbeitnehmer:innenschutzes *de facto* die Prekarisierung von Beschäftigungsverhältnissen im Wissenschaftsbetrieb vorantreibt. Anstatt diesem Problem entgegenzuwirken, treibt das Papier diese Tendenz auf die Spitze. Die Umsetzung der Vorschläge würde Arbeitnehmer:innen nicht schützen, sondern hätte verheerende Konsequenzen – nicht nur für Beschäftigte, sondern auch für Studierende und Promovierende.

Laut BMBF ist das Papier in einem sog. „Stakeholderprozess“ zustandekommen, an dem „die wichtigsten Akteure der Wissenschaftslandschaft“ beteiligt gewesen seien. Das Ergebnis dieses Prozesses zeigt, dass derartige Floskeln letztlich nur verdecken sollen, was dennoch offensichtlich bleibt: Mit denjenigen, die am härtesten von der Umsetzung des Papiers betroffen wären – nämlich befristet Beschäftigten und Studierenden –, wurde entweder gar nicht gesprochen oder ihre Interessen und Vorschläge wurden gänzlich ignoriert. Diese mangelnde Legitimation zeigt sich nicht zuletzt an der überwältigenden Ablehnung, auf die die Pläne bereits in den ersten Tagen nach ihrer Veröffentlichung gestoßen sind.

Seit der Einführung des WissZeitVG 2007 hat sich deutlich gezeigt, dass das vorgebliche Ziel, Universitäten zur Entfristung zu „motivieren“, aufgrund der strukturellen Unterfinanzierung von Hochschulen nicht erreicht werden kann. Denn so lange Universitäten keine finanziellen Mittel zur Entfristung zur Verfügung stehen, wird nach Ablauf der maximalen Befristungsdauer nicht entfristet, sondern entlassen. Was es daher braucht, ist keine Senkung der maximalen Befristungsdauer, sondern mehr Geld für Universitäten, damit Beschäftigten langfristige Perspektiven und würdige Arbeitsbedingungen geboten werden können. Hätten Universitäten diese Mittel, gäbe es die gegenwärtig gängige Befristungspraxis nicht. Es bräuchte dann auch kein WissZeitVG. Der ASTa der Goethe-Universität fordert daher: Abschaffung des WissZeitVG! Ausreichende Grundfinanzierung für Universitäten jetzt!

Dass diese Forderungen unerlässlich für ein angemessenes Funktionieren des Lehr- und Forschungsbetriebs sind, lässt sich mit Blick auf die unterschiedlichen Betroffenengruppen erläutern: (1) Studierende und studentische Hilfskräfte, (2) Promovierende und (3) Post-Docs.

### **(1) Studierende und studentische Hilfskräfte**

Für Studierende ergibt sich aus den Vorschlägen eine weitere Verschlechterung ihrer Studienbedingungen. Denn wenn die Belastung von Promovierenden und Post-Docs, die einen wichtigen Teil der Lehre stemmen, weiter steigt, wird die Qualität der Lehre unvermeidlich darunter leiden. Hinzu kommt, dass frühere Entlassungen von Beschäftigten dazu führen, dass Studierende mit Blick auf Abschlussarbeiten und sonstige Prüfungen noch schwieriger Betreuungsverhältnisse planen können. Schon jetzt kommt es vor, dass es Studierenden nicht möglich ist, Feedback auf Studienarbeiten zu erhalten, weil die betreffende Lehrperson plötzlich nicht mehr an der Universität beschäftigt ist. Dieser Missstand

würde durch die Umsetzung der Vorschläge weiter verschärft. Gute Lehre braucht nicht weniger, sondern mehr Kontinuität.

Mit Blick auf studentische Hilfskräfte betreibt das Papier Augenwischerei. Denn der Vorschlag, die Mindestvertragslaufzeit für studentische Beschäftigte nur auf ein Jahr zu setzen, ist unzureichend. Hilfskräfte befinden sich durch Kettenbefristungen in permanenter Unsicherheit über ihre Fortbeschäftigung, was zu einer enormen Abhängigkeit von Vorgesetzten führt. Die kürzlich erschienene Studie „Jung, akademisch, prekär“ hat die hochgradig prekären Arbeitsbedingungen studentischer Hilfskräfte nochmals vor Augen geführt und gezeigt, wie hier grundlegende Arbeitnehmer:innen-Rechte systematisch unterlaufen werden: Unbezahlte Mehrarbeit oder nicht gewährter Urlaubsanspruch sind längst die Regel. Eine Mindestvertragslaufzeit von einem Jahr wird am katastrophalen Status quo nichts ändern – vor allem, da die Umsetzung nur als Soll-Vorschrift geplant ist, Universitäten diese also weiterhin umgehen können.

### **(2) Promovierende**

Die Abfassung einer Dissertation dauert im deutschen Durchschnitt 5,7 Jahre, was nicht zuletzt daran liegt, dass auch Themenfindung und Verteidigung langwierige und anspruchsvolle Prozesse sind. Während der Promotionszeit sind die Promovierenden sowohl an der universitären Selbstverwaltung als auch an der Lehre beteiligt. Diese Arbeit ist für Promovierende unabdinglich, wenn sie nach der Promotion die Chance auf eine Anstellung haben wollen. Gleichzeitig ist offensichtlich, dass die Universität auf diese Arbeit angewiesen ist. Darum ist unverständlich, warum die in dem Papier vorgesehenen Mindestvertragslaufzeiten von zwei Mal 3 Jahren erstens eine unverbindliche Soll-Regelung bleiben und warum zweitens nicht verbindliche Vertragslaufzeiten auf 6 Jahre festgelegt werden. Dies würde den Promovierenden genau die „Sicherheit“ geben, die der Reformvorschlag zu liefern beansprucht. Eine zweimalige Anstellung über drei Jahre kann jedoch – insbesondere, wenn eine der beiden Anstellungen in einem drittmittelgeförderten Forschungsprojekt erfolgt – dazu führen, dass sich der Arbeits- und Forschungsschwerpunkt der Promovierenden verschiebt, was eine Neuausrichtung der Promotion und eine weitere Verlängerung des Prozesses zur Folge haben kann. Was es also braucht, sind längere Vertragslaufzeiten bei angemessenen Arbeitsbedingungen – dazu findet sich im Papier jedoch nichts Verbindliches.

### **(3) Post-Docs**

Besonders drastisch sind die Änderungen, die die Befristungsdauer für Post-Docs betreffen. Hierzu sieht das Papier eine Verkürzung der Beschäftigungszeit nach der Promotion auf drei Jahre und eine entsprechende Absenkung der Höchstbefristungsdauer von 12 auf 9 Jahre vor. In einem unterfinanzierten Wissenschaftssystem hat eine solche Absenkung katastrophale Folgen für die betroffenen Wissenschaftler:innen: Es bedeutet faktisch ein Berufsverbot für Post-Docs, das in dieser Form in keinem anderen Berufsfeld besteht. Das Problem trifft dabei besonders die Sozial- und Geisteswissenschaften, da dort weitgehend die Mittel für entfristete Stellen fehlen.

Inakzeptabel sind die Konsequenzen zudem für das akademische Kerngeschäft – die Lehre und Ausbildung Studierender. Bereits jetzt sind Forschung und Lehre nur schwer vereinbar, müssen sich doch wissenschaftliche Mitarbeitende auch auf

Post-Doc-Stellen weiter qualifizieren, Drittmittel einwerben und Bücher und Artikel publizieren, um die geringe Chance auf eine Stelle im Anschluss zu wahren. Die Einheit und Vereinbarkeit von Forschung und Lehre, eine Leitidee der Universität, gerät durch die Vorschläge nun noch stärker unter Beschuss.

Auch mit Blick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fehlen konkrete Vorschläge. Ohne ein Konzept für mehr Dauerstellen führt die Absenkung der Höchstbefristungsdauer zu mehr Unsicherheit in der Lebensplanung und läuft gleichstellungspolitischen Zielsetzungen entgegen, sinkt doch bereits jetzt der Frauenanteil in der Post-Doc-Phase rapide ab. Es ist notwendig, anzuerkennen, dass Forschende als Mütter, Väter und in der Pflege von Angehörigen Care-Arbeit leisten. Hierfür braucht es unterstützende Konzepte und nicht weitere Hürden.

Die durch Unterfinanzierung erzeugte Knappheit soll durch die Beschäftigten nicht skandalisiert, sondern durch ein System permanenter Bewährung auf die eigenen Schultern genommen werden, indem sie sich durch den Konkurrenzdruck zum Verzicht auf grundlegende Arbeitnehmer:innenrechte und zu massiver unterbezahlter Mehrarbeit nötigen lassen. Dieser Druck wird legitimiert durch eine Überdehnung des Begriffs der Qualifikation: Selbst eine erfolgreich abgeschlossene Promotion qualifiziert demnach nicht etwa zur wissenschaftlichen Arbeit selbst, sondern bloß wieder zu weiterer Qualifikation. Die diesem System zugrundeliegende Annahme, eine solche Prekarisierung führe zu mehr Innovation, hat sich in der akademischen Praxis längst als falsch erwiesen. Sie zwingt Forschende vielmehr in eine hektische Hyperproduktivität, die nicht der Logik der Forschung selbst, sondern vor allem den Zwängen der Karrieresicherung folgt. Das Resultat ist eine durch Veröffentlichungsdruck erzeugte Überflutung des Publikationsmarktes, auf dem immer schlechter Innovatives von Redundantem unterschieden werden kann. Wissenschaftliches Arbeiten lässt sich keinem abstrakten ökonomischen Produktivitätsmaß unterwerfen, ohne es zu untergraben.

Wir wenden uns entschieden gegen den Versuch des BMBF, neue Realitäten zu schaffen. Wir unterstützen dagegen die von Gewerkschaften und Initiativen wie der NGAWiss seit langem geforderte Einführung von Stellenmodellen mit Entfristungsperspektive auf Mittelbauebene. Hierzu gilt es, den Universitäten eine ausreichende Grundfinanzierung zu sichern, damit diese mehr entfristete Stellen neben und unterhalb der Professur schaffen können. Derzeit werden Haushaltsstellen in der Regel befristet vergeben, obwohl die Mittel dafür auf Dauer gestellt sind. Diese Stellen ließen sich problemlos unbefristet vergeben. Weil dies bei einer gleichbleibenden Anzahl an Stellen allerdings bedeutet, dass weniger Nachwuchswissenschaftler:innen nachrücken können, wäre es hier besonders wichtig, Benachteiligungen und Ausschlüssen entlang der Ungleichheitsachsen *class*, *gender* und *race* in den bestehenden Einstellungspolitiken entgegenzuwirken. Das Papier meint, zum grundlegendem Problem der Unterfinanzierung keine Stellung beziehen zu müssen. Zugleich gibt es sich aber den Anschein, im Interesse der betroffenen Wissenschaftler:innen Probleme zu adressieren. Dieses Interesse muss es sich dafür mit einiger sprachlicher Gewaltbarkeit zurechtbiegen: So ist zwar beschwörungsartig von „Planbarkeit“, „Verbindlichkeit“ und auch von „Perspektiven“ die Rede. Der Äußerungskontext beraubt diese Begriffe aber der Substanz: „Planbarkeit“ entsteht so nicht etwa durch langfristige Anstellungssicherheit, sondern dadurch, dass die scheinbar von Natur aus planungsunsichere Karriere im Wissenschaftsbereich einfach rechtzeitig aufgegeben, also das Leben umgeplant wird. Das wäre in derselben Logik auch nicht als Verlust der Perspektive misszuverstehen, sondern vielmehr als Eröffnung einer solchen – nämlich „für alternative Karrieren“. An zynischen Wendungen wie diesen wird deutlich, dass das Interesse prekariertter Beschäftigter hier keineswegs berücksichtigt, sondern dessen Artikulation unmöglich gemacht werden soll.

### Ausblick

Nach dem breit getragenen statusgruppenübergreifenden Protest der letzten Tage ließ das BMBF verlautbaren, die Pläne gingen nun zurück in die „Montagehalle“. Es liegt jedoch auf der Hand, dass dies eine Finte ist. Es ist hoffnungslos, an Plänen wie denen, die am 17.03.2023 publik wurden, herumzuschrauben: Sie sind im Ganzen inakzeptabel und sollten als Ganze zurückgezogen werden. Es bedarf keiner weiteren Verwaltung der Missstände durch Gesetze wie das WissZeitVG, sondern einer Behebung dieser Missstände. Dazu muss endlich eine ernsthafte Debatte über das Problem der strukturellen Unterfinanzierung von Hochschulen geführt werden. Die gegenwärtige statusgruppenübergreifende Solidarität bietet hierfür einen guten Ausgangspunkt. Nun wird es darum gehen, sich nicht gegeneinander ausspielen zu lassen. Nur so kann erreicht werden, was für gute Forschung und Lehre unerlässlich ist: Die ausreichende Grundfinanzierung von Hochschulen und die Abschaffung des WissZeitVG.

**Unterstützt von Promovierendenkonvent der Goethe-Universität Frankfurt • Forum kritischer Wissenschaften (FkW) • unter\_bau • Philosoph\_innen ohne Grenzen • und folgenden Senatslisten: Demokratische Liste • GEW Betriebsgruppe der Goethe-Universität • Senatsliste ver.di • Jusos und attac für eine demokratische Uni • Bündnis90/die Grünen Hochschulgruppe • Campusgrüne Frankfurt**

# Stellungnahmen zur Schröter-Konferenz

## Stellungnahme zur Konferenz »Migration steuern, Pluralität gestalten – Herausforderungen und Konzepte von Einwanderungspolitiken«

Nachdem allein im Jahr 2022 im Mittelmeer an den Toren der Festung Europas 1940 Personen als vermisst oder verstorben gemeldet wurden (<https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/hilfe-weltweit/mittelmeer>), wird an unserer Universität eine Konferenz veranstaltet, die den Titel „Migration steuern, Pluralität gestalten“ trägt. Schon der Titel zeigt, dass es sich hierbei nicht um eine seriöse wissenschaftliche Konferenz handelt. Denn er suggeriert, Migration sei unkontrolliert, obgleich es faktisch ein historisch beispielloses Grenzregime an den europäischen Außengrenzen gibt, das jedes Jahr zu Tausenden toten und traumatisierten Menschen führt. Migration und Flucht sind in der europäischen Union und insbesondere in der Bundesrepublik stark reglementiert: Migration wird in Deutschland durch bilaterale Abkommen mit verschiedensten Ländern reguliert und mit anderen Ländern durch Anwerbeabkommen angeregt. „Es gibt kaum etwas, das heutzutage so sehr gesteuert wird wie Migration“, sagt Alexander Kern, der zur spanischen Exklave Melilla und Europas Landgrenze mit Afrika promoviert. Diese Tatsache ist zuletzt eindrücklich im von Steffen Mau geleiteten Forschungsprojekt "The Borders of the World" globalgesellschaftlich analysiert worden - eine Perspektive, die auf der Konferenz gänzlich fehlt (<https://www.sowi.hu-berlin.de/en/lehrbereiche-en/makro-en/forschung-en/projekte-en/sfb-tp-c01>).

Auf der Konferenz soll nun jedoch nicht etwa diskutiert werden, wie Fluchtrouten sicherer gestaltet werden können oder wie ein EU-weiter solidarischer Umgang mit Migration auszu-sehen hätte. Die Veranstaltung dreht sich vielmehr darum, wie schwierig es doch sei, ein Einwanderungsland zu sein. Diskutiert werden etwa Themen wie „Familienclan und Großfamilien“ oder „Gewalt an deutschen Schulen“. Dazu wurden Personen wie Boris Palmer und Ahmad Mansour eingeladen, die in der Vergangenheit mit extrem problematischen Aussagen aufgefallen sind. Wir finden nicht, dass eine Person wie Boris Palmer, der die Hautfarbe einer Person und ein schlechter Fahrradfahrstil als Indikatoren für Fluchterfahrungen heranzieht – siehe eine von ihm veröffentlichte Facebook-Mitteilung (<https://www.fr.de/meinung/boris-palmer-dunkelhaeutige-radfahrer-10995719.html>) – einen wissenschaftlich wertvollen Beitrag zu Migration und Pluralität liefern kann. Dieser soll dennoch als krönenden Abschluss der Konferenz ein „Memorandum für eine andere Migrationspolitik“ vorstellen. Ruud Koopmanns, der auf den Austausch mit der Politik zielenden Konferenz wissenschaftliche Autorität verleihen soll, bescheinigt der Rezensent Roy Karadag mit Blick auf Koopmanns Buch „Das verfallene Haus des Islam“, dieser offenbare „eine erstaunliche Unbelesenheit“; Koopmanns scheine selbst "über den aktuellen Stand des deutschen Islamdiskurses unzureichend informiert zu sein – vom englischsprachigen einmal ganz zu schweigen." (<https://www.soziopolis.de/hausdurchsuchung.html>).

Es handelt sich also eher nicht um eine wissenschaftliche Konferenz, was sich bereits an den gegebenen Hinweisen und der titelgebenden Grundannahme einer vermeintlich ungesteuerten Migration zeigt. Vielmehr reproduziert sich im Slogan "Migration

steuern" sowie in vielen Beiträgen der geladenen Redner: innen ein rechtspopulistisch genutztes Bild. Das geplante Schaulaufen der pseudowissenschaftlichen und vom Rechtspopulismus nicht immer scharf abgegrenzten Akteure, dem sogar die dem Linksradikalismus unverdächtigen FAZ attestiert, es entstehe „nicht den Eindruck, dass sich die Redner untereinander in die Haare bekommen könnten“ (<https://www.faz.net/aktuell/rhein-main/susanne-schroeter-weist-vorwurf-des-rechtspopulismus-zurueck-18832157.html>), kritisiert der AStA aufs Schärfste. Wir kritisieren zugleich auch die Berufung auf das Phantasma einer vermeintlichen ideologiefreien Wissenschaft, auf das sich die Mitveranstalterin Susanne Schröter bezieht. "In einer neoliberalisierten, drittmittelabhängigen Universität offenbart sich das Gerede von neutraler Wissenschaft als Chimäre."

Prof.in Susanne Schröter ist Erstunterzeichnerin des Netzwerks Wissenschaftsfreiheit, in dem sich Wissenschaftler: innen dem vermeintlichen Problem der ‚Cancel Culture‘ auf Universitäten angenommen haben, die sich im u.a. in einem angeblichen Zwang zu einer gendergerechten Sprache zeige. In einem Klima, in dem jedoch beispielsweise unabhängiges Forschen zu gewaltvollen Polizeipraktiken gegenstandslos diskreditiert wird (<https://empirische-polizeiforschung.de/wp/ueber-uns/>) und gesellschaftskritische Forschungsprojekte im Allgemeinen immer seltener genehmigt werden, wünschen wir uns gerade eine echte Würdigung politischer Wissenschaft, die in einen produktiven transdisziplinären Dialog tretend Kritik an Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse entwickeln und formulieren kann.

Derzeit organisiert der AStA eine Gegenveranstaltung auf dem IG Farben Campus, auf welcher Referent\*innen verschiedene wissenschaftliche Beiträge zum Thema Migration leisten werden. Genauere Informationen bezüglich Uhrzeit und Ort werden so schnell wie möglich über unsere Social Media Kanäle sowie die Webseite des AStA bekannt gegeben.

## AStA Frankfurt fordert: Konsequenzen für Palmer und Schröter!

Stellungnahme des AStA Frankfurt zu Boris Palmers rassistischen und antisemitischen Aussagen an der Goethe-Universität am 28. April 2023

Am 28. April 2023 fand an der Goethe-Universität Frankfurt am Main die Konferenz „Migration Steuern, Pluralität gestalten – Herausforderungen und Konzepte von Einwanderungspolitik“ statt. Organisatorin der Konferenz war die Professorin für Ethnologie Dr. Susanne Schröter, die bereits mehrfach Personen aus dem rechtspopulistischen Spektrum in akademischen Kontexten eine Bühne geboten hat.<sup>1</sup> Im Umfeld der Veranstaltung kam es zu unentschulderten rassistischen und antisemitischen Aussagen des eingeladenen Tübinger Oberbürgermeisters Boris Palmer, die eine Schande für die Goethe-Universität sind und bleiben werden. Dass Palmer den Holocaust relativiert, ist unerträglich. Noch unerträglicher ist, dass er dies auf dem IG-Farben Campus im Frankfurter Westend getan hat – dem ehemaligen Hauptsitz eines Unternehmens, das maßgeblich an der nationalsozialistischen Vernichtung von Jüdinnen und Juden beteiligt war. Die Weise, auf die Palmer seinen Antisemitismus im selben Atemzug durch die affirmative Verwendung des N-Wortes mit Rassismus kombinierte, ist skandalös. Im Folgenden werden die Vorgänge des gestrigen Tages detailliert dargestellt und eingeordnet.

Seit der Ankündigung der Veranstaltung kam es zu Warnungen vor der Gefahr rassistischer Vorfälle.<sup>2</sup> Besonders eindringlich warnten der AStA und das Studierendenparlament der Goethe-Universität.<sup>3</sup> Beide wiesen ausdrücklich darauf hin, dass es sich um eine pseudowissenschaftliche Veranstaltung handelt, die rechte Narrative affirmativ aufgreift und fortschreibt. Beide machten zudem deutlich, dass es sich bei den eingeladenen Akteur\*innen um Personen handelt, die sich in der Vergangenheit rechtspopulistisch geäußert haben. Auch in der Sitzung des Senats der Goethe-Universität am 26. April 2023 wurde das Universitätspräsidium um eine Stellungnahme gebeten und durch verschiedene Senatsmitglieder Kritik an der Veranstaltung geäußert. Leider wurden diese Warnungen nicht ernst genommen: „Boris Palmer ist kein Rassist“,<sup>4</sup> sagte Schröter am 19. April in der FAZ.

Entgegen den häufig vorgebrachten Befürchtungen, die kritischen Stimmen seien nicht an einem wissenschaftlichen Diskurs interessiert,<sup>5</sup> wurde durch den AStA eine Gegenkonferenz unter dem Titel „Migration entkriminalisieren, Pluralität leben“ organisiert. Im Fokus standen hier etwa Fragen der Antikolonialität, des Grenzregimes an den europäischen Außengrenzen und der gegenwärtigen Konjunktur des Rassismus. Auch die Bildungsinitiative Ferhat Unvar war eingeladen, die besonders in dieser räumlichen Nähe zu Hanau die existenzielle Bedrohung deutlich macht, die von Rassismus ausgeht. Die gut besuchte Konferenz war ein voller Erfolg: Zahlreiche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aller Statusgruppen führten in Sichtweite der Schröter-Veranstaltung vor, wie eine konstruktive und genuin wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Thematik der Migration aussehen kann.

Worum es dagegen auf Schröters Veranstaltung ging, wurde deutlich, als der eingeladene Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer, der bereits vielfach durch rassistische Aussagen aufgefallen ist, am Veranstaltungsort ankam. Zu diesem Zeitpunkt fand vor dem Veranstaltungsgebäude eine Protestkundgebung statt. Palmer ging auf die Demonstrierenden zu und suchte die Konfrontation. Dabei verwendete er in Anwesenheit Schwarzer Personen trotz deren Protest mehrfach das N-Wort. Dieser rassistische Übergriff ist für sich genommen bereits unerträglich. Anschließend kam es jedoch zu einer weiteren Äußerung, die selbst mit Blick auf Palmers langjährige Geschichte politischer Fehlritte beispiellos ist: Er insinuierte, es sei falsch, eine Person dafür zu verurteilen, dass sie das N-Wort verwendet, und sagte anschließend: „Das ist nichts anderes als der Judenstern.“ Diese Worte wiederholte er deutlich hörbar ein weiteres Mal. Der Vorgang ist unzweifelhaft durch ein bereits öffentlich gewordenen Video dokumentiert.<sup>6</sup> Anschließend betrat Palmer

das Veranstaltungsgebäude, wo Frau Schröter die Thematik des N-Wortes sofort auf die Tagesordnung brachte, um eine vermeintliche Gefahr einer Diffamierung Palmers zu inszenieren.<sup>7</sup> Palmer stellte seine Version der Vorfälle vor, in der die kurz zuvor getätigte Judenstern-Aussage bezeichnenderweise nicht vorkam. Es schloss sich eine schwer erträgliche Debatte anwesender Personen an, die sich teilweise dafür aussprachen, das N-Wort zu verwenden. Binnen weniger Minuten fiel dabei das N-Wort diverse weitere Male. Dies veranlasste selbst den Panel-Moderator Adrian Gillmann, sich von der „komischen Intervention“ Palmers zu distanzieren: „Ich möchte mit Ihnen, Herr Palmer, nichts mehr zu tun haben.“ Dass sich Herr Gillmann nun plötzlich distanzierte, ist verwunderlich, hatte Palmer doch bereits in der Vergangenheit mehrfach das N-Wort verwendet.<sup>8</sup> Dass sich selbst die ihrerseits rechte Moderation von der Veranstaltung distanzierte und ihre Tätigkeit niederlegte, sollte zu denken geben.

Nach der Veranstaltung sollte deutlich geworden sein, wie begründet die im Vorfeld vorgebrachten Warnungen des AStA und des Studierendenparlaments waren. Dass legitime Kritik durch Schröter in der Bildzeitung als undemokratisch, totalitär und unwürdig abqualifiziert wurde, ist ebenso undemokratisch, totalitär und unwürdig wie das Benehmen Boris Palmers. Mit Wissenschaft hatte die beschämende Veranstaltung wenig zu tun: Was unter der Ägide von Frau Schröter dargeboten wurde, war – ganz wie es der AStA im Vorfeld angekündigt hatte – ein bloßes „Schaulaufen pseudowissenschaftlicher Akteure“.<sup>9</sup> Es bedarf nun einer umfassenden Aufarbeitung dieses Falles. In der Verantwortung stehen dabei in erster Linie das Universitätspräsidium und die Verantwortlichen am Forschungszentrum „Normative Ordnungen“, die der Veranstaltung Raum boten. Die Aufarbeitung muss von der Prämisse ausgehen, dass im Namen der Wissenschaftsfreiheit nicht jeder Unsinn und erst recht kein Rassismus und Antisemitismus verbreitet werden dürfen. Für Susanne Schröter, die diesen Eklat mitzuverantworten hat, muss es Konsequenzen geben. Dass Boris Palmer spätestens jetzt für ein jegliches politisches Amt endgültig untragbar geworden ist, bedarf keiner weiteren Erläuterung.

1 Siehe etwa <https://www.fr.de/frankfurt/kopftuch-konferenz-frankfurt-rassismusvorwurf-trifft-islamexpertin-12222829.html>

2 Siehe etwa <https://www.faz.net/aktuell/rhein-main/frankfurt/kritik-an-migrationskonferenz-in-frankfurt-mit-palmer-und-mansour-18821032.html>

3 Siehe <https://asta-frankfurt.de/2023-04/gegenkonferenz-migration-entkriminalisieren-pluralitaet-leben>

4 <https://www.faz.net/aktuell/rhein-main/susanne-schroeter-weist-vorwurf-des-rechtspopulismus-zurueck-18832157.html>

5 Siehe <https://www.faz.net/aktuell/rhein-main/susanne-schroeter-weist-vorwurf-des-rechtspopulismus-zurueck-18832157.html>

6 <https://twitter.com/alscharo/status/165199353270274692?s=46&t=RycuwkxFKyHJluqoi7ZvMQ>

7 Siehe das Video unter dem nachfolgenden Link: <https://use04.thegoodcloud/s/Zr6sDCMB73W8PXs>, Passwort der Cloud: [c](X4{m}N

8 [https://www.zeit.de/politik/deutschland/2021-09/boris-palmer-ermittlungsverfahren-eingestellt-dennis-aogo-rassismus-sprache-tuebingen?utm\\_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F](https://www.zeit.de/politik/deutschland/2021-09/boris-palmer-ermittlungsverfahren-eingestellt-dennis-aogo-rassismus-sprache-tuebingen?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F)

9 So die Formulierung der im Vorfeld veröffentlichten Stellungnahme des AStA, siehe <https://asta-frankfurt.de/2023-04/gegenkonferenz-migration-entkriminalisieren-pluralitaet-leben>

## **Offener Brief einiger wissenschaftlicher Mitarbeiter\*innen zur Veranstaltung**

### **»Migration steuern, Pluralität gestalten«, organisiert vom Frankfurter Forschungszentrum Globaler Islam**

**Liebe Studierende, liebe Kolleg\*innen,**

am Freitag, den 28. April findet an der Goethe-Universität eine Veranstaltung statt, die mehreren Personen des öffentlichen Lebens, die sich in den letzten Jahren auf zahlreichen Kommunikationswegen rechtsoffen und explizit rassistisch geäußert haben, eine Plattform bietet. Die Veranstaltung wird federführend von Prof. Dr. Susanne Schröter, Direktorin des Frankfurter Forschungszentrums Globaler Islam (FFGI), organisiert, dessen einseitige Betrachtung des Islams und der Migration rassistische und islamfeindliche Bilder und Stereotype reproduziert. Dies wurde in der Vergangenheit bereits mehrfach anlässlich ähnlicher Veranstaltungen des FFGI kritisiert (siehe hierzu exemplarisch den Artikel von Katharina Hoppe et al. 'Worüber wir reden, wenn wir nicht mit jemanden reden wollen', der einen Überblick über damalige Kritikpunkte und Problematiken gibt, die für die heutige Diskussion noch immer relevant sind; der Text ist im Journal for Critical Migration and Border Regime Studies erschienen). Wir möchten Euch mit diesem offenen Brief mitteilen, dass wir weder jetzt noch zukünftig hinter der in diesem Kontext offen dargestellten gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit stehen. Wir verstehen die Universität als einen Raum, deren Mitglieder eine besondere Verantwortung bezüglich des Schutzes von (mehrfach) marginalisierten Menschen und Menschengruppen haben. Dieser Aufgabe wird die Universität nicht gerecht, indem sie diese Veranstaltung ausrichtet. Auch wir als lehrende und forschende Mitarbeiter\*innen der Fachbereiche 03 und 08 können den am 28. April eröffneten und im Zweifelsfall durch Polizeischutz protegierten Diskussionsraum nicht verhindern. Gerade an einer Universität mit einem kritischen Selbstverständnis, die dieses gerne öffentlichkeitswirksam so kommuniziert, sowie im Kontext erstarkender faschistischer, rassistischer, transfeindlicher sowie antisemitischer politischer Strömungen und Kräfte in der Gesellschaft lässt sich dies nicht ohne Widerspruch ertragen. Unseren Widerspruch gegen die Veranstaltung und das dort offen zur Schau getragene rechtsoffene und rassistische Weltbild möchten wir in diesem Brief öffentlich bekunden.

Wir möchten Euch, liebe Studierende, zusichern, dass wir im Rahmen der von uns durchgeführten und organisierten (Lehr-)Veranstaltungen diskriminierungskritische und -bewusste Räume schaffen möchten, in denen jede Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit keinen Platz hat.

Wir verstehen es als unsere gemeinschaftliche Aufgabe, aus der Universität einen Ort zu machen, an dem nicht nur ein ernsthaft pluraler Diskurs stattfinden kann, sondern an dem alle und insbesondere (mehrfach) marginalisierte Menschen und Menschengruppen sicher teilhaben können und sich respektiert fühlen. Das heißt: Solidarische Räume zu gestalten, in denen nicht unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit Hass und Hetze verbreitet wird.

**Lasst uns daran gemeinsam arbeiten!**

Mit vielen Grüßen,  
einige wissenschaftliche Mitarbeiter\*innen

Frankfurt, den 26.04.20

# Beiträge der AStA-Gegenkonferenz

## Überlegungen zur gegenwärtigen Konjunktur des Rassismus in Deutschland<sup>1</sup>

Ich möchte in den folgenden Minuten einige Überlegungen zur gegenwärtigen Konjunktur des Rassismus in Deutschland entwickeln, die ich aus einer anti-rassistischen und unverkennbar einer theoretischen Position oder Situierung formuliere. Nun kennen wir alle möglichen Formen von Rassismus aus der Geschichte und Gegenwart, und wir könnten versucht sein, den Rassismus darüber zu bestimmen, wen er unterdrückt. Dies kennen wir auch aus der Diskussion um Rassismus heutzutage: So ist von Antiziganismus, von antimuslimischem Rassismus, Islamophobie und anti-schwarzem Rassismus ebenso die Rede wie von Antimigrantismus. Bereits ein flüchtiger Blick auf die ‚klassischen‘ Rassentheorien zeigt allerdings, dass es nicht bloß darum geht, eine Gruppe einer anderen über- oder unterzuordnen, sondern eine Aufteilung der gesamten Welt in ‚Rassen‘ oder ‚Kulturkreise‘ vorzunehmen. Nicht nur in den Klassifikationen sind rassistische Zuschreibungen miteinander verbunden. Die Gruppen, die der Rassismus unterdrückt und hierarchisiert, gibt es nicht. Hier liegt also eine fiktive Tätigkeit im aktiven Wortsinn vor, eine Erfindung und permanente Wiedererkennung von Rassen und einander ausschließender Kulturen etc. Dies ist auch in Bezug auf unsere Unterscheidung zwischen verschiedenen Formen des Rassismus zu berücksichtigen. Wir dürfen nicht der Gefahr erliegen, die Kategorien des Rassismus in ihrer verkennenden und zugleich erklärenden Funktion zu übernehmen oder bloß kritisch in der Wortwahl abzuwandeln, sondern müssen die Welt anders erklären.

Um die Spezifität des Rassismus heute anders bestimmen zu können, müssen wir uns zunächst allerdings fragen, was Rassismus als Abstraktion bedeuten kann, die wir konstruieren, um die vielfältigen Spezifika verschiedener Rassismen differenzieren zu können.<sup>2</sup> Eine solche Bestimmung von Rassismus im Allgemeinen wird also eher dürftig sein. Sie erledigt noch nicht, was zu tun und zu wissen

ist, stellt aber eine notwendige theoretische Aufgabe dafür dar, um diese Art von Wissen zu produzieren. Was ließe sich versuchsweise für den Rassismus auf dieser Ebene sagen?

Ich würde in aller Kürze für diesen Vortrag vorschlagen: Erstens ist Rassismus ein gesellschaftliches Verhältnis der Herrschaft und mithin eine Form der Ausübung und Legitimierung von Gewalt. Es hilft aber nicht viel, darüber bloß moralisierend zu sprechen, wenn wir verstehen wollen, wie dieses gesellschaftliche Verhältnis funktioniert und was gegen es getan wurde und getan werden kann. Rassismus ist zweitens eine Denkweise, die Reales und Imaginäres vermischt, um daraus Ordnungen anzufertigen, Hierarchisierungen und Trennungen zu behaupten. Was alle Spielarten von Rassismus zu verbinden scheint, ist eine Vorstellung davon, dass Heterogenität entweder der Assimilation oder Integration unterworfen werden müsste, oder aber, dass Heterogenität im Sinne einer Vorstellung von Reinheit nur in Trennung gedacht werden kann. Darüber hinaus gibt es nie nur ein vorgestelltes Anderes, sondern dieses wird auch immer mindestens subtil als minderwertig zu einem ‚Wir‘ gedacht. Die vorgestellten Gemeinschaften, ob als ‚Rassen‘, als ‚Kulturen‘ oder als ‚Ethnien‘, werden in Prozessen konstruiert, in Produktionen von Differenzlinien, zwischen Selbst und Anderen, zwischen dem Eigenen und dem Fremden. Ein solches Ziehen von Differenzlinien ist aber kein Phänomen eines rein individuellen Denkens oder überhaupt eines des Bewusstseins, sondern eines der Verknüpfung, die sich in gesellschaftlichen Praxisformen vollzieht und hierin ausgearbeitet wird. Was genau darin verkannt wird, ist natürlich immer das Selbst und das Andere, aber damit verknüpft genau die konkreten Situationen und natürlich-sozialen Verhältnisse in ihrer Vielgestalt. Es handelt sich um alltägliche Praxisformen und institutionelle Rituale, durch die ‚wir‘ uns als etwas begreifen und erleben lernen, das

sich genau über diese Differenz in der Welt situiert. Was kennzeichnet nun eine rassistische Denkweise und Institution für eine Vorstellung von ‚uns‘ und ‚denen‘?

Für die verschiedensten Rassismen spielt die Vorstellung von Vererbung eine zentrale Rolle. Das Ideologische am Rassismus ist die Ausarbeitung eines Schemas der Genealogie zwischen der eigenen Herkunft oder den eigenen Vorfahren und mithin einer eigenen durch die Geschichte transzendent gegebenen Gemeinschaft und dem ‚Wir‘ in der Gegenwart. Zugleich ist das ein Schema der Genealogie der ‚Anderen‘, bis zu seinem Ausbuchstabieren in vermeintlichem Wissen über die Verschiedenheit von ‚Rassen‘ oder auch über verschiedene ‚Ethnien‘ und ‚Kulturen‘. Rassismus basiert auf in Institutionen und Praktiken gelebten Vorstellungen, wonach das, was wir Identität nennen könnten, symbolisch vererbt wird, also ‚daß die Verkettung der Individuen dazu führt, daß jede Generation der anderen eine biologische und geistige Substanz übermittelt und sie gleichzeitig in eine zeitliche Gemeinschaft stellt, die man ‚Verwandtschaft‘ nennt.‘<sup>3</sup> Hier liegt im Übrigen auch die strukturelle Grundlage für seine Verknüpfung mit den patriarchalischen Geschlechterverhältnissen, die das generative Verhalten regulieren. Solche Gemeinschaftsbildungen kennen wir als in den nationalen Gemeinschaften mindestens angelegte Formen, aber auch als über die Nation hinausweisende Fantasien einer ursprünglichen Reinheit einer wahren oder ideellen Nation, die sich etwa in der Erfindung einer ‚weißen Rasse‘ oder einer ‚abendländischen Zivilisation‘ historisch folgenreich niedergeschlagen hat. Diese Art der ideologischen Rassenkonstruktion vollzieht sich in unseren Gesellschaften in elementaren Formen der Welterklärung, also der Erklärung der eigenen Position in der Welt. In diesem Sinne ist Rassismus eine Form der Herrschaft auch für jene, die sich ihm entsprechend organisieren. Er ist eine

autoritäre Kollektivbildung. Autoritäre Kollektivbildungen bannen die Einzelne; wenn sie sich der zugeschriebenen Bindung über das genealogische Schema zu entwinden versucht, wird sie zur Verräterin erklärt – man denke nur an die Figur des „Vaterlandsverrätters“. Zugleich suggerieren autoritäre Kollektivbildungen Handlungsfähigkeit. Die sich mittels rassistischer Kriterien organisierenden und identifizierenden Subjekte sagen ‚wir‘ und wissen wer gemeint ist und wer nicht. Das bedeutet aber keine befreiende Ermächtigung, sondern eine Gängelung und Vereinheitlichung für jene, die dem Rassismus folgen. Sie kämpfen nicht selten, um es mit Spinoza zu sagen, für ihre Unterwerfung, als wäre es für ihr Heil.

Schließlich lässt sich Rassismus auf diesen Thesen aufbauend als gesellschaftliches Verhältnis bestimmen, das intrinsisch mit anderen Formen der Herrschaft verbunden ist, insofern er als Weise auftritt, sie zu leben und zu erklären, ohne darin vollkommen aufzugehen. Mehr noch lässt sich so verhindern, die verschiedenen Rassismen an die vermeintlich reale Präsenz von sogenannten Fremden zu binden. Stattdessen kann so die ideologische Produktion und Reproduktion des Eigenen und des Fremden mittels genealogischer Schemata selbst untersucht werden. Auf diese Weise über Rassismus nachdenken, heißt dementsprechend auch, die ideologischen Konstruktionen, auf die sich rassistische Verhältnisse stützen, selbst als umkämpft zu betrachten. Die Trennung des Selbst von den Anderen erfolgt nicht automatisch. Das heißt, die Trennlinien werden immer wieder reproduziert, aber sie transformieren sich dabei unter der Einwirkung von Konflikten, Auseinandersetzungen und Kämpfen.

Ich sagte bereits, dass die Thesen zur allgemeinen Bestimmung des Rassismus dürftig sein werden. Dennoch lässt sich mit diesen Thesen nun der Spezifität des Rassismus anders nachgehen. Ihr jeweils Spezifisches lässt sich nicht aus einer Bestimmung des Rassismus als für sich stehender Formation ermessen, sondern aus seiner Wirksamkeit in den natürlich-sozialen Verhältnissen, aus seinen Relationen selbst. In welchen Figuren des Selbst und der Anderen verdichtet sich Rassismus als Form, die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zu leben und zu erklären? Wo liegen in einer bestimmten gesellschaftlichen Konjunktur Knotenpunkte seiner Reproduktion, die seine Macht in allen gesellschaftlichen Bereichen vom Heiratsverhalten und der Sexualpraxis über die Arbeitsverhältnisse und die Staatsbürger:innenschaft regulieren?<sup>4</sup> Zu welchen Entwicklungen trägt das bei und wie können wir darin eingreifen, um die Situation anders zu erklären und ein politisches Handeln zu ermöglichen? Mit der letzten Frage habe ich bereits die angesprochene theoretische und anti-rassistische Orientierung vom Beginn wieder aufgenommen. Eine Analyse der Konjunktur handelt nicht von

einer Vollständigkeit der Erfassung, sondern entspricht immer auch einem Denken in der Konjunktur selbst, in der diejenigen, die das analysieren und äußern, eine Kraft unter Kräften darstellen. Ein solcher Versuch eines Denkens der gegenwärtigen Konjunktur wird von mir an dieser Stelle zunächst nur über ein allgegenwärtiges Wort vollzogen, jenes der Krise. Schnell deutlich wird: Die Frage danach, in welcher Krise wir leben, kennt immer bereits Antworten. Es reicht, sich das Wort Flüchtlingskrise in Erinnerung zu rufen, das in den letzten Jahren kaum zu überhören war. Sogleich fällt auf, dass die Ausdrücke, die das Ereignis bloß zu benennen scheinen, der herrschende der ‚Flüchtlingskrise‘ wie auch die linken Formeln eines ‚Sommers der Migration‘ oder einer ‚Krise des europäischen Grenzregimes‘, in ihren Verwendungen einen jeweils anderen Sinn der Geschehnisse produzieren. Wenn der Sinn des Ereignisses als ‚Flüchtlingskrise‘ evident ist, können die Verschärfungen des europäischen Grenzregimes als notwendige Reaktionen auf dieses Ereignis inszeniert werden und Rassismus kann zu einem natürlichen Faktor oder einer verständlichen Reaktion erklärt werden. Wo sich ein gegenläufiger Sinn des Ereignisses durchsetzen kann, verfangen die rassistischen Erklärungen und behaupteten Notwendigkeiten weniger leicht. So ließe sich an die sogenannte Willkommenskultur erinnern, die im Spannungsfeld zwischen Praktiken der Solidarisierung und der karitativen Hilfe eine andere Reaktion auf die Migrationsbewegungen darstellte.

Welche unterschiedlichen Ursachen alle im Sommer 2015 kulminiert sein mögen, diese Verknüpfung von Ursachen übersteigt jegliche lineare Kausalität: Von der jährlich größer werdenden Menge jener, die sich im Kalkül auf ein besseres Leben ihrer Situation in vielen Fällen des Elends, der Armut und des (Bürger-)Kriegs, aber auch der gescheiterten Befreiung, der enttäuschten Hoffnung entzogen, über die andauernden Kämpfe entlang der verschiedenen europäischen Grenzen, bis zum Kampf um die Unterwerfung Griechenlands unter die Troika, der in diesem Sommer einen Höhepunkt erlebte, und darüber hinaus... Fest steht, dass inmitten dieses Gewebes von Auseinandersetzungen die Öffnung der Balkanroute stand und auf der juristischen Ebene die temporäre Aussetzung des Dublin-Abkommens (das bereits 2011 für Griechenland ausgesetzt wurde), dass also die Kräfteverhältnisse entgegen einer jeden Fiktion eines transzendenten Rechts eine Öffnung in die europäischen Herrschaftsverhältnisse rissen. In bestimmten Tendenzen der Willkommenskultur formte sich in Umrissen eine Erzeugung von Gleichheit, ein Aktiv-Werden einiger Bürger\*innen, indem partiell greifbar wurde oder hätte werden können, dass die Bevölkerungen Europas selbst keine aktiven Bürger\*innen sein können, wenn es die vermeintlich Anderen, die stärker Entrechteten, die Weggesperrten, die

Verdammten nicht sind. Es kann hier nicht darum gehen, diese Tendenz zu romantisieren, sie war sicherlich auf allen Seiten zunächst die untergeordnete. Aber sie markierte dennoch gegenüber der Politik des unterordnenden Einschlusses seitens der administrativen staatlichen Logik unter dem Imperativ der Integration in den Arbeitsmarkt die Spur einer Politik der Freundschaft und damit flüchtige Momente anderer Ordnung. Diese übersetzten sich allerdings kaum in eine Politik der Gleichheitserzeugung, in eine Benennung und Markierung eines beginnenden und fortgesetzten Kampfes.

Zugleich bildeten diese Geschehnisse den Einsatzpunkt herrschaftlicher Logiken, wie sie sich ab Herbst 2015 insbesondere in den bereits seit den Entwicklungen der europäischen Wirtschaftskrise verstärkt parteiförmig organisierten und im Aufwind wägnenden politischen Rechten darstellten. Die Ereignisse des Sommers wurden in dieser Intervention diskursiv umzuwenden versucht, und einer der Hauptakteure hierin war die Bezeichnung „Flüchtlingskrise“. Insofern diese politische Intervention von rechts an zentrale Elemente der bestehenden konservativen Hegemonie anknüpfte, wie an vorkonstruierte Vorstellungen eines ethnisch fixen nationalen „Wir“, sprangen einige Elemente und Kräfte im Block an der Macht auf diese Inszenierung der „Flüchtlingskrise“ an, wenn sie sie nicht von vorneherein selbst forcierten. In der Folge wurde das Asylgesetz weiter ausgehöhlt, die AfD setzte ihren Einzug und die Festigung ihrer Position in den Landtagen fort, 2017 wurde sie in den Bundestag gewählt. Die Sicherung der Grenzen und die Kontrolle der Migration wurde verschärft, das Regime der Lager ausgebaut. Im Paktieren mit faschistischen Kräften hat die europäische Migrationspolitik ihre Krise im weiteren Errichten von Mauern und in Fantasien der Abschottung zu bewältigen versucht. Dennoch nehmen die rassistischen Warnungen vor einer „Überfremdung“, was immer das sein soll, kein Ende. Im Gegenteil, sie scheinen sogar lauter geworden zu sein. Im Zuge der Pandemie wurde zwar die Abschiebepolitik zeitweise ausgesetzt, die Situation in den Sammelunterkünften und Lagern aber nun umso mehr als vermeintlicher Sachzwang inszeniert. Dies alles macht bereits deutlich, dass die Verstärkung des Rassismus, seine Manifestation in Parteien, die Zunahme rassistischer Gewalttaten nicht schlicht als Erscheinungsform einer anderen Krise gedacht werden können. Umso wichtiger ist aber, zu erkennen, dass „Migrant\*in“, „Migrationshintergrund“ und „Flüchtling“ gegenwärtig die Rolle wichtiger ideologischer Rassenkonstruktionen spielen. Folgt man den Wirkungen dieser, stößt man nie auf die eine fixierbare Differenzlinie, sondern auf die Ambiguitäten rassistischer Denkweisen, also ihrer Verknüpfungen von Wörtern und Bildern. So treten diese ideologischen Rassenkonstruktionen in grundlegenden

»Die Spezifität der gegenwärtigen Konjunktur des Rassismus zeigt sich insbesondere im Verhältnis zu bereits bestehenden staatlichen Mechanismen, die die ideologische Trennung des Selbst und der Anderen und damit verbunden eine Entrechtung sowie Unterordnung der Stigmatisierten (re)produzieren.«

Klassifizierungen von der staatlichen Statistik bis zum Alltagsleben auf und bilden den Untergrund rassistischer Stigmatisierung, Entwürdigung und Gewalt. Als medial und diskursiv zirkulierende Bilder wiederum weisen sie allen einen „imaginären Platz“ zu, der vorgibt, wie sich zu verhalten sei. Derart wird „der Illusion eine praktische Existenz [verliehen], dass es ein auf der Ähnlichkeit seiner Mitglieder gegründetes Kollektiv gibt“.<sup>5</sup> Es ist nur eine vermeintliche Paradoxie, dass diese Logik kein Ende kennt, sich im Gegenteil dort fortsetzt, wo die Ähnlichkeit in der Sprache, in den Verhaltensweisen besteht und nun nach den immer kleiner werdenden Differenzen gefahndet wird in Auftreten, Sprechweisen, Namen etc., um den Differenzen eine Bedeutung zuzuschreiben, sie zu fixieren und zu hierarchisieren.

Die Spezifität der gegenwärtigen Konjunktur des Rassismus zeigt sich insbesondere im Verhältnis zu bereits bestehenden staatlichen Mechanismen, die die ideologische Trennung des Selbst und der Anderen und damit verbunden eine Entrechtung sowie Unterordnung der Stigmatisierten (re)produzieren. Zugleich als staatlicher Imperativ wie als Konsensformel fungiert hierbei spätestens seit den 1990er Jahren die von mir schon erwähnte „Integration“. Das Regime der Integration desartikuliert die historisch in den Kämpfen der Migration erhobenen kollektiven Forderungen nach gleichen politischen und sozialen Rechten und reartikuliert sie als individuelle Anpassungsleistungen und Fragen der Qualifikation.<sup>6</sup> Es verspricht individuellen Erfolg und sozialen Aufstieg in Form der Vereinzelung. Dabei aktualisiert es eine Trennlinie, die darauf zielt, das fingierte nationale Selbst zu befestigen, weil es als Maßstab der Integration ausgegeben wird, zu der alle ‚Anderen‘ in Abstufungen ins

Verhältnis gesetzt werden (von ‚gut integriert‘ bis ‚nicht integriert‘). Hier haben wir auch ein Scharnier, wenn man so will, entlang dessen sich ein Sprechen über die vermeintlichen Mängel von Integration immer wieder rassistisch artikuliert, wie einige derer exemplifizieren, die heute auf dem Campus eine Bühne bekommen.

Die Rechte in ihren verschiedenen Strömungen knüpft nämlich an das Integrationsregime in ihren Versuchen an, die in der Bundesrepublik ungebrochen herrschende Vorstellung einer ‚deutschen Identität‘ aufzugreifen, sie aber als angegriffen und ‚unterwandert‘ darzustellen. Basierend auf der Aufrechterhaltung der Trennlinien des Integrationsregimes wird nicht mehr bloß der Imperativ der Integration formuliert, sondern die Unmöglichkeit einer solchen behauptet. Die diskursiven Figuren des ‚nicht Integrierten‘ und des ‚gut Integrierten‘ wie die institutionellen Mechanismen der Trennung und Unterordnung werden aufgegriffen, um nun die aktuellen Migrationsbewegungen sowie auch die Politik der Integration als Zumutung für diejenigen zu beschreiben, die als ‚Deutsche‘ angerufen werden. Als diskursive Figur wird dabei das Verhältnis zur Migration nicht zu einer Frage der Demokratie, sondern zu einer Bedrohung, zu einem Gespenst stilisiert. Von dem geschaffenen Konsens, der bis weit in die politische Mitte der Grünen und der SPD hineinreicht, 2015 dürfe sich nicht wiederholen, ist es nur ein kleiner Schritt zur Mahnung, Migration sei die Mutter aller Probleme. Und die rechten Versuche seit der Kölner Silvesternacht 2015/16 bis zur letzten Silvesternacht, lokale Auseinandersetzungen zu einer nationalen Bedrohung hochzustilisieren und damit rassistisch zu verbrämen, bezeugen dies. Hauptrollen spielen dabei immer wieder kulturelle und religiöse

Praktiken (insbesondere des Islams), die genealogisch fixiert werden, um die Differenzen zu dämonisieren und monströse Körper zu fingieren. Zugleich wird behauptet, es gebe zwar keine Rassen, aber man dürfe keine Sorge und Angst wachsen lassen und müsse die ethnischen Beziehungen kontrollieren, um dem rassistischen Verhalten keine Nahrung zu geben. Hier werden die Migrationsprozesse und eine vermeintliche Vermischung zur Ursache des Rassismus gemacht, anstatt die vermeintliche Reinheit und Existenz unterschiedlicher Ethnien und fixer Kulturen etc. in Frage zu stellen. So wird zwar nicht unbedingt direkt die Existenz von Rassen, aber doch das rassistische Verhalten als ein natürlicher, und das soll heißen unveränderlicher, Faktor proklamiert. Kurzum, wir befinden uns mitten in rassistischen Welterklärungen. Dieser Wissensproduktion wird in einer Konferenz, wie sie hier stattfindet, weiter Vorschub geleistet, indem Formeln ausgearbeitet werden, um dem bedrohlichen Gespenst von Flucht und Migration weitere Konturen zu verleihen: Sei es in der Spekulation über Kriminalität, sei es in Obsessionen mit dem generativen Verhalten und der Familienstrukturen „im Islam“, sei es in der Differenzierung zwischen Gut-Integrierten und Schlecht-Integrierten...

Dagegen bleibt es wichtig festzuhalten, und damit komme ich zum Schluss, dass der Kampf gegen diesen Rassismus keineswegs besiegt ist. Man denke etwa an die Seenotrettung, die sich trotz zunehmender Kriminalisierung weiterhin zu organisieren versucht ebenso wie an die Aktivitäten des Kampfes gegen die Grenzregime bis in die europäischen Metropolen hinein. Geht man von einem weiteren Blick aus, unter welchem es genau das nicht gibt, was die staatliche Kontrolle der Migrationsbewegungen zu behaupten

hat, nämlich einen abgezielten geheiligten Bereich des Inneren und ein Außen der Gefahr, dann sind auch weitere politische Kämpfe in diesen Zusammenhang zu stellen – wie etwa die großen Aufstände und Demonstrationen unter dem Namen „Black Lives Matter“. Diese haben in den USA, wie es scheint, die Kräfteverhältnisse derart verschoben, dass sich hier eine Bewegung ihrer liberalen Rekuperation und Befriedung verstärkt hat, die teilweise Kompromisse nach sich zog. Wenn auch in ungleich kleinerem Maße, haben diese Aufstände in der Bundesrepublik eine Resonanz erfahren. Hier gab es, zunächst genährt von den Bildern der rassistischen Polizeigewalt, große Demonstrationen, in einigen Städten haben sich neue „Black Lives Matter“-Gruppen gegründet oder sich mit den bereits als Reaktion auf den Anschlag in Hanau am 19.02.2020 gegründeten Zusammenhängen und Gruppen wie auch bereits lange bestehenden Kräften und Organisationen verbunden. Die Amalgamierung mit der Reaktion auf Hanau scheint besonderer Betrachtung wert. Hanau markiert einen weiteren Punkt in der nicht enden wollenden Reihe rechter Gewalttaten, von den Anschlügen und Morden seit den 1980ern, den Pogromstimmungen der 1990er, der Mordserie des NSU, rassistischen Gewalttaten der Polizei und der Zunahme von Angriffen etwa auf Unterkünfte von Geflüchteten und vielen weiteren Taten, Drohungen und Mobbildungen, die sich alleine in den Jahren 2018/19 noch einmal häuften. Aber die Reaktion auf Hanau schien über die Apathie gegenüber der Spirale rechter Gewalt und der Rituale ihrer Verharmlosung hinauszuweisen: Vermehrt wird seitdem zumindest phasenweise von Rassismus gesprochen, Verharmlosungen und Verzerrungen wie Fremdenfeindlichkeit als Wörter zurückgedrängt. Darin wurde

ein gesellschaftlicher Interventionsraum geöffnet, der dann mit der Resonanz auf die „Black Lives Matter“-Proteste amalgamierte, sodass ein weiteres Sprechen über Rassismus in der Luft lag. Für die Bundesrepublik lässt sich sicherlich nicht von einem Aufstand sprechen, aber zumindest von Momenten kollektiver Handlungsmacht. Die repressive Gewalt des Staates in der Polizei gelangte dabei in einen besonderen Fokus der Kritik und zog sich nicht zuletzt auch in Verbindung mit der Skandalisierung der allzu alltäglichen Polizeigewalt gegenüber sich in der Pandemie versammelnden Jugendlichen etc. über den Sommer 2020. Andere Perspektiven des Zusammenlebens konnten aber von Seiten der sich gegen den Rassismus Organisierenden noch kaum hörbar gemacht werden. Zwar ging es viel um Fragen gesellschaftlicher Repräsentation, zu selten jedoch verbanden sie sich wirkmächtig mit einer Forderung nach einer Umgestaltung der jeweils angesprochenen Institutionen im Sinne einer Teilhabe der breiten Massen, im Sinne einer wirklichen Demokratisierung, deren Gradmesser nicht zuletzt das Verhältnis zur Migration wäre. Wenn das Wort Rassismus in den weniger rechten Flügeln der Parteien bis hin zur CDU auch mittlerweile als Echo auf die gerade eben beschriebene Dynamik angekommen scheint, so findet auf dieser Ebene doch eine Verengung und Pazifizierung des Rassismusverständnisses statt. Denn hier kommen Aspekte des Rassismus, die sich nur sekundär in Diskriminierungspraktiken zeigen, kaum in den Blick, oder sie werden lediglich als Benachteiligungen bestimmter über „Identität“ konzipierter Gruppen verhandelt. So wird die bestehende Gesellschaft, ob gewollt oder nicht, als unvollkommene Verwirklichung von Gleichheit, Freiheit, Demokratie etc. affirmiert. Lediglich die Rückstände, die sich in Diskriminierungen zeigen, seien noch zu überwinden. Um den gegenwärtigen Formen des Rassismus etwas Wirksames entgegenzusetzen, ist meines Erachtens an einer radikaleren Perspektive anzusetzen. Kurzum daran, dass Rassismuskritik grundsätzlich Gesellschaftskritik heißen sollte. Denn um jene Kräfte wirksam zurückdrängen zu können, die die bestehende Gesellschaft bestimmen und entlang ihrer Vorstellungen eines „Wir“ modellieren und integrieren wollen, gilt es, über die mächtigen ideologischen Rassenkonstruktionen hinweg praktische Alternativen zum Unglück der Integration in diese Gesellschaft zu entwickeln. Es ist hingegen ein Glück, dass einige das bereits tagtäglich versuchen! Wie diese Tendenzen in der gegenwärtigen Konjunktur zu stärken und auszubauen sind, kann die Theorie wohl kaum und erst recht nicht ein solcher Vortrag eines Einzelnen beantworten. Dazu bedarf es der kollektiven Anstrengung, der gemeinsamen Diskussion und Untersuchung.

1 Vortrag gehalten am 28.04.2023 auf der Gegenkonferenz des ASTA Universität Frankfurt am Main. Das Vortragsmanuskript wird hier, lediglich um einige Literaturhinweise ergänzt, wiedergegeben.

2 Für ein solches Verständnis von allgemeiner Bestimmung und besonderen Rassismen vgl. Stuart Hall: »Rasse«, Artikulation und Gesellschaften mit struktureller Dominanz. In: Ders.: Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2. 7. Aufl., Hamburg 2017, S. 89–136, insb. S. 127ff.

3 Étienne Balibar: Die Nation-Form. Geschichte und Ideologie. In: Ders. / Immanuel Wallerstein: Rasse Klasse Nation. Ambivalente Identitäten. Berlin / Hamburg 1990, S. 107–130, hier: S. 123.

4 Vgl. dazu und zum Folgenden Ivo Eichhorn: Einführung: Michel Pêcheux und die gegenwärtige Konjunktur des Rassismus in Deutschland. In: Michel Pêcheux: Ideologie und Diskurs. Aufsätze, hrsg. v. Ivo Eichhorn. Wien 2019, S. 7–38.

5 Étienne Balibar: Rassismus und Krise. In: Ders. / Immanuel Wallerstein: Rasse Klasse Nation. Ambivalente Identitäten. Berlin / Hamburg 1990, S. 261–272, hier: S. 266.

6 Vgl. zum Dispositiv der Integration als Rekuperation von Kämpfen der Migration Manuela Bojadžijev: Die windige Internationale. Rassismus und Kämpfe der Migration. Münster 2008.

## Deutschland im Krisenmodus - Verlust von Staatsangehörigkeit aufgrund terroristischer Kampfhandlungen

In der durch das Änderungsgesetz vom 4. August 2019 in Kraft getretenen neuen Fassung des § 28 StAG in Absatz 1 Nr. 2 heißt es:

„(1) Ein Deutscher, der

1. [...]

2. sich an Kampfhandlungen einer terroristischen Vereinigung im Ausland konkret beteiligt,

verliert die deutsche Staatsangehörigkeit, es sei denn, er würde sonst staatenlos.“

Die Sanktionierung von strafbarem Verhalten mit dem Verlust von Staatsangehörigkeit, wie es das Gesetz vorsieht, stellt eine Zäsur für das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht dar. Durch die reine Adressierung von Mehrstaaten (meist ius-soli-Deutschen) droht die Schaffung einer Zweiklassenstaatsangehörigkeit. So wird eine wesentliche Funktion von Staatsangehörigkeit, die Herstellung eines formal gleichen Status aller Bürger\*innen in Deutschland, gefährdet. Wie das berühmte Zitat von *Hannah Arendt* über die Staatsangehörigkeit als das „Recht, Rechte zu haben“ verdeutlicht, geht für das Individuum mit dem Verlust von Staatsangehörigkeit auch der Verlust seiner Rechte und Pflichten gegenüber dem Heimatstaat einher. Der Staat, dem seine Staatsangehörigen zugeordnet werden, gibt durch die Ausbürgerung die Verantwortung für seine Bürger\*innen ab. Unter anderem diese Fragen adressiert das Dissertationsprojekt, welches Gegenstand des Vortrags bei der Gegenkonferenz „Migration entkriminalisieren, Pluralität leben“ war.

Maria Gerdes

## Essay zur Dekolonisierung der Migration

„Obwohl mittlerweile allgemein anerkannt ist, dass Migration eine ebenso lange Geschichte hat wie die Menschheit selbst und daher ein wichtiger Teil der allgemeinen Gesellschaftsgeschichte ist, erscheint es interessant, dass gerade diesem Aspekt im kollektiven Gedächtnis, in der Erinnerungskultur der europäischen Gesellschaft, nur wenig Platz eingeräumt wird. Migration als ein Faktum der eigenen Familiengeschichte wird vielfach ebenso verdrängt wie Migration als Teil der je eigenen ethnischen, regionalen, kulturellen, nationalen und / oder religiösen Geschichte. Sesshaftigkeit wird dabei stets als das Normale und Migration als die Ausnahme angesehen“  
(Hahn 2012, 9).

Dieser Essay ist das Ergebnis und die Empörung über den anhaltenden Mangel an solidarischer Positionierung innerhalb der Akademie, in diesem Fall für die Migration, für die Migrierten, aber auch für die migrantisierte Gesellschaft. Positiv ist, dass es viele junge Menschen gibt, die an einen Wandel glauben und sich dafür einsetzen<sup>1</sup>.

Erstens muss in diesem Text betont werden, dass die Dekolonisierung der Migration die Dekolonisierung des Wissens bedeutet. Zweitens ist eine dekoloniale Praxis und Theorie nicht von den gelebten Realitäten zu trennen. Drittens kritisiert die Verfasserin die eurozentrische Perspektive und das Verständnis von Migration, nicht um sich dagegen zu immunisieren, sondern um gegen die Vereinnahmung zu protestieren, die eine radikale Forderung ist, in der die Akademie sie entleert und die Erfahrungen relativiert. Migration wird hier in Deutschland und in der ganzen Welt auf einer rassistischen, patriarchalen, eurozentrischen Grundlage legalisiert und normalisiert. Es geht immer um das „Recht zu sprechen“, aber auch um das „Recht gehört zu werden“, als Mensch und als wissendes Subjekt. Hierzu erfahren (wir<sup>2</sup>) überall einen Entwertung und nicht als kompetent anerkannt zu werden. Eine solche Veranstaltung<sup>3</sup> repräsentiert den (un)bewussten Versuch in der Akademie die rassistische patriarchalische weiße Struktur und die eurozentrische Wissensproduktion aufrechtzuerhalten. Dabei ist immer zwischen aktiven und passiven Positionen zu unterscheiden. In der Akademie wird noch immer allergisch reagiert, wenn Betroffene auf die ungleichen Machtverhältnisse hinweisen, die sich aus der rassistischen Hierarchisierung der Gesellschaft ergeben. Einige beharren (un)bewusst auf ihrer rassistischen Positionierung, andere neigen dazu, sie nicht anzuerkennen, und eine dritte Gruppe bleibt passiv. Manchmal fragt sich die Verfasserin, ob diese Passivität auf eine andere Art von Barriere zurückzuführen ist, aber Wissen und Positionen bleiben in einem eurozentrischen Container. Wenn Menschen kaum Zugang zu Ressourcen haben, kaum gehört werden und aufgrund ihrer Biographien und ihres Wissens ständig aussortiert werden, wie können wir dann von Veränderung oder „Freiheit“ in der Wissenschaft sprechen? Migration zu dekolonisieren bedeutet in diesem Sinne, Wissen, Macht und Sein zu dekolonisieren.

Ein Verständnis von Migration, das glauben lässt, dass es eine reine rechtliche Gleichheit gibt, dass Migration immer an eine bestimmte Bedingung geknüpft ist, denn im Widerspruch dazu können sich einige mobilisieren, wenn diese Bedingung erfüllt ist (z.B. Krieg). Im Beitrag der Verfasserin vom 28. April 2023 auf der Gegenkonferenz geht es um eine radikale Forderung, es geht um die Dekolonisierung der Migration.

Welche Bedeutung wurden folgende Instrumente in der „Regulierung der Migration“ zugeschrieben?

- ▶ Pass
- ▶ Visum
- ▶ Status
- ▶ Staatsbürgerschaft

Verschiedene Aspekte werden häufig aus einer eurozentrischen Perspektive diskutiert und koloniale Kontinuitäten wie rassistische Hierarchisierungen relativiert oder außer Diskussion gestellt.

Um die vermeintliche *racial* Gleichheit, die in der Migrationspolitik gesetzlich verankert ist, zu entlarven, ist ein genauerer Blick auf die Geschichte und die kolonialen Kontinuitäten notwendig.

Dekoloniale Erkenntnistheorien und einige kritische Theorien, die seit den 1990er Jahren den Blickwinkel auf die Migration radikal veränderten, indem sie sich auf die Subjektivität von Migrant\*innen konzentrieren, anstatt Migration als „Phänomen“ zu betrachten. Das Spannungsverhältnis zwischen Freiheit und Kontrolle, Mobilität und Grenzen ist seit den Anfängen der kapitalistischen und kolonialen Moderne in den globalen Territorien präsent.

- ▶ Kategorien wie Intersektionalität und differentielle Inklusion,
- ▶ zeitgenössische Migrationspolitik,
- ▶ Konflikte und Erfahrungen von Grenzkämpfen,
- ▶ Gastarbeit,
- ▶ Postmigrantische Gesellschaften

### Racial Aphasie und die Genealogy der Racialized mobility

Laut Achiume (2022) konnte die Gesellschaft die fatale Wirkung von *race* nicht vergessen haben, es geht mehr um „[...] ein kalkuliertes Vergessen und die mangelnde Bereitschaft, sich mit der fortbestehenden und kolonialen Funktion von *race* in der Gesellschaft auseinanderzusetzen“ (ebd. 449).

Die Entstehung des Verständnisses von Migration und ihrer Regulierung ist eng mit der Kolonialzeit und dem Ende ihres politischen Regimes verbunden. „[...] from this history is that it is in this era of formal colonial empire that the racial operation and function of borders was perfected through facially *race-neutral* legal categories, doctrines, and policies— including citizenship, nationality, and even sovereignty doctrine—as it relates to the right to exclude non-nationals (ebd. 464).

Ein konkretes Beispiel war der britische Skandal im Jahr 2018, bei dem viele Menschen, die nach dem Zweiten Weltkrieg im Rahmen einer Arbeitsrekrutierung nach Großbritannien gekommen waren, abgeschoben wurden. Innerhalb des Commonwealth wurden keine zusätzlichen Dokumente von Großbritannien verlangt. Nach dem Ende dieses politischen Rahmens wurde der Verbleib dieser Menschen jedoch in Frage gestellt.

GROßBRITANNIEN

## Der Windrush-Skandal wirft Schatten auf die britische Einwanderungspolitik

Sie kamen aus den Kolonien und werden nun vor die Tür gesetzt: Eine Serie von Ausweisungen hat in Großbritannien für einen Aufschrei gesorgt. Die Regierung ist um Schadensbegrenzung bemüht. Von Samira Shackle, London.

<https://www.dw.com/de/der-windrush-skandal-wirft-schatten-auf-die-britische-einwanderungspolitik/a-43472142>

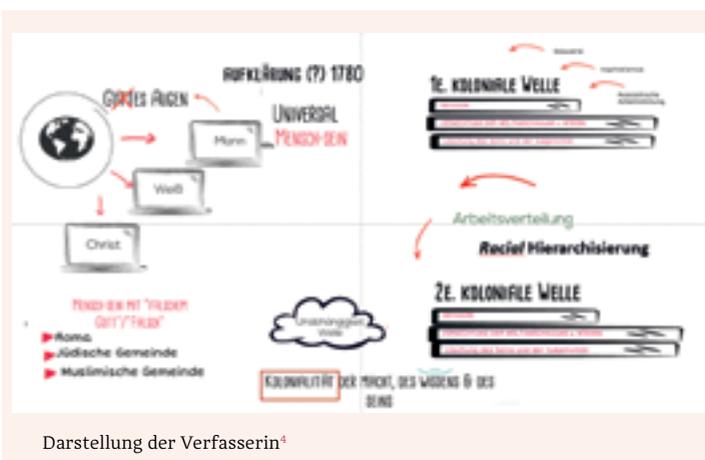
Darüber hinaus sind Pässe im Rahmen der „Migrationsregulierung“ einerseits ein Stück Papier, andererseits Instrumente zur Rassifizierung und Kriminalisierung von Menschen. „[...] border and migration governance regimes were mechanisms for enforcing racialized access to benefits of colonial exploitation and for the production of these benefits to a significant extent. These regimes were thus, to an important extent, functionally related to the ideologies, norms, and institutions of economic and political interconnection at the heart of empire (Achiume 2022, 463).

Was bedeutet in diesem Sinne *race* selbst als Grenze? Es geht um das Privileg, sich in der Welt nach Belieben zu bewegen, ein Privileg, das die rassistische Hierarchisierung der Kolonialzeit in der politischen Organisation der Gesellschaften prägte und unsichtbar machte. “[...] ‘racial borders’ to refer to territorial and political border regimes that disparately curtail movement (mobility) and political incorporation (membership) based on race and sustain international migration and mobility as racial privileges.

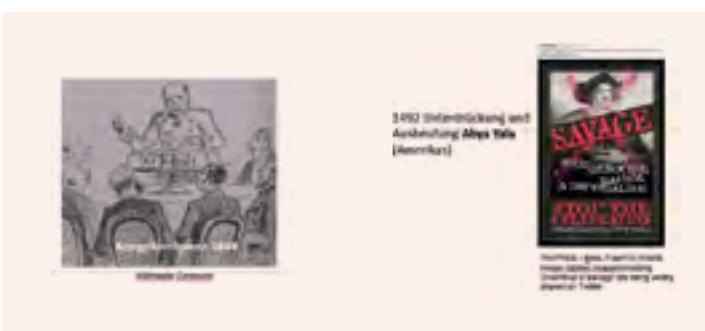
[...] today, whiteness confers privileges of international mobility and migration. And proximity to whiteness calibrates these privileges. This racial privilege inheres in the facially *race-neutral* legal categories and regimes of territorial and political borders (sovereignty, citizenship, nationality, passports, and visas). It also inheres in rules and practices of national membership and international mobility” (Achiume 2022, 449).

Diese Grenzen schließen strukturell aus und diskriminieren auf *racial* Basis, oft durch scheinbar *racial* neutrale Gesetze und Politiken (vgl. ebd.). Instrumente wie “push-back” werden häufig außerhalb der Europäischen Union eingesetzt, da solche Maßnahmen gegen den eigenen Menschenrechtskodex verstoßen und somit die Grenzen Europas weit über seine geographischen Grenzen hinaus ausgedehnt werden. „The European Union and European national coastguards themselves used to do the work of “pushing back” Migrants and refugees but had to outsource these activities to Libyans, presumably to avoid liability within the European human rights regional framework (ebd. 452). Diese Grenzen werden per Gesetz legitimiert und normalisiert (vgl. ebd. 453). Den Begriff „*race*“ wird verwendet, um die historisch bedingten sozialen Bedeutungssysteme zu bezeichnen, die mit Elementen der Morphologie und der Abstammung verbunden sind (vgl. ebd. 453). An den Grenzen vor der Kontrolle, auch bei der Ankunft am Flughafen, wissen die Menschen, wie sie behandelt werden, vielleicht können sie es nicht konkret benennen, aber sie wissen es. „It is centrally about the legal, social, political, and economic meaning of being categorized as Black, white, brown, or any other racial designation” (ebd. 453).

Whiteness, die rassistische Hierarchisierung der Gesellschaft sowie die hier diskutierten *racial borders* können nicht als rein räumliche oder geographische Konzepte verstanden werden, da die Kolonialisierung in den meisten Teilen der Welt stattfand und ihre Auswirkungen, also die koloniale Kontinuität, auch die Gesellschaften weltweit prägt.



Wie der kolumbianische Philosoph Santiago Castro-Gomez (2005) argumentiert, geht die cartesianische Philosophie von einer Epistemologie des Nullpunkts aus, d. h. von einer Sichtweise zum Imaginären, nach der Beobachter\*innen der sozialen Welt auf eine neutrale Beobachtungsplattform gestellt werden können, die wiederum von keinem Punkt aus beobachtet werden kann (vgl. ebd. 18). Die moderne Erkenntnistheorie, so Castro-Gomez (2005), wurde historisch auf der Annahme gegründet, dass sie aus einer Nullpunktbeobachtung gewonnen wird. Die Entstehung der modernen/kolonialen Welt ging im 16. Jahrhundert Hand in Hand mit der Theologie; der Blick Gottes galt als ultimative Garantie für Erkenntnis.



Eine starke Parallele in der Art und Weise, wie die Europäer ihr Handeln rechtfertigten, basierend auf Fortschrittsmythen und idealisierten und rassistischen Bildern dieser Bevölkerungen.

Die Bevölkerung Australiens, die seit Jahrtausenden in Ozeanien lebte, erlitt einen der größten Genozide in der Geschichte des Kolonialismus. Die ideologische Grundlage für diese Ausrottung war der Darwinismus, der zu dem Schluss gekommen war, der die Aborigines als wild und evolutionär minderwertig betrachtete (Evans et al. 1993).

#### Der Mythos von Weißsein und die *Mestizaje*

„Rassismus richtet sich gegen die afroamerikanische Bevölkerung und umfasst alle Menschen, die als nicht ausreichend weiß eingestuft werden, wobei das Nicht-Weiß-Sein in Lateinamerika eine komplexe Formation aus phänotypischen Merkmalen, kulturellen Formen und Klassenstatus ist“.

(Alejandro Mamani, Rechtsanwalt und Mitglied von *Identidad Marrón* - Argentinien).

elDiarioAR.com; TELAM SE 2022

Die Bedeutung von „race“ sowie „Whiteness“ als *racial borders* wird auch auf dem amerikanischen Kontinent erfahren: an den Grenzen zwischen Mexiko und den USA, aber auch z. B. zwischen Chile und Peru.



Museo casa de Ricardo Rojas - Instituto de Investigaciones



Der Kampf um Rechte und Repräsentation „richtet sich nicht gegen die Weißen, sondern gegen das Weißsein“ La Lista News

#### Weiß-sein als soziales Konstrukt

Innerhalb und zwischen den Ländern gibt es regionale und demografische Variationen.

Doch seit der Kolonialzeit sind Weißsein und Europäertum privilegierte Markierungen für den Elitestatus. *Blanqueamiento* (*whitening*) basiert auf den spezifischen Beziehungsformen, die mit Rassismus und sozialen Konstruktionen der Rassifizierung in Lateinamerika verbunden sind.

Die Konstruktion, um Whiteness (*Blanquitud*) zu erreichen, findet sich im Kern der frühen Gründung der Nationalstaaten in der Region, die im Laufe des 19. Jahrhunderts stattfanden, als die offizielle Verherrlichung der *mestizaje* nur eine Tarnung für das tatsächliche politische und rassistische Projekt des *Blanqueamiento* bot.



Darstellung der Verfasserin

#### Race als soziale Struktur

Anibal Quijano (2000) erinnert uns daran, dass die heutige *race* das Ergebnis jahrhundertelanger kolonialer Intervention und Ausbeutung ist, in deren Verlauf *race* zum grundlegenden Kriterium für die Verteilung der Weltbevölkerung auf Ränge, Plätze und Rollen in der Machtstruktur der Gesellschaft wurde.

#### Race als soziale Position

[...] und anderen neuen *weißen* europäischen ImmigrantInnen zu keinen Zeitpunkt ihr Weißsein verloren sondern nur an die Peripherie des Weißseins delegiert wurden. Dabei blieben sie stets ein Teil des *weißen* Gefüges (Arndt 2017, 352).



Darstellung der Verfasserin

Es geht hier nicht darum, Migrationsprozesse zu kritisieren, sondern zu differenzieren, was die Prozesse der Konstruktion von rassistischen Hierarchien durch den Migrationsanreiz einiger Weniger bedeuten.

#### Europas und globaler Racial Borders

Anstatt die brutale racial (Post-)Kolonialität der europäischen Grenzen als ein rein „ausgrenzendes“ Problem zu betrachten, ist es von entscheidender Bedeutung, dass wir die Art und Weise erkennen, in der dieses zutiefst rassistische Einwanderungs- und Asylsystem in der Tat vorhersehbar als eine Maschinerie funktioniert, die Menschen rassifiziert, kriminalisiert und diskriminiert (vgl. De Genova 2017).

In der europäischen Menschenrechtsgesetzgebung gilt es als selbstverständlich, dass die Staaten das souveräne Recht haben, die Migration zu regeln. Ein Recht, in einem Land aufgenommen zu werden, dessen Staatsangehörigkeit man nicht besitzt, oder ein Recht, nicht abgeschoben zu werden, gibt es nur in Ausnahmefällen. In den Worten des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte: „Ein Staat hat nach allgemein anerkanntem Völkerrecht und vorbehaltlich seiner vertraglichen Verpflichtungen das Recht, die Einreise von Ausländer\*innen in sein Hoheitsgebiet zu kontrollieren“ (In international.vlex.com). Dies bedeutet, dass im Bereich der Migration nicht das Recht des Individuums, sondern das Recht des Staates der Ausgangspunkt ist. Nicht der Staat muss einen Eingriff in das Recht des Einzelnen rechtfertigen, sondern der Einzelne muss seinen „Eingriff“ in das Recht des Staates auf Migrationskontrolle rechtfertigen.

Wenn die europäischen Staaten „das Recht haben, die Einreise von Ausländer\*innen zu kontrollieren“, dann haben natürlich alle Staaten dieses Recht. Die Staaten mögen formell gleich sein, aber in Wirklichkeit sind sie ungleich, auch wenn es um die Mobilität der Menschen geht.

## Die mächtigsten Pässe der Welt

**Die mächtigsten Reisepässe der Welt**

Land	Rang	Zugang
Japan	1	192
Singapur	1	192
Deutschland	2	190
Schweiz	2	190
Finnland	3	189
Italien	3	189
Litauen	3	189
Spanien	3	189
Österreich	4	188
Dänemark	4	188
Frankreich	5	187
Irak	5	187
Niederlande	5	187
Portugal	5	187
Schweden	5	187
Belgien	6	186
Neuseeland	6	186
Schweiz	6	186
Tschechien	7	185
Österreich	7	185

Quelle: [www.passportindex.com](https://www.passportindex.com)

### THE WORLD'S 20 LEAST POWERFUL PASSPORTS, 2019

1. AFGHANISTAN (199TH)	11. ERITREA
2. IRAQ	12. PALESTINIAN TERRITORIES
3. PAKISTAN	13. LIBYA
4. SYRIA	14. LEBANON
5. SOMALIA	15. SRI LANKA
6. YEMEN	16. NORTH KOREA
7. SUDAN	17. NEPAL
8. IRAN	18. CONGO (DEM. REP.)
9. BANGLADESH	19. SOUTH SUDAN
10. ETHIOPIA	20. NIGERIA

Quelle: [www.passportindex.com](https://www.passportindex.com)

„Racial Borders beziehen sich im Allgemeinen auf territoriale und politische Grenzregime, die die Bewegung (Mobilität) und politische Inklusion (Zugehörigkeit) auf racial Basis einschränken und internationale Migration und Mobilität als racial Privilegien aufrechterhalten“ (Achieme 2022).

Eugenia Winter (María Eugenia Céspedes Giménez)

## Quellen

**Achieme, Tendayi E.** (2022): Racial Borders. Alicia Miñana Chair in Law, UCLA School of Law.

**Arndt, Susan** (2017): »Rassen« gibt es nicht, wohl aber die symbolische Ordnung von Rasse. Der »Racial Turn« als gegennarrativ zur Verleugnung und Hierarchisierung von Rassismus In: Maureen Maisha Eggers, Grada Kilomba, Peggy Piesche, Susan Arndt (Hrsg.) Mythen, Masken und Subjekte. UNRAST. 340 – 362.

**Castro-Gómez, Santiago** (2005): La hybris del punto cero. Ciencia raza e ilustración en la Nueva Granada (1750-1816). Bogotá: Editorial Pontificia Universidad Javeriana.

**De Genova, Nicholas** (2017): Europe's Racial Borders. The Borders of "Europe": Autonomy of Migration, Tactics of Bordering. Duke University Press.

**Evans, Raymond; Saunders, Kay & Cronin, Kathryn** (1993): Race relations in colonial Queensland a history of exclusion, exploitation and extermination. University of Queensland Press.

**Grosfoguel, Ramón** (2013): "The Structure of Knowledge in Westernized Universities: Epistemic Racism/Sexism and the Four Genocides/Epistemicides of the Long 16th Century" In: Human Architecture: Journal of the Sociology of Self-Knowledge: Vol. 11: Iss. 1, Article 8.

**Hahn, Sylvia** (2012): Historische Migrationsforschung. international.vlex.com: <https://international.vlex.com/vid/case-of-abdulaziz-cabales-870662925> - (Abdulaziz, Cabales & Balkandali gegen UK, para. 67).

**Quijano, Aníbal** (2000): Coloniality of Power, Eurocentrism, and Latin America.

1 Dieser Essay basiert auf den Beitrag bei der »Migration entkriminalisieren, Pluralität leben! Eine Gegenkonferenz«, welche AStA Frankfurt am 28.04.2023 organisierte.

2 Die Verfasserin ist in Paraguay aufgewachsen.

3 Konferenz am 28.04.2023 »Migration steuern, Pluralität gestalten - Herausforderungen und Konzepte von Einwanderungspolitiken«.

4 Siehe dazu Grosfoguel, Ramón (2013): "The Structure of Knowledge in Westernized Universities: Epistemic Racism/Sexism and the Four Genocides/Epistemicides of the Long 16th Century" In: Human Architecture: Journal of the Sociology of Self-Knowledge: Vol. 11: Iss. 1, Article 8.

# Neues aus den Autonomen Referaten

## Vorstellung des AFLintaR

Das AFLintaR ist eines der autonomen Referate der Goethe-Universität bestehend aus einem Zusammenschluss Studierender, die sich als FLINTA\* verstehen – also als Frauen, Lesben, intersexuelle, nicht-binäre, trans und agender Personen.

Historisch gesehen ist das AFLintaR die Vereinigung des Frauen-Referats und des Lesben-Referats. Um dies auch in unserem Namen zu würdigen, sind das F sowie das L großgeschrieben, dennoch denken wir stets in der Kategorie FLINTA\* und verstehen uns als Feminist\*innen, deren Praxis intersektional ist.

Unsere Plenarzeit ist mittwochs von 18 bis 20 Uhr im FLINTA\*-Raum im alten Studierendenhaus am Bockenheimer Campus. Schreibt uns gerne vorab per Mail ([aflr@riseup.net](mailto:aflr@riseup.net)) oder meldet euch per DM auf insta ([@aflintar.gu](https://www.instagram.com/aflintar.gu)), falls ihr dazu kommen wollt!

Das Referat ist keine hermetisch abgeriegelte Struktur und es ist auch keine Mitgliedschaft erforderlich, um Kontakte vermittelt zu bekommen, infrastrukturelle oder finanzielle Unterstützung zu erhalten, den FLINTA\*-Raum oder unsere Bibliothek zu benutzen, Arbeitsgruppen zu gründen oder beraten zu werden. Für Fragen, Kritiken, Anregungen, Suche um inhaltliche, finanzielle, infrastrukturelle Unterstützung o. a. sind wir jederzeit offen und entweder per Mail und DM oder persönlich zu den Plenumszeiten sowie nach Absprache anderweitig zu erreichen. Im offenen Plenum diskutieren wir die Inhalte unserer Arbeit, entscheiden über die Verwendung unserer Mittel und koordinieren unsere geplanten Aktivitäten.



# Workshops zur Einführung in die Kritische Theorie

Die Marxistische Arbeitswoche, sowie die Gründung des Frankfurter Instituts für Sozialforschung (IfS) im Jahr 1923, gelten als wichtige Ereignisse in der Entstehungsgeschichte der Kritischen Theorie. Die in den Jahrzehnten folgende und unter teilweise erschwerten Bedingungen geführte Theoriearbeit, stellt bis heute einen der radikalsten Ansätze der Gesellschaftskritik dar. Die linken Intellektuellen aus dem IfS und seinem Umfeld, wie etwa Max Horkheimer, Theodor W. Adorno, Friedrich Pollock oder Herbert Marcuse (um nur einige zu nennen) versuchten dabei nichts geringeres, als die Ursachen der großen Entwicklungen des 20. Jahrhunderts zu verstehen: Die Niederlage der europäischen Arbeiter\*innenbewegung, den Nationalsozialismus, die Shoa, den Spätkapitalismus. Ihre Arbeiten, später auch unter dem Namen „Frankfurter Schule“

zusammengefasst, orientierten sich dabei an der Hegelschen Philosophie, der Marx'schen Ökonomiekritik und der Freudschen Psychoanalyse. Wegen ihres Anspruchs, die Totalität und Tiefenstruktur der modernen Gesellschaft zu durchdringen, bietet die Kritische Theorie der Frankfurter Schule trotz ihres Zeitkerns bis heute Erklärungspotential für die Krisen unserer Zeit. Dennoch oder gerade deswegen wird sie zunehmend aus dem Wissenschafts- und Bildungsbetrieb verdrängt, oder aber auch von anderen, vermeintlich kritischen Ansätzen ersetzt. Anlässlich des 100-jährigen Jubiläums wollen wir dieser Entwicklung bewusst entgegenreten. Mit einer einführenden Workshopreihe in den nächsten zwei Semestern, wollen wir allen Interessierten die Möglichkeit geben, sich auch ohne Vorkenntnisse mit der Kritischen Theorie auseinanderzusetzen. Jeder

Workshop widmet sich einem Grundlagentext der Frankfurter Schule und wird von einer/einem Referent\*in eingeleitet.

Die Vorbereitung der Lektüre ist nicht verpflichtend (aber sicher hilfreich). Kopiervorlagen für die Texte findet ihr im AstA Büro oder unter Anfrage unter [kritischetheorie@asta-frankfurt.de](mailto:kritischetheorie@asta-frankfurt.de)  
P.S.: Nach jedem Workshop gibt es einen Barabend bei der Campus Trinkhalle!

# Termine im Sommersemester 2023

**20.04.**

**Karl Marx: Die Wertform und der  
\*Fetischcharakter der Ware.\***

Referent\*in: Simon Gurisch

Literatur: Marx, Karl; Engels, Friedrich [1962]:  
Unterkapitel des ersten Kapitels: „Die zwei  
Faktoren der Ware; Gebrauchswert und Wert“,  
„Doppelcharakter der in den Waren  
dargestellten Arbeit“ & „Der Fetischcharakter  
der Ware und sein Geheimnis“. In: \*Das Kapital.

Erster Band: Kritik der politischen Ökonomie\*.  
Berlin: Dietz. (S. 49–61, 85–98)

**04.05.**

**Sigmund Freud: \*Massenpsychologie  
und Ich-Analyse.\***

Referent\*in: Gunzelin Schmid-Noerr

Literatur: Freud, Sigmund [2000]:  
\*Massenpsychologie und Ich-Analyse.\* In:  
Studienausgabe: Fragen der Gesellschaft,  
Ursprünge der Religion. Frankfurt.

Fischer Verlag. (S. 65–120)

**11.05.**

**Max Horkheimer: Die gegenwärtige Lage  
der Sozialphilosophie und die Aufgaben  
eines Instituts für Sozialforschung**

Referent\*in: Stephan Lessenich

Literatur: Max Horkheimer [1931]:  
Die gegenwärtige Lage der  
Sozialphilosophie und die Aufgaben eines  
Instituts für Sozialforschung (GS3, S. 20–35).

**01.06.**

**Siegfried Kracauer: \*Das Ornament der Masse\***

Referent\*in: Ansgar Martins

Literatur: Kracauer, Siegfried, „Das Ornament der Masse“  
[1927] (Werke 5.2, S. 612–624), „Über Erfolgsbücher  
und ihr Publikum“ [1931] (Werke 5.3, S. 568–577),  
„Die Biographie als neubürgerliche Kunstform“  
[1930] (\*Werke\* 5.3, S. 264–269).

Dazu: „Minimalforderungen an die Intellektuellen“  
[1931] (\*Werke\* 5.3, S. 601–606), „Zwei Arten der  
Mitteilung“ [1929] (\*Werke\* 5.3, S. 180–187),  
„Die deutschen Bevölkerungsschichten und der  
Nationalsozialismus“  
[1933] (\*Werke\* 5.4, S. 433–445).

**15.06.**

**Max Horkheimer: \*Materialismus und Metaphysik\***

Referent\*in: Alexander Kern

Literatur: Horkheimer, Max [1933]:  
Materialismus und Metaphysik,  
in: Gesammelte Schriften Band 3, S. 70–105.

**29.06.**

**Herbert Marcuse: \*Der Kampf gegen den  
Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung\***

Referent\*in: Christina Engelmann

Literatur: Marcuse, Herbert [1934]:  
Der Kampf gegen den Liberalismus  
in der totalitären Staatsauffassung, in:  
Kultur und Gesellschaft 1, S. 21–36, 44–74.

**13.07.**

**Walter Benjamin: \*Das Kunstwerk im Zeitalter  
seiner technischen Reproduzierbarkeit\***

Referent\*in: Hannah Sabrina Hübner

Literatur: Benjamin, Walter [1936]:  
Das Kunstwerk im Zeitalter seiner  
technischen Reproduzierbarkeit.





### **WIDDER**

21.03. — 20.04.

Die Widdergeborene sieht im nächsten Quartal ihre Ideale in Gefahr und wird mit all ihrer Durchsetzungsfähigkeit und Kraft dies zu verhindern versuchen. Dies wird sie natürlich auch zu Verhindern wissen, solange sie sich nicht in Kontrolle und ins Harsche manövriert, sondern sich auf Leichtigkeit und Fröhlichkeit besinnt. Denk daran, dass du nicht alleine bist, auch die Stimmen in deinem Kopf können dir helfen! Im Mai wird ein Stein in deinem Weg liegen.



### **STIER**

21.04. — 20.05.

Der Stier, sinnlich, praktisch und solide wie er ist, wird im kommenden Quartal die eigene materielle Lebensqualität ins unermessliche steigern. Dabei wird das soziale Umfeld eine große Rolle spielen. Denke daran, nur wer verliert wird auch gewinnen. Auch eine verlorene Freundin, kann eine gewonnene Feindin sein. Konzentriere dich auf dein Ziel und Du wirst mit Münzen gesegnet. Passe lieber am 22. Mai auf, es droht Gefahr!



### **ZWILLINGE**

21.05. — 21.06.

Auch in diesem Quartal wird die Dualität von Sein und Geist den Zwilling dominieren. Verliere dich nicht in der Kommunikation, atme einmal durch. Wichtig wird für Zwillinge in den nächsten Tagen sich um die eigenen Sorgen zu kümmern, auch die Angst vor Zitronen ist eine Angst und muss ernst genommen werden. Ziehe dich am 10. Juni warm an, du könntest frieren.



### **KREBS**

22.06. — 22.07.

Der Krebs ist verkrochen und muss sich befreien aus den Schlingen der Algen. Doch benutze lieber nicht deine Scheren! Das könnte nach hinten losgehen und Du wirst dir nur in das eigene Fleisch schneiden, und das willst Du hoffentlich nicht. Blut passt farblich nicht zu deinem Erscheinungsbild. Alles Glück fliegt dir am 01. Juni zu.



### **LÖWE**

23.07. — 23.08.

Der Löwe brüllt doch sagt mal wieder nichts und sucht nur Aufmerksamkeit. Das kannst Du jetzt ändern! Lese ein Buch. Buchstaben werden dir gut tun und dir zu Tiefe verleiten. Deine Sonne wird nur so lange scheinen, wie Du diese auch verteidigen kannst, und für diesen Kampf musst Du dringend an deiner Bildung arbeiten. Du wirst dich in der ersten Woche Mai (neu) verlieben.



### **JUNGFRAU**

24.08. — 23.09.

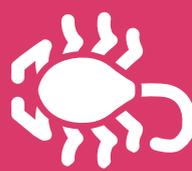
Wahrscheinlich hast Du mindestens einmal in deinem Leben den Witz mit deinem Sternzeichen und dem vermeintlichen Teekesselchen gemacht und dafür wirst Du im nächsten Quartal büßen müssen. Es sieht nicht gut für aus für dich. Dunkle Wolken ziehen sich vor deine Planetenkonstellation und verhindern das Eintreten von Glück. Nehme dich sich vor orangenen Gegenständen in Acht! Eine Beförderung steht im Juni bevor.



### WAAGE

24.09. — 23.10.

Unzufrieden? Kein Wunder! Es ist Zeit für Veränderung. Den schweren Rucksack mal fallenlassen. Wie das funktionieren soll, fragst du dich? Am besten liest Du einen Ratgeber, welcher Glück und Geld verspricht und es regelt sich von selbst. Kleiner Tippe: Lese gerne den Ratgeber in der Bahn oder in weiteren öffentlichen Umgebungen, das wird nur noch zu mehr Glück und Geld verhelfen. Nehme dich in Acht vor Kakteen, der 35. Mai wird nicht dein Glückstag sein.



### SKORPION

24.10. — 22.11.

Bist du es leid, in diesem Sternzeichen geboren worden zu sein? Denke dir ganz einfach einen neuen Geburtstermin aus und erfinde dich neu. Du kannst nichts verlieren! Kleiner Tipp: Widdergeborene sind wahnsinnig großartig! Schau im Mai nicht in den Spiegel!



### SCHÜTZE

23.11. — 21.12.

So jovial wie Du auch bist, so dumm bist Du auch. Wunderst Du dich auch in letzter Zeit, wieso Du dich plötzlich hinterfragst? Der Mars steht ungünstig und wird dir weiterhin den Optimismus vermiesen, wenn Du nicht eingreifst. Schlägst Du um dich und es wird immer die richtige Person treffen, vielleicht aus dich selbst. Du wirst ein vierblättriges Kleeblatt am 13. Juni finden.



### STEINBOCK

22.12. — 20.01.

Du wirst so häufig missverstanden und willst dies ändern. Nur zu! Lerne eine neue Sprache und der Uranus wird gnädig mit dir sein. Zwar hat dieser nichts mit dir zu tun und doch vertraust Du ihm. Ein Blick in die Sterne und die Welt sieht gleich ganz anders aus. Doch schau nicht zu lange nach oben, dein Nacken wird es dir danken. In der Kalenderwoche 22 wird dein Leben einem Schleudergang gleichen.



### WASSERMANN

21.01. — 19.02.

Wenn der Mond das siebte Haus erreicht und Jupiter und Mars auf einer Linie stehen, wird Frieden dir den Weg zeigen. Die wahre Befreiung wird die Befreiung von allen Schichten, die deine Haut bedecken, sein. Nudismus leitet dich in die Harmonie der Liebe. Nur passe auf, am Weges Rand können Brenneseln auf dich warten. Essen Sie am 02. Juni ohne Sorge eine Birne.



### FISCHE

20.02. — 20.03.

Die Liebe zum Flüssigen, macht bei dir auch nicht vor Alkohol halt. So sehr Du auch deine Wesensveränderung im alkoholisierten Zustand liebst, so sehr solltest Du dich fragen, warum Du nicht zufrieden bist mit deinem Ich. Mache eine Pause und lasse die Welt auf dich wirken. Und frage dich, was die Widdergeborene Ihnen geben könnte, was Du nicht hast. Aufgepasst! Am 14. Mai ist Herzklopfen im Kalender vorgemerkt.

## ASta

### Allgemeiner Studierendenausschuss der Universität Frankfurt am Main

im Studierendenhaus Bockenheim,  
Mertonstraße 26–28, 60325 Frankfurt  
Tel 069 798–23181  
Fax 069 7020–39  
e-mail info@asta-frankfurt.de  
asta-frankfurt.de

### Sekretariat Andy Uphoff

im Studierendenhaus, Raum B2  
Öffnungszeiten  
Mo, Di, Do 10–12 Uhr  
14–16 Uhr  
Tel 069 798–23181  
Fax 069 7020–39  
e-mail info@asta-frankfurt.de

## BERATUNG & HILFE

### ASta-Sozialberatung

Persönliche Beratungstermine  
siehe asta-frankfurt.de. Anfragen über  
soziales@asta-frankfurt.de

### ASta-Mietrechtsberatung

immer donnerstags 16–18 Uhr  
im ASta Haus (Random White House)  
IG-Farben Campus; www.mhm-ffm.de

### DGB Campus Office -

#### Arbeitsrechtliche Anfangsberatung

Die Beratung findet im Rahmen  
der ASta-Sozialberatung statt.

### Fördermöglichkeiten

#### für Studierende mit Behinderung

www.barrierefrei-studieren.de

### Studentischer Projektrat

projektratunifrankfurt.wordpress.com  
e-mail Projektrat.unifrankfurt@gmx.de

### Wohnraum gesucht! — wohnraum-gesucht.de

### Nightline Frankfurt

Mo, Mi, Fr 20–0 Uhr  
Tel 069 798–17238  
e-mail info@nightlineffm.com  
nightlineffm.com

### Goethe Law Clinic

im Seminarraum 1 des ESG Gebäudes auf dem  
IG Farben Campus; Offene Sprechstunde  
Fr 10–12 Uhr

### Psychosoziale Beratung des Studenten[sic!] werkes

im Beratungszentrum IG Farben Campus,  
Hörsaalzentrum; Offene Sprechstunde  
Di, Do 15–17 Uhr  
Tel 069 798–349 05  
e-mail psychosozialberatung@  
studentenwerkfrankfurt.de

## AUTONOME REFERATE

### Autonomes AusländerInnenreferat

Tel 069 79 82 52 36  
e-mail alrf@stud.uni-frankfurt.de

### Autonomes FLinta-Referat

e-mail aflr@riseup.net  
instagram.com/aflintar.gu  
Tel 069-798 230 95

### Autonomes Queer-Referat

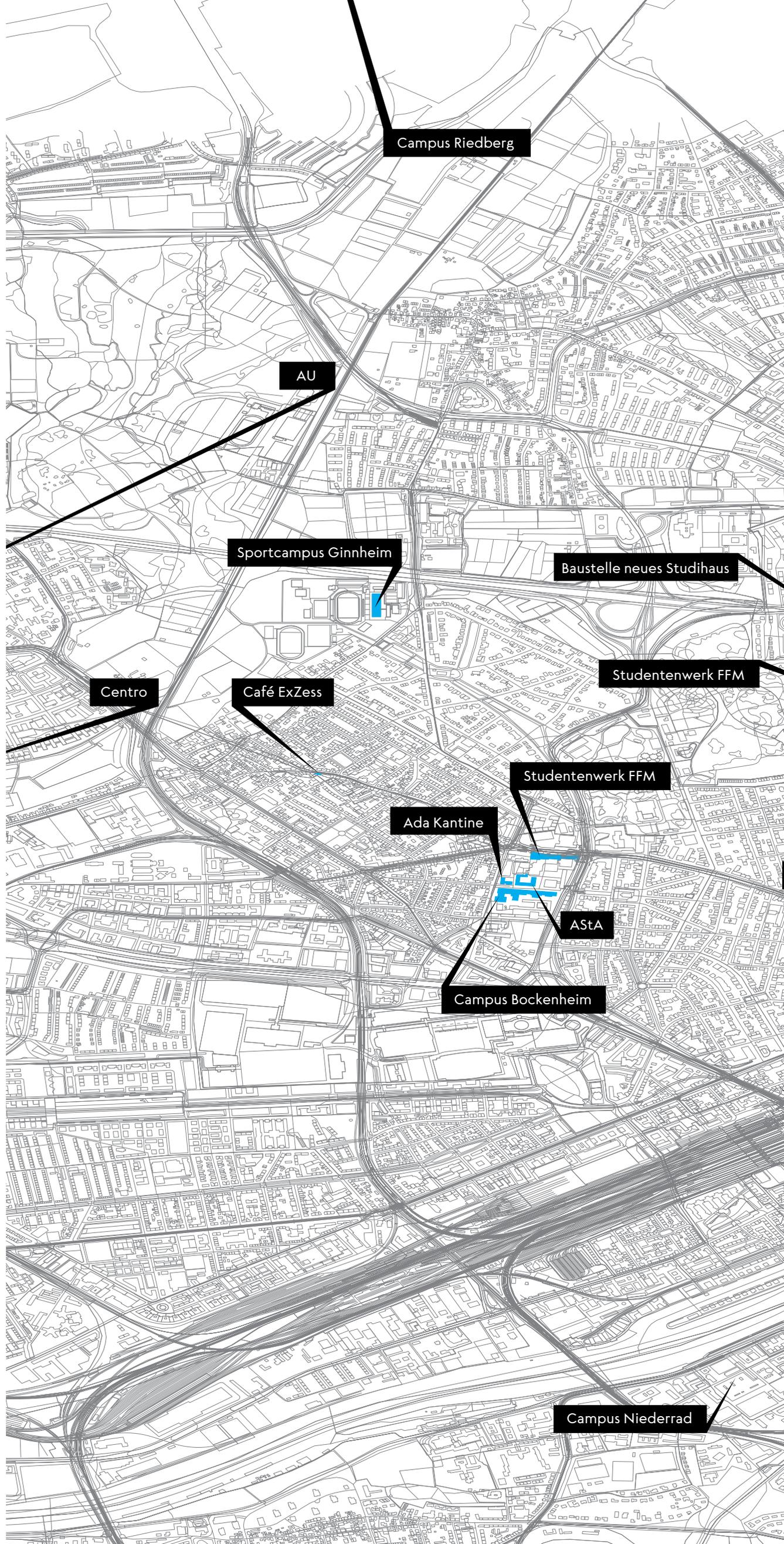
instagram.com/queerfemref

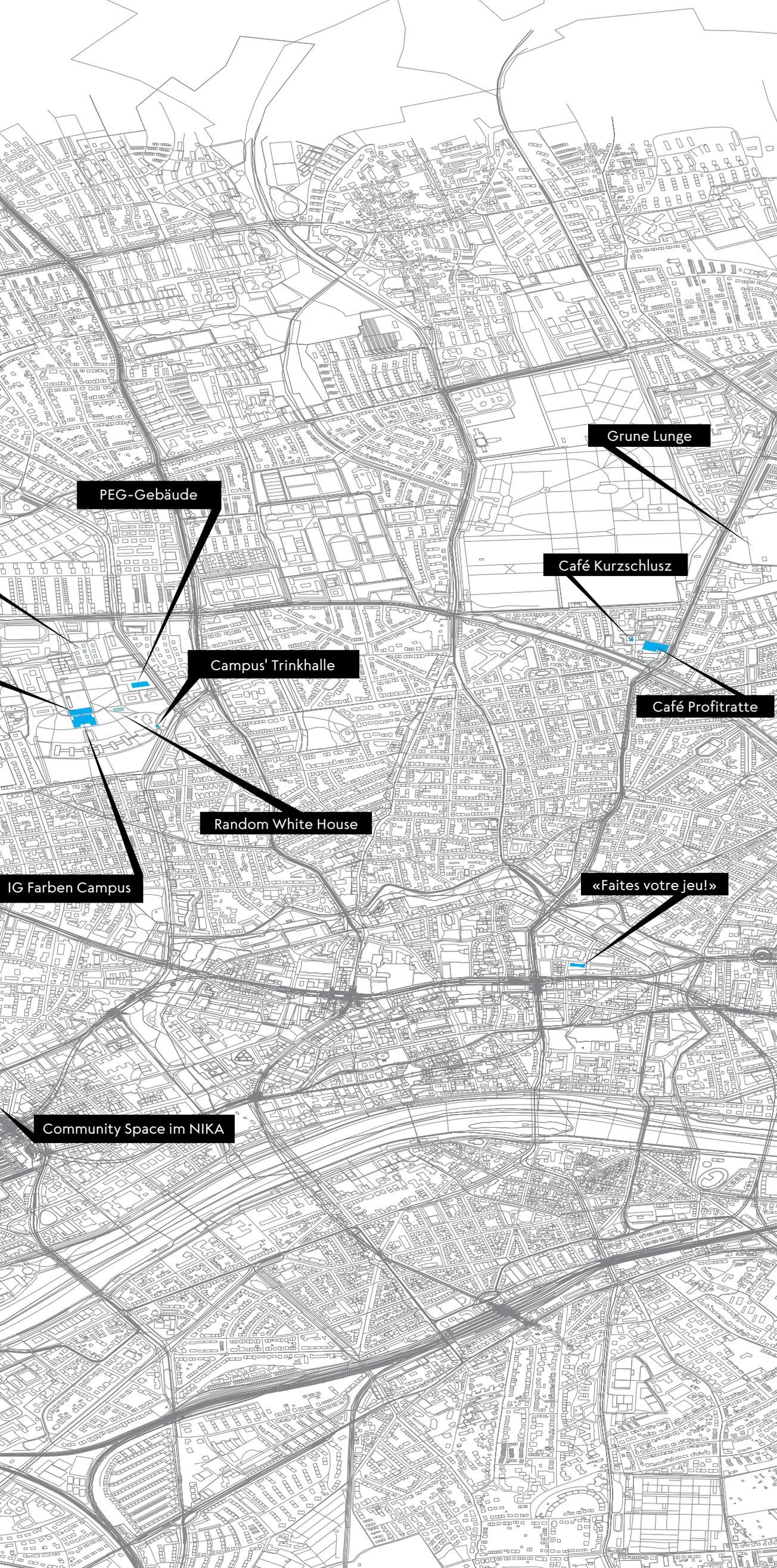
### Autonomes Inklusionsreferat

inklusionunifrankfurt@gmail.com

### Autonomes Elternreferat

Tel 0152 23 53 53 51  
e-mail eltern@asta-frankfurt.de





## UNI-INITIATIVEN

**Students for Future Frankfurt** – [twitter.com/sff\\_ffm](https://twitter.com/sff_ffm)

**Initiative Studierender am IG-Farben Campus**  
[initiativestudierenderamigfarbencampus.wordpress.de](http://initiativestudierenderamigfarbencampus.wordpress.de)

**Initiative Kritische Ökonomik**  
[kritische-oekonomik.de](http://kritische-oekonomik.de)

**Halkyonische Assoziation**  
für radikale Philosophie, [www.harp.tf](http://www.harp.tf)

**AK Kritische Jurist\_innen der Uni Frankfurt**  
[facebook.com/akjffm](https://facebook.com/akjffm) – [akj-frankfurt@gmx.de](mailto:akj-frankfurt@gmx.de)

**Hilfskraftinitiative Frankfurt**  
[hilfskraftini-ffm@lists.riseup.net](mailto:hilfskraftini-ffm@lists.riseup.net)

**Academic Experience Worldwide**  
[www.aeworldwide.de](http://www.aeworldwide.de)

**Goethe's Green Office** – [goethesgreenoffice.org](http://goethesgreenoffice.org)

**UTV** – [facebook.com/utvfrankfurt](https://facebook.com/utvfrankfurt)  
[youtube.com/utvfrankfurt](https://youtube.com/utvfrankfurt)

**Unter\_bau** – Hochschulgewerkschaft, [unterbau.org](http://unterbau.org)

## SELBSTVERWALTETE RÄUME DER UNIS

**Random White House**  
[randomwhitehouse@riseup.net](mailto:randomwhitehouse@riseup.net)

**Philo-Café, IG 2.451**

**Café KOZ**, Mertonstr. 26, im Studierendenhaus

**Café Profitratte**, Gleimstraße 2, FH Frankfurt

**Campus Trinkhalle**, am IG Farben Campus

**Café Kurzschluss**, Kleiststr. 5, Rotes Haus, FH Fr.

**Café Anna Blume**, IG Ø.155

**TuCa**, PEG 1.G 208, IG Farben Campus

**Fachschaftscafé Jura & WiWi**,  
RuW 1.127, IG Farben Campus

## STADTPOLITISCHE INITIATIVEN

**Project Shelter** – [www.projectshelter.net](http://www.projectshelter.net)

**Stadt für Alle** – [www.stadt-fuer-alle.net](http://www.stadt-fuer-alle.net)

**Offenes Haus der Kulturen** – Initiative für die  
Nachnutzung des Studierendenhauses Bocken-  
heim als selbstverwaltetes Zentrum, [ohdk.de](http://ohdk.de)

## AUTONOME ZENTREN

**IVI – Institut für vergleichende Irrelevanz**  
zur Zeit ohne Wohnsitz — [www.ivi.copyriot.com](http://www.ivi.copyriot.com)

**«Faites votre jeu!»** im ehemaligen Polizei-  
gefängnis »Klapperfeld« Klapperfeldstraße 5,  
60313 Frankfurt, — [www.klapperfeld.de](http://www.klapperfeld.de)

**Café ExZess** Leipziger Straße 91,  
60487 Frankfurt — [www.cafe-exzess.tk](http://www.cafe-exzess.tk)

**AU** in der Au 14–16, 60489 Frankfurt  
[www.au-frankfurt.org](http://www.au-frankfurt.org)

**Community Space im NIKA** im Community  
Space des Hausprojektes NIKA sind regelmäßig  
Veranstaltungen und Ausstellungen.  
Niddastraße 57, 60329 Frankfurt am Main

**Grüne Lunge** am Günthersburgpark, Bedrohte  
Gartenanlage mit politischen & alternativen  
Projekten. Schlinkenweg 60389 Frankfurt a. M.

**Pupille e.V. – Kino in der Uni**  
jeweils um 20:15 Uhr, Eintritt 3€,  
Campus Bockenheim, [www.pupille.org](http://www.pupille.org)

**Campusradio DauerWelle** – [radiodauerwelle.de](http://radiodauerwelle.de)

**Centro** – Soziales Zentrum, Alt-Rödelheim 6

# Call for Papers

## Call for Paper für den Sammelband »Organisierte Halbbildung. Studieren 20 Jahre nach der Bologna-Reform« im Transcript Verlag

Das Thema des Sammelbandes sind die gegenwärtigen Studienbedingungen in der neoliberalen Universität, die vor allem durch die Bologna-Reform geprägt sind. Die Beiträge des Buches sollen sowohl das individuelle Erleben als auch Forschungsergebnisse, theoretische Konzepte und Thesen der Autor\*innen beinhalten und so über verschiedene Textformen und Perspektiven hinweg einen umfassenden Blick auf Studium und Universität ermöglichen. Unser Fokus beruht dabei vor allem auf der Sichtbarmachung von studentischen Erfahrungen, die bislang unterrepräsentiert sind.

Der Titel des dreiteiligen Sammelbandes spiegelt unsere Diagnose wider, die dem Buch zugrunde liegt: Das aktuelle Universitätssystem produziert lediglich Organisierte Halbbildung – eine entfremdete Form der Bildung, die auf zweckrationale Kalküle ausgerichtet ist. Der Begriff der Halbbildung entstammt Theodor W. Adornos 1959 verfassten Textes »Theorie der Halbbildung«. Die Bologna-Reform hat diese Form der Bildung organisiert und in die Grundfesten der Hochschulen eingeschrieben.

Diesen Prozess in seiner Genese zu analysieren und in seinen Konsequenzen zu kritisieren, ist Inhalt der ersten beiden Teile des Buches. Der dritte Teil widmet sich utopischen Perspektiven: Die Transformation hin zu dem neoliberalen,

verkürzten Bildungsverständnis ist ideologisch wie praktisch weder abgeschlossen noch alternativlos. Auch heute existieren Freiräume für kritisches Denken und widerständige Praktiken, in denen im Hier und Jetzt der Keim einer anderen Bildungspolitik steckt und deren Potenzial in unserem Buch ein zentraler Stellenwert zukommen soll.

Als Autor\*innen für die Beiträge stellen wir uns Studierende vor, deren Perspektiven durch Texte von Personen aus Wissenschaft und Öffentlichkeit über disziplinäre Grenzen hinweg ergänzt werden sollen. Wichtig ist uns dabei, Positionen und Stimmen zu Wort kommen zu lassen, die in bisherigen Debatten überhört wurden, deren Einsichten jedoch für eine umfassende Analyse und Kritik der gegenwärtigen Universität entscheidend sind.

Um gerade dem individuellen und situieren Wissen und Erleben von Personen im Universitätssystem gerecht zu werden, sollen verschiedene Textformen wie z. B. journalistische Essays, Reportagen, Erfahrungsberichte (anekdotisch oder aus der Ich-Perspektive), Interviews oder Gespräche sowie wissenschaftliche Beiträge im Buch nebeneinanderstehen. So soll beim Verfassen der Texte künstlerische Freiheit garantiert werden und das von uns kritisierte regelkonforme, starre Anspruchsdenken der Universität nicht nur durch den Inhalt, sondern auch durch die Form der Buchbeiträge unterbrochen werden.

### Wie ist das Buch aufgebaut?

Interessierte können sich thematisch zwischen den drei Teilen des Buches entscheiden: Im ersten Teil soll es um eine

Analyse des Bologna-Prozesses und seine Begleiterscheinungen gehen. Der zweite Teil soll sich der Kritik des bestehenden Hochschulsystems, seinen Hierarchien, Bedingungen, Implikationen und Voraussetzungen widmen. Abschließend soll der dritte Teil zu Utopien die Gelegenheit bieten, Antworten im und auf das Gegenwärtige zu suchen und zu formulieren. So soll ein Buch entstehen, das den Lesenden die Genese der aktuellen Studienbedingungen begreiflich macht, ihnen das Werkzeug für Kritik an die Hand gibt sowie alternative Vorstellungen über das Universitätssystem aufzeigt.

### **Interessiert? Das sind die Eckdaten:**

Wenn Du Interesse an der Anfertigung eines Beitrags (oder mehrerer) zum Sammelband hast, dann sende uns bitte ein Exposé zu Deiner Idee per Mail an [organisierte-halbbildung@posteo.de](mailto:organisierte-halbbildung@posteo.de) bis zum 04. Juni 2023. Das Exposé sollte mindestens eine halbe Seite lang sein und zwei Seiten nicht überschreiten. Du erhältst von uns so früh wie möglich, spätestens aber bis zum 10. Juli 2023, eine individuelle Rückmeldung, ob wir uns die Beitragsidee im Sammelband vorstellen können. Bei einer positiven Rückmeldung treten wir in einen ersten inhaltlichen Austausch mit Dir. Die Beiträge sollen in ihrer finalen Version zwischen 8.000 und 30.000 Zeichen (inkl. Leerzeichen) lang sein und bis zum 03. September 2023 bei uns eingereicht werden. Wenn Du Fragen oder Schwierigkeiten mit den zeitlichen oder formalen Vorgaben hast, melde Dich unbedingt vorab und zeitnah bei uns. Außerdem kannst Du dich an uns wenden, wenn Du den titelgebenden Text »Theorie der Halbbildung« von Theodor W. Adorno oder Zugang zu

unserem Literaturverzeichnis brauchst. Für mehr Informationen zu unserer Arbeit und bisherigen Veröffentlichungen kannst Du unsere Webseite besuchen. Dort ist auch eine erste Version zu unserem Text »Was ist Organisierte Halbbildung?« zu finden, der als Verständnishilfe für unseren Zugang zur Analyse dienen kann, in seiner Form jedoch keine Vorgabe darstellt.

Der fertige Sammelband erscheint voraussichtlich im Frühjahr 2024 im Transcript Verlag. In diesem Zusammenhang soll es auch eine Konferenz in Frankfurt am Main mit und für alle Beitragenden und Interessierten in Kooperation mit dem Institut für Sozialforschung geben, bei der die Veröffentlichung des Buches gefeiert und durch inhaltliche Beiträge die Diskussion um aktuelle Studienbedingungen und für eine neue Universität fortgeführt werden soll.

Wir freuen uns auf Deinen Beitrag!

### **Herausgeber\*innenteam:**

Lukas Geisler, Clara Gutjahr, David Morley, Lisa Marie Münster, Moritz Richter

### **Webseite:**

<https://organisiertehalbbildung.org/>

### **Twitter:**

[twitter.com/O\\_Halbbildung](https://twitter.com/O_Halbbildung)

[organisierte-halbbildung@posteo.de](mailto:organisierte-halbbildung@posteo.de)

## Ihr habt die Wahl!

Erneut stehen die Wahlen zu den Gremien der studentischen Selbstverwaltung an: Fachschaftsräte, der Rat des L-Netzes und Studierendenparlament werden gewählt.

Die **Urnenwahl** findet vom **3.-6. Juli** statt, **Briefwahlschluss** ist bereits am **20. Juni**.

Und vorher erhaltet ihr eine AStA-Zeitung, in der sich die zum Studierendenparlament kandidierenden Gruppen vorstellen.

In diesem Sinne: Nutzt die Chance, geht zur Wahl und bestimmt so die Geschicke der Studierendenschaft mit!